b&w

bildung & wissenschaft

Deine Mitgliederzeitschrift aus Baden-Württemberg

03
2024

TITELTHEMA

PERSONALRATSWAHLEN

Arbeitsbedingungen im Fokus –
Mut ist gefragt

Digitalisierung
Viel Technik, wenig Support

Bedrohung von Rechts
Demonstrationen
allein reichen nicht

22. März 2024 | 78. Jahrgang | 4 Euro

SCHULGRUPPEN-ANGEBOT

ab 45 Schüler*innen nur 14 € pro Schüler*in bezahlen!
(bei 10 bis 44 Schüler*innen nur 16 € pro Schüler*in)

Cool, bunt, magisch –
hier erwacht die Fantasie zum Leben:

Im LEGOLAND® Deutschland Resort in Bayern erwarten euch 11 Themenbereiche und 68 Attraktionen. NEU: Taucht ein in die Welt von LEGO® MYTHICA und entdeckt ein faszinierendes Land voller mythischer Fantasiewesen aus hunderttausenden LEGO Steinen. Im mittlerweile 11. Themenbereich warten außerdem coole, neue Attraktionen, darunter die spektakuläre Achterbahn MAXIMUS mit einer kurzzeitigen Kopfüber-Fahrt, Spiel, Spaß und Abenteuer für alle Klassenstufen

Ganz einfach online anmelden unter: www.LEGOLAND.de/schulen

Besucht unsere Website zur Vorbereitung eures Ausflugs!
Mehr Informationen unter: www.LEGOLAND.de/schulen
E-Mail: schulen@LEGOLAND.de

Bitte Konditionen, Preise und Gültigkeitszeiträume des Schulgruppenangebots beachten auf: www.LEGOLAND.de/schulen.
Angebot nicht mit anderen Aktionen oder Rabattvorteilen kombinierbar.
Preise können nur bei vorheriger Anmeldung gewährt werden.
LEGOLAND® Deutschland Resort behält sich Änderungen der Preise und Konditionen ausdrücklich vor.

Saison 2024: 16. März bis 3. November

LEGOLAND® DEUTSCHLAND RESORT

LEGO, das LEGO Logo, und LEGOLAND sind Marken der LEGO Gruppe. ©2024 The LEGO Group.

Foto: Andreas Stephany

Monika Stein,
Landesvorsitzende

Solidarität ist (weiterhin) gefragt

*Liebe Kolleg*innen, liebe Leser*innen,*

Gedenktage sind Momente des Innehaltens, Nachdenkens und des Vorbereitens neuer Aktionen. Wie wichtig sie sind, hat uns am 27. Januar der Holocaust-Gedenktag gezeigt. Im März gibt es zwei bedeutsame Tage, zu denen ich etwas sagen möchte: Der 8. März, der internationale Frauentag, ist im Bundesland Berlin seit fünf Jahren gesetzlicher Feiertag. In Baden-Württemberg hat er diesen Status noch nicht, wird aber von vielen Menschen jedes Jahr begangen. Zurzeit ist die AfD mit ihrer rechtsradikalen, rassistischen, frauen- und queerfeindlichen Agenda präsent, und ich bin froh, dass viele Menschen dagegen auf die Straße gehen. Und ich finde es in diesem Jahr deshalb auch besonders wichtig, dass die Inhalte des internationalen Frauentags transportiert werden. Dieser Tag soll die Errungenschaften bei der Gleichstellung feiern und gleichzeitig die Aufmerksamkeit auf die noch bestehenden Diskriminierungen und Ungleichheiten richten. Und er ermutigt uns, dass wir uns für Geschlechtergerechtigkeit einsetzen. Dazu gehört auch, die Gleichstellung auch bei Führungspositionen voranzutreiben. Die GEW engagiert sich in vielen Veranstaltungen und in allen ihren Bereichen beim Thema Gleichstellung, unter anderem auch mit der Karrierehotline, die Sie auf S.6 finden. Wenn das Thema Sie interessiert, finden Sie auf unserer Homepage www.gew-bw.de weitere Hinweise und Informationen.

*Neben dem Frauentag möchte ich auf den internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März hinweisen. Heute ist es wichtiger denn je, auf Artikel 1 unseres Grundgesetzes hinzuweisen: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dabei geht es nicht nur um die Würde einer weißen, in Deutschland oder der EU geborenen Person, die nicht vor Krieg, Verfolgung oder anderen Bedrohungen aus ihrer Heimat fliehen muss und für die es keinen legalen Weg nach Deutschland gibt, sondern um die Würde aller Menschen. Viele der Menschen, die sich auf der Flucht befinden und versuchen, nach Deutschland zu kommen, sterben an den EU-Außengrenzen. Diese werden immer tödlicher, und Verletzungen von menschenrechtlichen und seerechtlichen Normen mehren sich. Aber auch Menschen, die den deutschen Pass haben, werden wegen ihres Erscheinungsbildes diskriminiert, ausgegrenzt, beleidigt und herabgewürdigt. Und sie werden von Politiker*innen, die den Positionen der AfD nahestehen, von Deportationsphantasien überzogen. Dass dies Ängste auslöst, ist naheliegend und vollkommen verständlich.*

Machen wir uns alle klar, mit welchen Vorurteilen Menschen in unserem Arbeits- oder privaten Umfeld zu kämpfen haben, und lassen wir sie damit nicht alleine. Seien wir solidarisch, mutig und an ihrer Seite. Nicht nur auf den notwendigen und weiterhin stattfindenden Demonstrationen, sondern auch im alltäglichen Leben.

Herzliche Grüße
Ihre

TITELTHEMA

12 **PERSONALRATS-WAHLEN**

Mut ist gefragt

Foto: Deagreez/iStock

38 **Gutachten der SWK**

Kommt Bewegung in die Lehrkräftebildung?

35 **Grundschulempfehlung**

Der ewige Streit

40 **Übertragung Tarifergebnis**

Mitglieder im Ruhestand wehren sich

In dieser Ausgabe

TITELTHEMA
PERSONALRATSWAHLEN

12 **Personalratsarbeit**
Mut ist gefragt

15 **HPR GHWRGS**
Es braucht Mut,
Dinge anders zu machen

18 **BPR**
Wofür wir da sind

20 **ÖPR GHWRGS**
Beteiligungsrechte wahrnehmen

21 **ÖPR Gymnasium**
Ein Sensor vor Ort

22 **Portrait Grundschule**
Das System sollte für die
Kinder da sein

24 **Portrait SBBZ**
Mehr Vertrauen in die Basis

26 **Portrait Werkrealschule**
Mit Leib und Seele
für die Werkrealschule

28 **Portrait Realschule**
Es braucht ein ganzes Dorf

Gesellschaft

9 **Bedrohung von Rechts**
Demonstrationen allein
reichen nicht

Aus der Arbeit der GEW

30 **GEW-Fachtag**
Gymnasium als Lernort
und Arbeitsplatz der Zukunft

40 **Übertragung Tarifergebnis auf Beamt*innen**
Mitglieder im Ruhestand
wehren sich

Arbeitsplatz Schule / Kita

32 **Digitalisierung**
Viel Technik, wenig Support

35 **Grundschulempfehlung**
Der ewige Streit

38 **Gutachten der SWK**
Kommt Bewegung in die
Lehrkräftebildung?

Rubriken

3 Editorial

6 Aktuell

7 Glosse

42 Kurz berichtet

43 GEW vor Ort

46 Jubilare

47 Impressum

48 Totentafel

50 Termine

Titel: Deagreez/iStock
Redaktionsschluss der nächsten b&w-Ausgabe:
11. März 2024

GEW-LANDESDELEGIERTEN-VERSAMMLUNG (LDV)

Ehrenamt stärken

Am 6. Juli 2024 findet in der Stadthalle Sindelfingen eine außerordentliche Landesdelegiertenversammlung (LDV) der GEW statt. Eine gesetzliche Änderung im Ehrenamtsstärkungsgesetz ist Anlass für das Treffen der etwa 350 Delegierten. Die GEW zeichnet sich dadurch aus, dass ihre Arbeit von Ehrenamtlichen geprägt wird. Für bestimmte Tätigkeiten wie den Vorsitz von Kreisen, Bezirken und Gremien des Landesverbandes werden Aufwandsentschädigungen gezahlt. Auch wenn diese nur gering sind, ist es nötig, diese Zahlungen in der GEW-Satzung zu regeln.
Die LDV soll auch genutzt werden, um sich nach einem arbeitsintensiven Jahr mit Tarifrunden und Personalratswahlen zu treffen und über aktuelle gewerkschafts- und bildungspolitische Themen zu diskutieren. Delegiert sind die Personen, die bereits für die LDV 2020 gewählt wurden. Sie werden von der Landesgeschäftsstelle eingeladen.

Tagesordnung für die LDV 2024

1. Eröffnung der LDV
2. Konstituierung der LDV
3. Berichte
4. Beratung über Anträge
5. Politische Beratungen und Ausklang „Come together“

Frist für Anträge

Antragsberechtigt sind die GEW-Gremien gemäß § 16 Ziff. 1 der Satzung. Gemäß § 16 Ziff. 2 der Satzung, in Verbindung mit § 1 Ziff. 2 der Geschäftsordnung, sind die Anträge bis spätestens 6. April 2024 einzureichen an:
GEW Baden-Württemberg,
Antragskommission,
Herrn Matthias Schneider,
Silcherstr. 7, 70176 Stuttgart
E-Mail: ldv@gew-bw.de

Monika Stein
Landesvorsitzende

LDV 06. JULI 2024

Ablauf und Tagesordnung:
www.gew-bw.de/ldv

GEW BERÄT

GEW HOTLINE

Beratung zur Karriereplanung für Frauen im Schulbereich

In Schulen sind Frauen in Leitungsfunktionen immer noch unterrepräsentiert. Die GEW-Frauenpolitik setzt sich dafür ein, dass sich das ändert.

Auch wenn Gleichberechtigung ein strukturelles und kein individuelles Problem ist, gibt es den Bedarf an individueller Beratung, um der Gleichberechtigung von Frauen zum Durchbruch zu verhelfen.

Kandidierende für die Personalratswahl aus allen Schularten, die gleichzeitig frauenpolitisch in der GEW aktiv sind, hören zu und geben Rat.

Mittwoch, 10. April, 17 – 19 Uhr
Donnerstag, 11. April 17 – 19 Uhr

GHWRGS

0800 439 0000

Gesprächspartner*innen:
Monika Stein, Elke Gärtner, Andrea Wagner, Daniela Weber

Gymnasien

0800 439 0000

Gesprächspartner*innen:
Farina Semler, Claudia Richter, Uta Schneider-Grasmück, Katya von Komorowski

Berufliche Schulen

0800 439 0000

Gesprächspartner*innen:
Ingrid Holl, Eva Werner, Silvia Schneider, Brigitte Klein

Glosse Woche der Selbsterkenntnis

Foto: Jens Buchholz

Ich bin ein „white haired wise man“, ein „weißhaariger, weiser Mann“. Jedenfalls wurde ich so im Englischunterricht beschrieben , in einem Quiz über Personen, die jeder kennt. Damit, dachte ich, kann ich mich einreihen in den illustren Personenkreis zwischen Gandalf, Dumbledore, Obi Wan und Joachim Fuchsberger (kennt den noch jemand?). Die Englischkollegin meinte, die Klasse hätte sofort erkannt, um wen es geht.

Der Kollege von der Theater AG hat mir erzählt, er habe mit den Schüler*innen ein ähnliches Spiel gemacht. Er habe sie Lehrkräfte nachspielen lassen, und die anderen hätten erkennen müssen, um wen es geht. Ich wurde folgendermaßen dargestellt: Ein etwas gebeugt dasitzender Mann, der mit linder Begeisterung den Satz: „Wusstet ihr eigentlich, dass …“ sagt und dabei den Zeigefinger hochreckt. Mein zweites Erkennungsmerkmal ist offenbar der mahnende Satz: „Welchen Teil von „leise sein“ hast du denn jetzt nicht verstanden, ich erkläre es dir gerne nochmal.“ Und meine dritte Signaturgeste ist es wohl, eine Gitarre auf den Knien zu haben und zu sagen: „So, jetzt aber …“. Da wiederum fand ich, dass das nicht so richtig „wise“ ist.

Und als hätten die Schüler*innen irgendwie Spaß daran gefunden, sich wie das Orakel von Delphi zu benehmen, habe ich in derselben Woche auch noch zwei Bleistiftzeichnungen bekommen. Und zwar von einer Schülerin und einem Schüler. Beide Künstler*innen waren mächtig stolz auf ihre Werke, sie hatten mich porträtiert. Auf dem Porträt des Jungen bin ich mit Spock-Frisur, Brille, Bartstoppeln und bizarr gemustertem Pulli zu sehen, während ich sage: „Habt ihr gewusst …?“ Das Porträt des Mädchens ist so filigran gezeichnet, dass es erst mal kaum zu sehen ist. Sie hat meine Ponyfrisur ein bisschen fetziger gemalt, außerdem habe ich wunderschöne Mandelaugen und einen sehr gepflegten Bart. Ich lobte beide für ihre hübschen Bilder und fragte, ob sie mich noch farbig malen wollten? Da guckten sie erstaunt und schüttelten den Kopf. „Aber so sehen Sie doch aus, Sie haben immer so graue Sachen an“, sagte das Mädchen. „Genau“, sagte der Bub, „wie Gandalf der Graue!“

Am Ende der Woche der Selbsterkenntnis machte ich in einer Grundschulklasse eine Vertretungsstunde. Ich beschloss, ihnen eine Geschichte zu erzählen. Und weil mir nichts Besseres einfiel, erzählte ich ihnen eine Art harmlose „Comedy Version“ von Ibsens „Peer Gynt“. Ein bisschen Märchen und ein bisschen Action, dachte ich. Und erstaunlich: Die Kinder fanden das lustig und spannend.

Ein paar Tage darauf begegnete mir eines der Kinder mit seiner Mutter im Supermarkt. Das Kind sagte „Hallo, Herr Buchholz!“ Und ich hörte, wie die Mutter fragte, wer ich denn sei. Da antwortete das Kind: „Das ist der Märchenonkel, der neulich bei uns war!“ Und die Mutter nickte wissend und schielte zu mir herüber. Märchenonkel, dachte ich, auch nicht schlecht.

Jens Buchholz

NIE WIEDER FASCHISMUS! NIE WIEDER KRIEG!

Aufruf zu den Ostermärschen 2024

DGB und GEW rufen auf: Geht auf die Straße zu den Ostermärschen! Die gemeinsame Botschaft lautet: „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“. Wir brauchen eine Politik, die das Denken in Feindbildern überwindet. Denn das spielt den Rechtsextremen in die Hände. Sie spalten unsere Gesellschaften und wollen mit ihrem Nationalismus das europäische Friedensprojekt zerstören.

Dieses Jahr feiern wir den 75. Geburtstag des Grundgesetzes – und damit auch das dort verankerte Friedensgebot. Als Lehre aus zwei Weltkriegen hat sich Deutschland in seiner Verfassung dazu verpflichtet, als gleichberechtigtes Mitglied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen und sich nie wieder an der Vorbereitung eines Angriffskrieges zu beteiligen.

Die Politik der Bundesregierung muss sich auch daran messen lassen, wie ernst sie das Friedensgebot des Grundgesetzes nimmt und ob sie dazu beiträgt, es mit neuem Leben zu erfüllen.

Wir wollen verhindern, dass wir zurückfallen in ein Denken der militärischen Konfrontation und der geopolitischen Blockbildung.

Auch in Europa und seiner Nachbarschaft erleben wir eine neue Welle von Krieg, Gewalt und Terror. Zwei Jahre nach dem brutalen Überfall Russlands auf ihr Land ist für die Ukrainerinnen und Ukrainer die Aussicht auf Frieden in weite Ferne gerückt. Die russische Armee setzt ihren völkerrechtswidrigen Angriffskrieg unbeirrt fort. Wir stehen solidarisch an der Seite der Ukraine, wenn es darum geht, ihr die Wahrnehmung ihres Rechts auf Selbstverteidigung zu ermöglichen.

Aber auch die Schreckensbilder aus Israel bleiben in unserem Gedächtnis. Die barbarischen Massaker, die die Hamas dort an der Zivilbevölkerung begangen hat, sind mit Nichts zu rechtfertigen.

Wir sehen die Bundesregierung in der Pflicht, gemeinsam mit ihren Partnern dafür zu sorgen, dass die Grenzen des humanitären Völkerrechts von keiner Kriegspartei überschritten werden.

Angesichts der Zunahme bewaffneter Konflikte ist es höchste Zeit, den Irrglauben zu überwinden, Frieden ließe sich durch Aufrüstung und immer mehr Waffen schaffen. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie das Friedensgebot des Grundgesetzes konsequent umsetzt. Wir fordern sie auf, sich mit aller Entschlossenheit für diplomatische Ansätze zur Konfliktlösung einzusetzen und neue Initiativen für die Wiederbelebung von Abrüstung, Rüstungs- und Rüstungsexportkontrolle auf den Weg zu bringen.

Wir fordern eine Politik, die für Gewaltfreiheit, ein breites Sicherheitsverständnis und multilaterale Kooperation eintritt, statt sich auf militärische Bedrohungen und Freund-Feind-Rhetorik zu fixieren. Wir brauchen eine Politik, die das Denken in Feindbildern überwindet, das den extremen Rechten in die Hände spielt. Sie spalten unsere Gesellschaften und wollen mit ihrem Nationalismus das europäische Friedensprojekt zerstören.

Mit den Ostermärschen vom 28. März bis 1. April setzen wir ein starkes Zeichen vor den Europawahlen: Für ein geeintes Europa, in dem wir solidarisch zusammenstehen gegen die ewig Gestrigen. Für ein geeintes Europa, das tragender Pfeiler einer neuen und dauerhaft stabilen internationalen Friedensordnung ist.

b&w

Viele Organisationen rufen in diesem Jahr zu Ostermärschen auf. Termine und Orte stehen unter anderem hier:
www.friedenskooperative.de/

Foto: DGB

Foto: GEW BaWü

BEDROHUNG VON RECHTS

Demonstrationen allein reichen nicht

Seit Januar 2024 protestieren überall in Deutschland hundertausende Menschen gegen Rechtsextremismus. Die Mitte-Studien zeigen, wie weit rechte Denkweisen mittlerweile verbreitet sind. Wie lassen sich rechte Einstellungen aufhalten? Welche Verantwortung tragen Gewerkschaften?

In einem Potsdamer Hotel hatte im November 2023 ein kruder Kreis von Unternehmern, AfD-Abgeordneten, Union und Werteunion, der Stuttgarter Möchtegerngewerkschaft „Zentrum Automobil“ mit Martin Sellner von der „Identitären Bewegung“ über Wege und Ziele der Selektion und Ausweisung von Migranten diskutiert. Als Reaktion auf die Enthüllung dieser rechten Deportationspläne protestieren seit Januar Hundertausende, auch viele Kolleg*innen der GEW. Doch bei den Nachwahlen in Berlin konnte die AfD ihr Ergebnis von 7 auf 13 Prozent fast verdoppeln, selbst eine wegen Terrorverdacht in Untersuchungshaft sitzende AfD-Kandidatin wurde mit Rekordergebnis gewählt. Das spricht nicht gegen die Kundgebungen, aber die verbreitete Erwartung, durch Protestieren schnell etwas gegen den Rechtsdrift zu erreichen, könnte enttäuscht werden.

Junge Menschen anfälliger

Ohne Analyse der Ursachen, ohne langfristig angelegte Strategien und anhaltendes Engagement wird sich die Rechtsentwicklung kaum aufhalten lassen. Die Mitte-Studien belegen eine stetige Zunahme von Einstellungen der „gruppenfeindlichen Menschenfeindlichkeit“ als Basisströmung der Rechtsentwicklung. Das ist bei etwa einem Drittel der Bevölkerung mit der Forderung nach einem starken Nationalgefühl verbunden. (Zwick 2023) Der Schwund des Vertrauens in die Demokratie korreliert mit Verschwörungsglauben, völkisch-rebellischen Vorstellungen, Populismus bis hin zum klassischen Rechtsextremismus und zur Befürwortung von Gewalt.

Stuttgart

Bei 15 Prozent haben sich solche Einstellungen zu einem selbstbewussten rechten Standpunkt verdichtet, verbunden mit nationalistischen Überlegenheitsträumen und der Forderung nach massiver Aufrüstung und Wehrpflicht. Der Anteil von Menschen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild ist von 2 auf 8 Prozent gestiegen, bei den jüngeren (18-34 Jahre) sogar auf 12,3 Prozent. Bei der älteren Generation liegt er nur bei 4,4 Prozent. Auch Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus (NS) sind bei Jüngeren ausgeprägter.
Dabei fällt vor allem die Gruppe mit mittlerem Bildungsniveau auf. Sie befürworten die Diktatur (8,9 Prozent!), verharmlosen den Nationalsozialismus und haben eine fremdenfeindliche Haltung (21 gegen 10 Prozent bei höherer Bildung!). Die Trennung der Bildungsgänge fördert nicht nur unterschiedliche Lernmilieus, wie Pisa nachgewiesen hat, sondern auch Einstellungsmilieus. Doch auch bei Menschen mit Abitur sind Chauvinismus, Sozialdarwinismus und Fremdenfeindlichkeit alarmierend hoch. Unsere Bildungseinrichtungen müssen stärker der von Rechtschauvinisten geforderten erinnerungspolitischen Kehrtwende entgegentreten.

Gewerkschaften besonders gefordert

Dass Arbeiter*innen anfälliger sind, wurde auch bei Wahlbefragungen festgestellt. Sie neigen doppelt so häufig wie Angestellte und fast dreimal so oft wie Beamt*innen zu Sozialdarwinismus, Chauvinismus (28 Prozent) und Befürwortung von Diktatur. Standortkonkurrenz und Betriebsverlagerungen in Billiglohnländer tragen zur Erosion von gewerkschaftlicher Durchsetzungsmacht und damit von solidarischer Deutungsmacht bei. Die Autor*innen der Mitte-Studie vermuten, dass abhängig Beschäftigte Krisenerfahrungen und Verunsicherungen unter Bedingungen der Individualisierung nicht in einem Schema der Solidarität von unten gegen oben, „sondern als einen Konflikt zwischen innen und außen“ übersetzen. Kausalmechanismen, die von Ressentiments gegen andere gespeist werden, füllen ein politisches Vakuum, wenn es an gewerkschaftlichen und politischen Zusammenhängen fehlt. Erst solche Zusammenhänge könnten Alltagserfahrungen der Ausbeutung, Abwertung und zunehmender sozialer Differenzierung zwischen unten und oben in eine solidarische „deep story“ übersetzen. (Dörre, 2018)
Eine neue Studie der Otto-Brenner-Stiftung belegt recht deutlich, dass Partizipation am Arbeitsplatz „die Zustimmung zu rechtsextremen und menschenfeindlichen Aussagen“ deutlich verringert. Das gilt auch für die Präsenz von Gewerkschaften und Betriebsräten, soweit sie nicht als Teil des „Establishments“ empfunden werden. „Ausländerfeindlichkeit“ wird reduziert durch Kooperation am Arbeitsplatz. (Kiess 2023)
Dass der Nationalsozialismus, der die Gewerkschaften zerschlagen hat, mit 8,4 Prozent doppelt so häufig verharmlost wird, verweist deutlich auf erhebliche Defizite gewerkschaftlicher Bildung. Sie müsste die rechtsliberalen Positionen der AfD in den Blick nehmen, die durch Steuersenkungen vor allem den Wohlhabenden nützen würden, während Entlastungen wie Bürgergeld, Energiepreispauschale, Mietbegrenzungen, Förderung des sozialen Wohnungsbaus von der AfD abgelehnt werden. (Kiess, 2023)

Politische Bildung

Wie eingangs erwähnt, neigen junge Erwachsene mit 12 Prozent am häufigsten zu einem rechtsextremen Weltbild, zur Verharmlosung des NS und zu Sozialdarwinismus. Damit ergibt sich auch die Frage nach der Wirksamkeit von Präventionsprogrammen. Die Wirksamkeit wird konterkariert durch ein gestiegenes Gefühl der Machtlosigkeit und die Verschärfung von Krisenerfahrungen bei jungen Menschen. Politische Bildung in den Schulen muss daher auch auf Mitbestimmung und Empowerment zielen: Wer gegen Rechts wirken will, muss „positive Erfahrungen im vorpolitischen Raum ermöglichen, im Alltag, in der Schule.“ (Kiess, 2023)
Politische Bildung müsse aber auch helfen, „die Mechanismen der neoliberalen Leistungsgesellschaft“ zu interpretieren, die ja jene Unsicherheiten produzieren, von denen der Rechtspopulismus profitiert. (Zick, 2023)

Demokratische Gesellschaft – demokratische Schule

Auch die AfD Baden-Württemberg hat mit Einschüchterung, Denunziationsaufrufen und Entsorgungsdrohungen gegenüber Lehrkräften und Gewerkschaften deutlich gemacht, was diese von ihr erwarten können. Die nun „professionalisierte“ Partei verschiebt das Spektrum des Sagbaren erfolgreich nach Rechts und treibt die anderen Parteien vor sich her.
Die Gemeinderatsfraktion der Stuttgarter CDU hat zum Beispiel 2023 eine Forderung von Bernd Höcke, Flüchtlingskinder getrennt zu beschulen (www.gew.de/aktuelles/detailseite/die-bildungspolitik-der-afd-survival-of-the-fittest)

Fotos: GEW BaWü

Stuttgart

Foto: GEW BaWü

Karlsruhe

aufgegriffen. Im Antrag der CDU-Fraktion steht, Flüchtlingskinder sollen nur noch zentral und digital unterrichtet werden, um nicht „die ohnehin knappen Lehrkräfte- und Raumkapazitäten über Gebühr zu beanspruchen". Zudem soll so die „Absenkung des Niveaus des Unterrichts an unseren Schulen durch Kinder in den Klassen, die aufgrund der Sprachbarriere nicht in der Lage sind, dem Unterricht zu folgen, gestoppt" werden. Folgt die CDU damit nicht dem AfD-Sprech, Migrant*innen zu den Sündenböcken für alle Versäumnisse der Bildungspolitik zu machen?

Die Potsdamer Vertreibungspläne sind nur der extreme Ausdruck von Segregationstendenzen. Sie wollen Segregation bewusst verstärken und zuspitzen. Dass so auch die Demokratie von innen ausgehebelt wird, kalkulieren die Rechtspopulist*innen ein. Wir Gewerkschaften demonstrieren für eine inklusive und vielfältige Gesellschaft, die den Wandel gemeinsam gestaltet. Selbstwirksamkeit zu stärken, muss zur Gegenstrategie gehören: Ohne ein umfassendes Konzept der Demokratisierung der Gesellschaft und Mitwirkung bei der Krisenbewältigung wird der Rechtsruck nicht aufzuhalten sein.

Erhard Korn

Zum Weiterlesen

- ***Klaus Dörre:*** *Arbeiterbewegung von rechts, Frankfurt 2018, S. 65*
- ***Johannes Kiess u.a.:*** *Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland, Otto Brenner Stiftung Frankfurt 2023*
- ***DGB Bayern:*** *Keine Alternative für Beschäftigte – AfD-Positionen unter der Lupe (im Netz)*

Bildung Mutig Los!

PERSONALRATSARBEIT – ARBEITSBEDINGUNGEN IM FOKUS

Mut ist gefragt

Ab April finden in den Schulen Baden-Württembergs Personalratswahlen statt. Die GEW ist in allen Bezirks- und Hauptpersonalräten sowie in den meisten örtlichen Personalräten aller Schularten vertreten und mit über 50.000 Mitgliedern die stärkste Interessenvertretung im Bildungsbereich. Jede Stimme bei den Wahlen stärkt sie zusätzlich. Alle profitieren davon.

Monika Stein

Wer Mitglied eines Personalrats ist, hat den Satz „Ich bin so froh, dass es den Personalrat gibt!“ schon oft gehört – häufig verbunden mit dem Eingeständnis, dass die betroffene Person nicht damit gerechnet hätte, dass sie den Personalrat mal brauchen würde. Kolleg*innen suchen mit vielfältigen Anliegen Rat und Unterstützung bei Personalratsmitgliedern. Sabbatjahr, Teilzeitbeschäftigung, Elternzeit, Bewerbung um eine Funktionsstelle, Versetzung, Konflikte, Vereinbarkeit Familie oder Pflege und Beruf, Stundenplan, Beratung bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Pensionierung oder Renteneintritt – das sind die häufigsten Themen für diese Kontaktaufnahmen. Persönliche und kompetente Hilfe und Begleitung tut in solchen Fällen allen betroffenen Kolleg*innen außerordentlich gut. Aber nicht nur in persönlich belastenden Situationen wirkt sich die Arbeit der Personalratsmitglieder aus: sie verhandeln regelmäßig mit den Beteiligten und treffen Vereinbarungen auch mit der Schule, dem Staatlichen Schulamt, dem Ausbildungsseminar, dem Regierungspräsidium oder dem Kultusministerium.

Ab April stehen die Personalratswahlen für den schulischen Bereich in allen drei Ebenen an. Jede Stimme ist wertvoll, keine sollte verschenkt werden. Auch für die künftigen Personalratsmitglieder gibt es sehr viel zu tun: Die Belastung in den Schulen ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Spätestens durch die Corona-Pandemie und ihre Folgen, aber auch durch die vielen Kinder und Jugendlichen, die aus der Ukraine zu uns vor dem Angriffskrieg Russlands geflohen sind, und andere Kinder und Jugendliche, denen eine Flucht gelingen konnte. Sie müssen unsere Sprache lernen und Sicherheit zurückgewinnen. Das stellt die Schulen und die Lehrkräfte in den heterogeneren Klassen aller Schularten vor große Herausforderungen. Die Kolleg*innen leisten viel, passen ihren Unterricht den veränderten Bedingungen und ihren Schüler*innen ständig an und wollen allen gerecht werden. Auch die Aufgaben außerhalb des Unterrichts haben deutlich zugenommen: viel Verwaltungsarbeit, Vernetzungstreffen, Runde Tische, Elterngespräche, Vergleichs- und Lernstandserhebungen und anderes sind deutlich mehr geworden. Und nicht nur die Schüler*innen werden heterogener, auch die Kollegien werden deutlich vielfältiger. Kolleg*innen ohne Lehramtsausbildung kommen vermehrt an die Schulen.

Das ergibt neue Chancen und auch Herausforderungen, die gemeistert werden wollen. Gleichzeitig könnten Lehrer*innen immer mehr tun, als sie getan haben, die Arbeit endet nie und irgendwas bleibt immer übrig, während sorgsam Geplantes wegen der Herausforderungen des Schulalltags allzu oft über den Haufen geworfen werden muss. All dies macht Kolleg*innen unzufrieden, manche leider auch krank. Die Herausforderungen und Veränderungen der Schulen haben auch die Personalratsarbeit verändert. Dabei ist klar, was politisch zu tun wäre. Kultusministerium, Regierungspräsidien und Staatliche Schulämter kennen die Herausforderungen und wissen, was helfen würde. Allerdings fehlt den politisch Verantwortlichen der Mut, das Notwendige so energisch umzusetzen, dass den

MONIKA STEIN

GEW-Landesvorsitzende

Schulen vor Ort ausreichend geholfen wird. Mehr Stunden für Differenzierung, Verwaltungsassistenzen für Aufgaben, die nicht von Lehrkräften und Schulleitungen erledigt werden müssen, digitale Hausmeister*innen, Ausbau der Schulsekretariate, mehr Studienplätze für die Mangelbereiche, gute Fort- und Weiterbildungsangebote für nicht oder nicht voll ausgebildete Lehrkräfte, bessere Bezahlung für Grund- und Hauptschullehrkräfte, multiprofessionelle Teams mit Koordinierungsstunden: Die Liste der Möglichkeiten ist lang und bekannt. Bisher fehlt der Landesregierung und dem Landtag die Einsicht in die Notwendigkeit von Verbesserungen und der Mut und der Wille, sie schnell umzusetzen.

Die Hauptpersonalratsmitglieder aller Schularten setzen sich für Entlastung bei aufwändigen Maßnahmen wie der datengestützten Qualitätsentwicklung ein. Und sie versuchen, unnötige Aufgaben zu verhindern. Auseinandersetzungen mit dem Kultusministerium gibt es immer wieder wegen Fortbildungen. Die Dienststelle will den Unterrichtsausfall verhindern, der Personalrat die Mehrarbeit. Manchmal müssen Lehrkräfte vor Selbstausbeutung geschützt werden. Sie ist im schulischen Umfeld sowieso schon sehr weit verbreitet. Außerdem gibt es für viele Fortbildungen zu wenige Plätze. Die Personalratsmitglieder achten darauf, dass es bei der Auswahl der Teilnehmer*innen gerecht zugeht.

Immer wieder müssen die Personalräte die rechtlichen Möglichkeiten im Interesse der Kolleg*innen ausschöpfen. Wenn sich Personalrat und Dienststelle nicht einigen können, wird eine Einigungsstelle gebildet. Unter dem Vorsitz von Richter*innen verhandeln dann jeweils drei Vertreter*innen von Kultusministerium und Hauptpersonalrat. Oder es kommt zu einem sogenannten Beschlussverfahren vor dem Verwaltungsgericht, bei dem Rechtsanwält*innen das Personalratsgremium vertreten. Jeder Erfolg für Kolleg*innen ist für die GEW ein Grund zur Freude.

So war es für uns ein willkommener Anlass zum Feiern, dass die vergangenen Sommerferien für viele befristet beschäftigte Lehrkräfte die ersten bezahlten Sommerferien waren. Den Kolleg*innen war die Erleichterung deutlich anzumerken, dass die Finanzierung des Lebensunterhaltes für die Sommerferien endlich gesichert war. Wir arbeiten nun daran, dass auch die Referendar*innen in den Sommerferien bezahlt werden.

Auf allen Ebenen sorgen die Mitglieder der Personalräte dafür, dass Einzelne nicht benachteiligt werden. Sie setzen sich für Verbesserungen und Entlastungen ein. Die GEW schult jedes Jahr die Personalratsmitglieder der verschiedenen Schularten und Ebenen, damit sie immer auf der Höhe der Zeit sind.

Verbesserungen und Entlastungen können nur im Rahmen vorhandener Stellen, das heißt der Haushaltsmittel des Landes gelingen. Dieser Haushalt wird vom Landtag verabschiedet, dafür gibt es keine personalrätlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten. Deshalb ist eine starke GEW so notwendig. Sie kann den politischen Druck für zusätzliche Lehrkräftestellen und zusätzliche Studienplätze aufbauen. Die GEW gibt deshalb regelmäßig wissenschaftliche Gutachten zum Lehrkräftebedarf in Auftrag. Aber auch Umfragen, wie unsere letzte zum Stand der Digitalisierung in den Schulen (siehe Seite 32), geben uns Argumente und die Möglichkeit, Druck auf die Landesregierung auszuüben, damit die Arbeitsbedingungen in den Schulen verbessert werden. Die GEW macht eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit und wird im Kultusministerium, im Landtag und bei den Parteien gehört. Diese Erfahrung und Kompetenz über alle Schularten und Bildungsbereiche hinweg hat nur die GEW.

Auf den Listen der GEW kandidieren Kolleg*innen, die für die Arbeit der GEW stehen und im Personalrat für sie eintreten. Personalratsmitglieder und die GEW sind untrennbar miteinander verbunden.

Die Veränderungen unserer Arbeit, Wertschätzung für Lehrer*innen, Schulleitungen, Pädagogische Assistent*innen, gerechte Besoldung und Vergütung: Dafür brauchen wir eine starke GEW und möglichst viele GEW-Mitglieder in den Personalräten. Wir wissen, was notwendig ist. Gehen wir es gemeinsam an. Bildung. Mutig. Los!

HAUPTPERSONALRAT GHWRGS

Es braucht Mut, Dinge anders zu machen

Der Hauptpersonalrat (HPR) ist irgendwie wichtig. Was die Personalvertretung auf der Ebene des Kultusministeriums (KM) aber tatsächlich tut und was sie bewirken kann, ist vielen eher nicht so klar. Der Vorsitzende des Hauptpersonalrats GHWRGS, David Warneck, arbeitet seit 10 Jahren in dem Gremium und leitet es seit 3 Jahren. Er berichtet, worauf es ankommt.

Maria Jeggle

Würden wir eine zufällig ausgewählte Lehrkraft fragen, welche Aufgaben der oder die Vorsitzende im HPR hat, was würde sie wohl sagen?
Die oder der Vorsitzende entscheidet mit, was das Kultusministerium macht.

Und wie ist es wirklich?
Anders. Ich bin Teil des Gremiums und wir werden leider nicht immer nach unserer Meinung gefragt. Aber wenn wir offiziell beteiligt werden müssen, können wir verhandeln. Und das Wichtigste ist: Gespräche im Voraus führen. Im Endeffekt macht der HPR vieles, was gar nicht auffällt, weil wir es im Voraus verhindern.

Du machst deinen Job am besten, wenn man es nicht merkt?
Der HPR kommt nicht mit großen Meldungen, was er erreicht oder nicht erreicht hat.

Welche Vorstellungen von der Arbeit im HPR gibt es noch?
Viele glauben auch, wir hätten so was wie ein Veto-Recht, dass wir Entscheidungen verhindern könnten. Die schwerwiegenden Entscheidungen, die Lehrkräfte betreffen, werden aber gesetzlich geregelt. Und Gesetze werden politisch entschieden, und darauf haben wir als Personalvertretung keinen Einfluss. Das ist Aufgabe der Gewerkschaften. Wir können auch Stellungnahmen schreiben, die dann vielleicht gehört werden. Auf jeden Fall können wir keinen Druck erzeugen, um Gesetze zu verhindern.
Was untergesetzlich läuft, Verwaltungsvorschriften zu konkreten Arbeitsbedingungen beispielsweise, da können wir an bestimmten Stellschrauben drehen. Daran arbeiten wir, bevor eine Vorschrift in Kraft tritt.

Hast du ein Beispiel?
Neulich wurde eine Verwaltungsvorschrift angepasst. Dort sollte vieles verpflichtend in den Verantwortungsbereich von Schulleitungen wandern. Wir haben von Anfang an gesagt: Wir finden es ist gut, wenn diese Punkte nun besser geregelt werden. Aber es kann nicht alles Aufgabe der Schulleitung werden. Sie haben schon so viel zu tun. Da müssen auch andere Stellen eine Rolle spielen. So haben wir in Verhandlungen erreicht, dass Schulleitungen jetzt weniger Aufgaben übernehmen müssen als ursprünglich vorgesehen.

DAVID WARNECK
Vorsitzender des HPR GHWRGS und stellvertretender GEW-Landesvorsitzender

„Der HPR macht vieles, was gar nicht auffällt, weil wir es im Voraus verhindern."

Foto: Virginia Scaldavilla

„Zur Vertraulichkeit gehört, dass wir nicht darüber sprechen, was das KM in Vorschriften reinschreiben wollte. Am Ende steht halt manches nicht drin, und dann haben wir eine gute Arbeit geleistet."

Was wichtig fürs Verständnis ist: Wir arbeiten mit dem Kultusministerium vertrauensvoll zusammen. Das ist auch eine Vorgabe im LPVG – dem Landespersonalvertretungsgesetz. Dazu gehört, dass wir nicht darüber sprechen, was das KM in Vorschriften reinschreiben wollte. Am Ende steht halt manches nicht drin, und dann haben wir eine gute Arbeit geleistet.

So kann man schlecht Erfolge verkaufen.
Es gibt manchmal kleinere Erfolge, über die wir doch informieren. Ein Beispiel: Als nach Corona das Programm „Lernen mit Rückenwind" eingeführt wurde, sollten Schulleitungen unter anderem Verträge mit Unterstützungskräften schließen. Wir verhandelten; wir wollten Anrechnungsstunden für bestimmte Tätigkeiten. Das haben wir geschafft. Und das habe ich ausnahmsweise in eine Mail an alle Schulleitungen geschrieben. Auch wenn sich viele mehr gewünscht hätten, war es besser als vorher.

Was sollten Lehrkräfte unbedingt über den HPR wissen?
Wir sind nicht im direkten Kontakt mit einzelnen Lehrkräften. Wer ein Problem mit der Schulleitung hat oder wer versetzt werden möchte, muss sich als erstes an den ÖPR wenden oder je nach Fall an den BPR.
Es gibt Schulleitungen, die beschweren sich bei uns beispielsweise über den Zustand ihrer Schule. Diese Missstände transportieren wir auch, insofern sind solche Rückmeldungen aus der Praxis auch wichtig. Bei uns kann man aber nicht anrufen und eine Frage stellen. Wir sind im GHWRGS-Bereich für 70.000 Beschäftigte zuständig, das wäre gar nicht möglich.
Wir verhandeln mit dem Kultusministerium zu bestimmten Bereichen wie Arbeits- und Gesundheitsschutz, zu Digitalisierung oder zur Lehrkräfteeinstellung.

Themen, die für Lehrkräften trotzdem wichtig sind.
Themen, die alle betreffen und nicht eine Person, die einen Wunsch oder ein Problem hat. Wir vertreten die kollektiven Interessen aller Lehrkräfte.

Was ist deine spezielle Aufgabe als Vorsitzender?
Eigentlich nur Organisation. Ich bereite die wöchentlichen Sitzungen vor, ich muss einschätzen können, was für das Gremium und für unsere Entscheidungsfindung wichtig ist. Vieles kommt automatisch auf die Tagesordnung, weil wir beteiligt werden. Dann schreibt uns das KM: „Wir wollen Ihre Zustimmung zu folgenden Maßnahmen." Manche Informationen muss ich auch erstmal einordnen, manchmal nachfragen und Gespräche führen. Zu jedem Themenbereich haben wir Expert*innen. Zwei oder drei kümmern sich um die Lehrkräftefortbildung, andere sind beispielsweise zuständig für den Arbeits- und Gesundheitsschutz. Am Ende entscheidet das ganze Gremium. Ich leite danach die Beschlüsse an das KM weiter.

Du führst doch auch Verhandlungen.
Dafür habe ich dann ein Mandat des Gremiums. Ich führe sie auch nicht unbedingt alleine. Die Ergebnisse werden zurück ins Gremium getragen. Nur der HPR beschließt. Mehrheitlich. Sogar das Ministerium denkt manchmal, ich würde die Entscheidungen treffen.

„Am besten geben Lehrkräfte gleich 19 Stimmen für die GEW ab. Dann schaffen sie insgesamt eine starke Interessenvertretung."

Der Amtschef im KM ist in der Regel euer Ansprechpartner. Das ist, seit Theresa Schopper (Grüne) Kultusministerin ist, Daniel Hager-Mann. Wie läuft die Zusammenarbeit mit ihm?
Man kann gut mit ihm reden. Er sagt auch klar seine Meinung. Unsere verschiedenen Rollen sind uns sehr bewusst. Ich habe den Eindruck, er macht mir und uns keinen Vorwurf, wenn wir Dinge anders sehen und bewerten als er. Gleichzeitig machen auch wir ihm nur bedingt einen Vorwurf, wenn er Themen anders beurteilt. Alle 3 Monate kommt er zu uns ins Gremium, und wir reden über Themen, die uns bewegen. Er teilt uns dann die Einschätzung des KM mit. Die Gespräche sind vertrauensvoll. Oft verändern sich die Meinungen dadurch aber nicht.
Wichtig ist, ihm immer wieder zu sagen, wo es aus unserer Sicht Probleme gibt. Als Personalvertretung geben wir ihm ein kritisches Feedback. Je häufiger er etwas hört, desto besser.

Was an dieser Aufgabe findest du reizvoll?
Ich habe mit vielen Menschen Kontakt und Einblick in die Kultusverwaltung, die ich sonst nicht hätte. Nun weiß ich, warum Dinge an der Schule sind wie sie sind. Wie Entscheidungen entstehen, wer dafür verantwortlich ist und wo man nichts ändern kann. Das finde ich spannend.

Was daran findest du weniger angenehm?
Unser Gegenüber ist ein Apparat. Bei einem Erlass entscheidet zwar die Kultusministerin, davor sind meist aber unzählige Referate beteiligt, die zuarbeiten und Einschätzungen geben. Bis eine Entscheidung fällt, sind 15 Schreibtische beteiligt. Die Konzepte, die letztlich an Schulen ankommen, sind ein Produkt des Apparats, der langsam und schwerfällig arbeitet. Das kann schon frustrierend sein.

Wo würdest du gerne den Apparat bewegen?
Bei der Lehrkräfteeinstellung. Dafür gibt es eine Handreichung mit mehr als 40 Seiten. In keinem Wirtschaftsunternehmen musst du erst mal 40 Seiten lesen, wenn du dich für eine Stelle interessierst. Für die Lehrkräfteeinstellung wünsche ich mir ein kleines, dynamisches, mit Personalvertretung besetztes Gremium, das schnell Entscheidungen an die Amtsspitze weitergeben kann.
So werden immer nur Kleinigkeiten verändert. Ich kann aber kein ganzes Konzept erkennen.

Pragmatische Vorgehensweisen darf man sich also nicht vorstellen. Nach dem Motto: „Wir brauchen jetzt Lehrkräfte, daher vereinfachen wir das Ganze"?
Da ist auch kein Mut da, Dinge mal anders zu machen.

Du kandidierst wieder und bekommst hoffentlich viele Stimmen. Was ist euer Ziel für den HPR GHWRGS?
Wir haben bei den letzten Wahlen einen Sitz verloren und den wollen wir wiederhaben.

Du hast vorhin erklärt, dass Lehrkräfte keine direkte Schnittstelle zum HPR haben. Sie können bei der Wahl trotzdem ein Kreuz bei dir machen. Was haben sie davon?
Am besten geben Lehrkräfte gleich 19 Stimmen für die GEW ab. Dann schaffen sie insgesamt eine starke Interessenvertretung. Mit mir als Vorsitzenden haben sie jemanden, der ausgleichend und moderierend arbeitet.

Du haust nicht auf den Tisch?
Es gibt Kritik am KM, die teilweise sehr vehement von den Lehrkräften vorgetragen wird. Ich persönlich teile sie oft, halte aber nichts davon, das in gleicher Form dem KM darzulegen. Ich suche immer das Gespräch, und wir sollten vertrauensvoll miteinander sprechen können. Dazu gehört Integrität und Loyalität gegenüber dem, was besprochen wurde.
Ein Gast aus dem KM muss sich im HPR schon Kritik anhören, aber immer als Vertretung des KM und nicht als Person. Die Person muss am Ende mit einem Händeschütteln und einem Lächeln wieder rausgehen können. Auch wenn wir dem Menschen auf die Nerven gegangen sind.

Wenn du wiedergewählt wirst, was nimmst du dir als Erstes vor?
Das Thema Lehrkräfteeinstellung offensiver angehen. Doch am Apparat kratzen.

BEZIRKSPERSONALRÄTE (BPR)

Wofür wir da sind

Die BPRs sind mittendrin. Zwischen ÖPR und HPR. Es ist gar nicht so einfach, immer zu wissen, an wen man sich mit welchen Anliegen, Sorgen und Nöten wenden kann. Drei erfahrene BPR-Personalräte aus der GEW geben einen Einblick.

Seit wann bist du Mitglied im BPR und warum kandidierst du erneut?

Sanni Veil-Bauer: Ich bin 2009 in den BPR nachgerückt und seit 2014 Vorsitzende des BPR GHWRGS beim RP Karlsruhe. Ich kandidiere wieder, weil mir die Beratung und Unterstützung jeder einzelnen Lehrkraft sehr am Herzen liegen.

Frank Nagel-Gallery: 2010 wurde ich erstmals in den BPR Gymnasien am RP Freiburg gewählt. Die Arbeit im Gremium und der Einsatz für die Kolleg*innen mache ich engagiert und gerne. Der etwas andere Blick auf das System Schule bereichert auch meine Arbeit als Lehrer an der eigenen Schule.

Andrea Skillicorn: Ich bin jetzt im dritten Jahr im BPR GHWRGS Stuttgart als Vertreterin der Tarifbeschäftigten. Mir ist es ein großes Anliegen, die angestellten Kolleg*innen über ihre Rechte und Möglichkeiten zu beraten, damit sie dadurch selbstbewusster für sich einstehen können. Da ich selbst angestellte Lehrerin bin, weiß ich, was es bedeutet, tarifbeschäftigt zwischen Beamt*innen zu sein.

Wie kann ich mir die Zusammenarbeit mit dem RP vorstellen?

Sanni: Im Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) ist unter anderem die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Dienststelle geregelt. Dahinter verbirgt sich, dass Gesprächsinhalte vertraulich behandelt werden und alle sich darauf verlassen können. Meine Meinung und Einschätzung als Vorsitzende des BPR ist auch in allgemeinen Fragen erwünscht. So kann ich über die Hilfe in Einzelfällen hinaus wirksam sein und wenn es gut läuft für alle Lehrkräfte Verbesserungen erreichen.

Frank: Ich bin schon 14 Jahre in dem Gremium tätig. In der Zeit ist viel Vertrauen gewachsen. Auch in Freiburg sind wir mit der Zusammenarbeit sehr zufrieden.

Andrea: In Stuttgart haben wir das Glück, dass wir vom RP getrennte Büroräume in einem separaten Stockwerk belegen. Das zeigt nach außen: Wir sind keine „Abteilung" des RPs. Trotzdem sind die Wege kurz und jederzeit vertrauensvolle Gespräch möglich.

SANNI VEIL-BAUER

Vorsitzende des BPR GHWRGS beim RP Karlsruhe, im Rechtsschutzteam GEW Nordbaden

„Meine Meinung und Einschätzung als Vorsitzende des BPR ist auch in allgemeinen Fragen erwünscht."

Mit welchen Anliegen wenden sich die Lehrkräfte an euch?

Andrea: Die Tarifbeschäftigten wenden sich an uns, wenn sie Fragen zur Eingruppierung oder Stufenzuordnung haben. Da der Renteneinstieg gut geplant sein sollte, beraten wir auch dazu. Weitere Themen sind Entfristung, Weiterqualifizierung. Krankheit, Kündigung, Probezeit oder Versetzungen und Abordnungen.

Sanni: Wir sind auch da, wenn Lehrkräfte Teilzeit arbeiten oder beurlaubt werden möchten. Auch sehr gravierende Entscheidungen wie Entlassungen aus der Probezeit oder vorzeitige Zurruhesetzung wegen Dienstunfähigkeit gehören dazu.

Frank: Neben allen Fragen zu stellenwirksamen Änderungen spielen bei uns Beförderungen im Ausschreibungs- und konventionellen Verfahren eine große Rolle. Hierbei möchten die Kolleg*innen wissen, wann ihre Bewerbung Aussicht auf Erfolg haben kann und wie die Verfahren ablaufen. Bei den Auswahlkriterien im konventionellen Verfahren und bei den Ausschreibungstexten sind wir in der Mitbestimmung. Wir nehmen auch an vielen Auswahlgesprächen an den Schulen teil.

Welche Themen sind gerade besonders akut?

Sanni: Aktuell und immer häufiger wenden sich Personen an mich, die länger erkrankt sind und bei denen eine amtsärztliche Untersuchung ansteht. Hier ist oft eine umfassende Information notwendig, wie eine amtsärztliche Untersuchung abläuft und was danach folgen kann. Die Abläufe zu erfahren, nimmt vielen schon die erste Angst.

Frank: Im Frühjahr laufen in Gymnasien die A14-Beförderungen. Dazu gibt es viele Nachfragen. Ansonsten gibt es in Gymnasien wie im GHWRGS-Bereich einen hohen Beratungsbedarf rund um die Neuregelung der Teilzeitvorschriften.

Andrea: Viele Themen ergeben sich auch aus dem Lehrkräftemangel. Die Lehrkräfte spüren, dass sie an ihre gesundheitlichen Grenzen kommen und suchen nach Lösungen oder Entlastungsmöglichkeiten. Dafür stehen wir beratend an ihrer Seite. Für Arbeitnehmer*innen ist ein befristetes Arbeitsverhältnis oft belastend, da die Befristung keine verlässliche Zukunftsplanung ermöglicht. Deshalb ist es mir wichtig, Entfristungsanträge eng zu begleiten.

Könnt ihr Beispiele nennen, in denen ihr Lehrkräften helfen konntet?
Frank: Ich erinnere mich beispielsweise an die Versetzung eines Kollegen, der sich mit schwerkrankem Kind in einer extrem angespannten familiären Situation befand und die weite Pendelstrecke nicht mehr leisten konnte. Obwohl er keine gesuchten Fächer unterrichtete, konnte nach vielen Gesprächen eine Freiburg-nahe Lösung gefunden werden.
Andrea: Wir erreichen immer wieder eine höhere Eingruppierung oder Anerkennung von Vordienstzeiten und somit eine bessere Bezahlung. Da freuen wir uns mit den Kolleg*innen.
Sanni: Neulich wandte sich eine Kollegin an mich, die sich plötzlich um einen pflegebedürftigen Menschen kümmern musste. Ich klärte sie zunächst über ihre Möglichkeiten auf und unterstützte sie dann mit direkten Gesprächen im RP. So ließ sich der Fall schnell im Sinne der Kollegin regeln.

Wann könnt ihr nicht helfen?
Sanni: Immer dann, wenn es um rechtliche Fragen geht. Der Personalrat darf keine Rechtsberatung durchführen, das darf nur die GEW, sofern man Mitglied ist.
Frank: Häufig wenden sich ÖPR-Mitglieder aus den Schulen an uns, die wir zwar beraten, deren Themen und Konflikte aber zunächst auf schulischer Ebene ausgehandelt werden müssen. Erst wenn es dort keine Lösung gibt, können wir tätig werden. Ähnliches gilt bei seminarspezifischen Themen der Referendar*innen; hier beraten wir die Mitglieder des Ausbildungspersonalrats (APR) kollegial, sind aber zunächst nicht in der Mitbestimmung.

Wie hilft dir die GEW bei deiner Arbeit?
Sanni: Durch die GEW wurde ich in meinen ersten Jahren als BPR-Mitglied regelmäßig und umfassend geschult. Inzwischen habe ich so viel Erfahrung, dass ich anderen GEW-Personalratsmitgliedern mein Wissen weitergeben kann. Auch meine Arbeit im GEW-Bezirksrechtschutz Nordbaden ist dafür sehr hilfreich. Die Vernetzung in der GEW und der laufende Austausch verschafft uns allen das nötige Wissen und Selbstvertrauen, Kolleg*innen gut zu beraten. Die GEW ist eine wertvolle Stütze und schafft Professionalität in der täglichen Arbeit.

FRANK NAGEL-GALLERY

Mitglied im BPR Gymnasien am RP Freiburg, Mitglied der Bezirksfachgruppe Gymnasien Südbaden, Lehrer am Wentzinger-Gymnasium Freiburg

„Die Austauschmöglichkeiten in der GEW finde ich sehr wichtig."

ANDREA SKILLICORN

Stellv. Vorsitzende des BPR GHWRGS am RP Stuttgart, Realschullehrerin im Angestelltenverhältnis

*„Mir ist wichtig, die angestellten Kolleg*innen zu beraten, damit sie selbstbewusster für sich einstehen können."*

Frank: Die Austauschmöglichkeiten finde ich auch sehr wichtig. Wir stehen im engen Kontakt mit Mitgliedern anderer Personalräte, zum einen innerhalb der gymnasialen PR-Gremien, also zwischen ÖPR, BPR und HPR-Mitgliedern, aber auch mit Kolleg*innen, die in den Personalräten der anderen Schularten tätig sind. Davon profitiere ich sehr, manches kann man sich abschauen, häufig verändert und erweitert sich die Sichtweise auf ein Thema. Nicht zuletzt werde ich über den GEW-Rechtsschutz kompetent beraten.
Andrea: Auch für mich sind der Austausch und die Vernetzung sehr wertvoll. In der Landespersonengruppe Arbeitnehmer*innen vergleichen wir Erfahrungen und tauschen Information untereinander aus oder aber versuchen gemeinsam, Lösungen für ein bestimmtes Problem zu finden.
Als Mitglied in der Bundestarifkommission sehe ich, wie Tarifpolitik in den anderen Bundesländern funktioniert oder wie das Thema „Arbeitszeiterfassung" dort angepackt wird.

BPR WÄHLEN 2024

ARBEIT IM ÖPR GHWRGS

Beteiligungsrechte wahrnehmen

*Als erfahrene Personalrätin kennt Martina Jenter-Zimmermann die Arbeit in der Personalvertretung in- und auswendig. Sie berichtet, was zu ihren Aufgaben gehört, was sie für Kolleg*innen erreichen kann und warum es hilfreich ist, bei der GEW engagiert zu sein.*

MARTINA JENTER-ZIMMERMANN

ÖPR-Vorsitzende am Staatlichen Schulamt Albstadt, GEW-Bezirksvorsitzende Südwürttemberg

Seit 20 Jahren bin ich Mitglied im ÖPR am SSA Albstadt, dessen Vorsitzende ich seit 2018 bin. Wir sind für ungefähr 3.000 Beschäftigte im Zollernalbkreis und im Landkreis Sigmaringen zuständig. Unser Gremium besteht aus 17 Mitgliedern.

An meiner Arbeit im Personalrat gefällt mir besonders, dass ich den meisten Kolleg*innen, die sich in der Regel telefonisch oder per E-Mail an mich wenden, helfen kann. Ich freue mich, wenn ich ihnen in der Beratung Perspektiven aufzeigen, sie ermutigen und stärken kann.

Viel Raum in der Personalratsarbeit nimmt die Beratung in Konfliktsituationen ein. Dabei wird nach Lösungen gesucht, bei denen nicht Einzelinteressen im Vordergrund stehen, sondern die Belange aller Beteiligten berücksichtigt werden.

Konfliktstoff ist häufig etwa eine Stundenplangestaltung, die als ungerecht empfunden wird oder die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erschwert. Auch das Thema teilbare und unteilbare Aufgaben ist ein Dauerbrenner bei Teilzeitbeschäftigten. In regelmäßigen „ÖPR-Infos“, die wir an die Schulen schicken, fassen wir wesentliche Beratungsthemen prägnant zusammen. Wir bieten überdies an, etwa im Rahmen einer GLK, vor Ort zu einem bestimmten Themenbereich zu informieren.

Weitere Schwerpunkte unserer Arbeit sind Beratungen zu Versetzungen, zur Gestaltung von Elternzeit und zum Wiedereinstieg nach längerer Erkrankung. Hohe Priorität hat die Umsetzung von Arbeits- und Gesundheitsschutzmaßnahmen, die auch in Dienstvereinbarungen mit dem Amt, beispielsweise zum Mehrarbeitsunterricht, zum Tragen kommen. Unsere Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte bei Entscheidungen des Schulamtes sind im Landespersonalvertretungsgesetz geregelt.

Im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit setzen wir uns in regelmäßigen Dienstbesprechungen mit dem Amt dafür ein, dass in allen schulischen Angelegenheiten im Sinne der Beschäftigten gehandelt wird. Kompromisse sind dabei nicht zu umgehen, wir achten aber sehr genau darauf, dass wir uns nicht auf „faule“ Kompromisse einlassen.

„Ich freue mich, wenn ich in der Beratung Perspektiven aufzeigen, ermutigen und stärken kann.“

Zusätzlich zu den regelmäßigen ÖPR-Sitzungen findet jährlich eine Personalversammlung für alle Beschäftigten statt. Neben Referaten mit meist bildungspolitischem Inhalt berichten wir über unsere Arbeit und gehen vertieft auf Themen ein, die wir für besonders hilfreich für die Kolleg*innen halten. Letztes Jahr stießen wir auf große Resonanz mit Teilpersonalversammlungen, die wir erstmalig jeweils für Schulleitungen und für befristet Beschäftigte anboten.

Ohne das Wissen und die Erfahrung aus der Gewerkschaftsarbeit ist Personalratsarbeit nicht zu bewerkstelligen. Als Bezirksvorsitzende der GEW Südwürttemberg weiß ich über aktuelle bildungspolitische Themen Bescheid und kann dieses Wissen in der Beratung einbringen. Mir ist es wichtig, „am Ball zu bleiben“, einmal erkämpfte Beteiligungsrechte konsequent wahrzunehmen und, wo es nötig ist, sie vehement einzufordern. Ich wünsche mir bei der anstehenden Personalratswahl eine hohe Wahlbeteiligung, bei der die Kolleg*innen ihr Vertrauen den Kandidierenden auf den GEW-Listen schenken, damit sie auch weiterhin auf eine kompetente Interessenvertretung in den Personalräten bauen können.

ÖPR WÄHLEN 2024

ÖRTLICHER PERSONALRAT (ÖPR) GYMNASIUM

Ein Sensor vor Ort

Henning Koehler ist Vorsitzender des Örtlicher Personalrats an einem Gymnasium in Mannheim. Zusammen mit anderen ÖPRs an seiner Schule setzt er sich für die Interessen seines Kollegiums sein. Obwohl die Gestaltungsmöglichkeiten begrenzt sind, kann er auf vieles hinweisen, und auch Erfolge bleiben nicht aus.

HENNING KOEHLER

ÖPR-Vorsitzender an einem Gymnasium in Mannheim

Die ÖPRs der Gymnasien sind direkt an der Schule. Das ist Fluch und Segen zugleich: Näher dran ist kaum möglich, gleichzeitig schöpfen wir bei der Mobilisierung für unsere Interessen aus lediglich einem Kollegium und sehen uns dabei zudem einer schul- und verwaltungsrechtlich mit sehr umfangreichen Kompetenzen ausgestatteten Schulleitung gegenüber – aber es ist immerhin eine Chance!

Tendenziell wenig geliebt ist die Mitgliedschaft im „ÖPR-Gym", weswegen auch ich als halbwegs junger Kollege, frisch aus der Elternzeit, bei den vergangenen Wahlen auf die Wahlliste überredet wurde. Als Nachrückkandidat wurde es kurz darauf ernst. Seitdem versuche ich mit den weiteren Mitgliedern des Gremiums nach bestem Wissen und Gewissen (sowie Zeit- und Energiereserven) die Interessen des Kollegiums zu vertreten und durchzusetzen. Nebenbei übernehmen wir übliche soziale Aufgaben wie Grüße für runde Geburtstage, Glückwünsche für Entbindungen, Orga des Buffets zum mündlichen Abi oder Begrüßungen der Referendar*innen.

„Wir können unseren alltäglichen und lebenspraktischen Interessen vor Ort Geltung verschaffen."

Im engeren Sinn ist unsere Arbeit im Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) festgehalten. Wir haben z.B. Mitwirkungsrechte bei Stellenausschreibungen (so die Schule eine zugesprochen bekommt) oder der „Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage". Wir begleiten Kolleg*innen in Gesprächen zur Wiedereingliederung nach längerer Erkrankung, rechnen mit der Schulleitung Entlastungsstunden für die Betreuung der Referendar*innen aus und oder schauen auf eine weitgehend gerechte Verteilung von Dienstbereitschaften. Letzteres ist ein anschauliches Beispiel für die Grenzen unserer Möglichkeiten: Dienstbereitschaften sieht das Schulrecht gar nicht vor, unbestritten sind sie aber notwendig für den Betrieb einer Schule. Mit diesem Widerspruch (sowie nicht wenigen weiteren) und den Konsequenzen daraus, werden Schulleitungen, ÖPR und Kollegien allein gelassen – und am untersten Ende der schulrechtlichen Nahrungskette muss dann doch immer jemand im Lehrerzimmer sitzen und auf eventuelle Spontan-Vertretungen warten.

Es braucht ohne Zweifel ein wenig Idealismus für die Arbeit im Personalrat, aber mit der Zeit stellen sich Erfahrung und auch die (kleinen und manchmal größeren) Erfolge ein. Wir sind ein Sensor, der Bilder vom Geschehen vor Ort an übergeordnete Personalvertretungs- und Entscheidungsebenen weiterleitet. Wir werfen ein Auge auf die Arbeit der Schulleitung(en) und schaffen es dabei auch immer wieder, unseren alltäglichen und lebenspraktischen Interessen vor Ort Geltung zu verschaffen: Nach entsprechenden Gesprächen im Kollegium ist es unserem ÖPR zusammen mit der Schulleitung gelungen, die Einrichtung eines Umkleideraums für Fahrradfahrende zu ermöglichen. Immerhin.

Das System sollte für die Kinder da sein

An der Jungbuschschule in Mannheim wird viel gelacht, trotz der schlechten Rahmenbedingungen. Das Schulleitungsteam Ursula Kremer und Kirsten Hoffmann berichten, was die Ganztages-Grundschule dringend braucht.

Andrea Toll

PORTRAIT GRUND-SCHULE

Wie kann es sein, dass Schule gut läuft und Spaß macht, obwohl sämtliche Rahmenbedingungen dagegen sprechen? Die Jungbuschschule in Mannheim, eine gebundene Ganztagesschule, ist ein Beispiel dafür. Hier fehlt es an vielem, zum Beispiel an Ausstattung und Fachkräften. Was sie hat: Ein seit vielen Jahren eingeschweißtes, motiviertes Kollegium, Kinder, die gern zur Schule gehen und Eltern, die der Schule vertrauen. „Die Schule ist wie eine Oase", berichtet Ursula Kremer, die die Grundschule seit 2013 leitet. Eine Oase? Eine multikulturelle Schule mit knapp 200 Schüler*innen, alle mit Migrationshintergrund und hohem Sprachförderbedarf? „Wir legen sehr viel Wert darauf, dass unsere Regeln eingehalten werden, wir gewaltfrei miteinander umgehen, Konflikte deeskalieren und das Miteinander stärken", erklärt Konrektorin Kirsten Hoffmann, die seit 1994 an der Schule arbeitet. „Natürlich werden Konflikte zwischen unterschiedlichen Nationen hier mit hineingetragen, da reden wir nichts schön, aber die Kinder bekommen das durch die Regeln gut hin", führt Hoffmann weiter aus.

Ständig arbeiten Kremer und ihr Team daran, die Abläufe in der Schule zu verbessern. Dabei stehen die Kinder im Mittelpunkt. Deswegen haben sie sich auch beim Modellversuch „Lernförderliche Leistungsrückmeldung in der Grundschule" beworben und sind seit 2 Jahren eine von 43 Schulen in Baden-Württemberg, die daran teilnehmen. „Schulen sollten jedes Kind da abholen, wo es steht und entsprechend fördern, damit es nicht abgehängt wird. Das ist unser Verständnis von Schule", unterstreicht die Konrektorin. Dieser Schulversuch biete ihnen viel Spielraum und komme ihrem Ansatz sehr entgegen. Erfolge gibt es bereits: „Die Kinder sind motivierter und zufriedener", berichtet Hoffmann. Ihr aller Wunsch sei, dass sie das Programm nach der vierjährigen Probezeit dauerhaft weiterführen können.

Lehrkräfte zahlen aus eigener Tasche

Ein anderer, ebenso dringender Wunsch sind größere Klassenzimmer, eine bessere Ausstattung und mehr Geld für Material. Die 3 Pavillons, in denen sich die Klassenräume befinden, stammen aus den 80er-Jahren. Manche Räume sehen aus wie düstere Rumpelkammern, andere sind liebevoll eingerichtet, mit Regalen voll mit Lernmaterial, bunten Bildern an den gelb

Ursula Kremer (links) Schulleiterin und Kirsten Hoffmann stellv. Leiterin

*„Die Schule ist wie eine Oase – eine multikulturelle Schule mit knapp 200 Schüler*innen, alle mit Migrationshintergrund und hohem Sprachförderbedarf?"*

gestrichenen Wänden und Topfpflanzen. „Das gestalten die Klassenlehrer*innen in Eigenregie in ihrer Freizeit und zahlen alles aus eigener Tasche", klärt Kremer die Diskrepanz auf. „Für das Klassenzimmer meiner Schüler*innen habe ich Tausende von Euro investiert", gibt Hoffmann Auskunft. Kremer versucht immer wieder, über Sponsoren an Geld zu kommen, was mühsam, zeitaufwendig und oftmals vergebens ist. „Für einen Schulgarten oder die Schulhofgestaltung würden wir Sponsoren finden, aber das ist nicht das, wofür wir finanzielle Unterstützung benötigen. Wir brauchen es dringend für Material", macht die Schulleiterin klar.

b&w porträtiert zu den Wahlen alle Schularten unter dem Aspekt des GEW-Mottos „Bildung, mutig, los!“.

Wir fragen Schulleitungen und Personalräte: Was braucht Ihre Schule für gute Bildung? Was wäre mutig? Was soll jetzt losgehen?

Der Jungbuschschule fehlt es nicht nur an finanziellen Mitteln, sondern auch an personeller Unterstützung. Die Liste ist lang. Da die Stelle der Schulsozialarbeiter*in derzeit nicht besetzt ist, steht die an erster Stelle. Durch die sozialbasierte Ressourcensteuerung bekommt die Schule zwar ein Budget vom Land, mit dem sie Unterstützungskräfte aus anderen Berufsparten finanzieren kann, „aber das reicht bei weitem nicht“, erklärt Kremer. Flexible Dolmetscher*innen genauso wie flexible Sozialarbeiter*innen wären dringend nötig für die Zusammenarbeit mit den Eltern. Denn der Alltag an der Jungbuschschule besteht auch darin, die Eltern der Schüler*innen zu unterstützen. „Viele Väter und Mütter können weder schreiben noch lesen. Wir übernehmen Aufgaben, die eigentlich sie erledigen müssten, mit denen sie aber überfordert sind, zum Beispiel Arzttermine vereinbaren“, schildert Kremer die Situation. Außerdem bräuchten sie dringend Ergotherapeut*innen für die vielen Kinder, die motorisch auffällig seien. Auch Logopäd*innen würden dringend benötigt, denn ein Großteil der Schüler*innen hat eine schwer verständliche Aussprache.

*Kirsten Hoffmann zeigt Lernmaterial, mit dem die Schüler*innen arbeiten.*

Klassenteiler auf 20 senken

Mehr Luft gäbe es für das Kollegium, wenn der Klassenteiler auf 20 Schüler*innen gesenkt würde. Der liegt bei Grundschulen derzeit bei 28. An der Jungbuschschule werden von den knapp 200 Kindern 43 inklusiv beschult. „Eine doppelte Besetzung im Unterricht ist unbedingt nötig, da die anderen Schüler*innen ja auch viel Aufmerksamkeit und Förderung brauchen“, hebt Hoffmann hervor. On top kommen die Überprüfungsverfahren sowie die zahlreichen Absprachen mit den Inklusionslehrer*innen, den Sonderpädagog*innen und den Eltern – alles ohne Entlastung durch Anrechnungsstunden. Immerhin erhält die Schule ab kommendem Schuljahr Unterstützung durch einen weiteren Sonderschullehrer.

Damit nicht genug. Die Sprachförderung ist ein weiteres Thema, das dem Leitungsteam unter den Nägeln brennt. Die Jungbuschschule bietet integrative Sprachförderung an. Das heißt, dass die Sprachförderkinder mit in den Klassen sind, aber nicht in die Berechnung des Ganztages einfließen. „Für Schulen wie unsere mit einer Schülerschaft, die 100 Prozent Migrationshintergrund hat, muss es eine durchgängige Regelung geben“, betont Kremer.

Trotz alledem ein guter Schulalltag

Trotz der vielen Baustellen, Nöten und Sorgen herrscht eine positive Stimmung an der Schule. „Wir haben die Rückmeldung bekommen, dass an unserer Schule so viel wie an keiner anderen gelacht wird“, erzählt die Schulleiterin und lacht. „Wir wollen nicht jammerig rüberkommen, denn wir haben einen guten Schulalltag – nur leider schlechte Rahmenbedingungen“, versichert sie. Ihr größter Wunsch? Dass sich das System so ändert, dass es für die Kinder da ist und die Kinder nicht irgendwie ins System gequetscht werden müssen.

Andrea Toll,
freie Journalistin und Texterin

Mehr Vertrauen in die Basis

„Bildung, mutig, los!" lautet das GEW-Motto. Das haben wir als Aufhänger genommen und in der Bodelschwinghschule in Nürtingen nachgefragt, was das für sie bedeuten würde.

Andrea Toll

PORTRAIT SBBZ

von links: Désirée Unger (stellv. Leiterin), Stefan Track (Schulleiter), Rubel Ell (Personalrat), Katharina Schaudt (stellv. Leiterin)

„Was wünschen Sie sich für Ihre Schule?" Wir sitzen noch nicht lange am Tisch im Büro des Schulleitungsteams der Bodelschwinghschule in Nürtingen und sprechen über diese Frage, als Stefan Track sagt: „Das Schulsystem muss sich ändern. Das kommt überall an seine Grenzen – strukturell, aber auch durch die veränderte Pädagogik und die veränderten Anforderungen der Schülerschaft." Track und sein Team erleben das jeden Tag an ihrem SBBZ mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung und beobachten diese Entwicklung bundesweit. „Schüler*innen, die in anderen Schularten nicht aufgefangen werden können und dort scheitern, landen im SBBZ. Etwa zwei Drittel der 188 Schüler*innen der Bodelschwinghschule sind ohne erkennbare genetische Disposition hinsichtlich einer Behinderung. Sie sind einfach mit dem Lernen überfordert", erklärt Track, der die Schule seit 2019 leitet.

„Das Schulsystem muss sich ändern. Es kommt überall an seine Grenzen – strukturell, aber auch durch die veränderte Pädagogik und die veränderten Anforderungen der Schülerschaft."

Um lernen zu können, sind für die Schüler*innen kleine Lerngruppen mit 6 bis 8 Schüler*innen und stabile Beziehungen wichtig. Entsprechend hoch ist die personelle Ausstattung: Eine Lehrkraft, gelegentliche Doppelbesetzungen und eine betreuende Kraft oder Schulbegleitung pro Klasse – wenn alles nach Plan läuft, niemand krank oder auf Fortbildung ist. „Wir haben ein extrem motiviertes, multiprofessionelles Kollegium, das jedes einzelne Kind im Blick hat", betont Katharina Schaudt, stellvertretende Schulleiterin.

Multiprofessionelles Team

Weil sonderpädagogische Lehrkräfte fehlen, setzt die Bodelschwinghschule auch auf Mitarbeiter*innen aus anderen Berufssparten. Im Kollegium sind Physio- und Kunsttherapeut*innen genauso wie Fachlehrkräfte aus den allgemeinen Schulen und eine Bürokauffrau. „Aus der Not ist viel Gutes entstanden und wir sehen diese Multiprofessionalität als Gewinn", macht Schaudt klar. Eine große Herausforderung fürs Leitungsteam sei, diese Kolleg*innen durch berufsbegleitende Fortbildungen weiter zu professionalisieren. Kein einfaches Unterfangen, da das einen ungeheuren Aufwand fürs Schulleitungsteam bedeutet. Beispielsweise müssen sie für Kommunal- oder Landkreisangestellte die Teilnahme an Tagungen extra beantragen und finanzieren. „Wir sind darauf angewiesen, dass Menschen aus anderen Berufen hier gern arbeiten und unser Ziel ist es, sie entsprechend weiterzubilden. Da brauchen wir nicht so ein Bürokratie-Monstrum, sondern mehr Spielraum", sagt Track nachdrücklich. Einerseits werde vom Abbau der Bürokratie gesprochen und Maßnahmen entwickelt, Lehrer*innen in den Schulen zu halten, andererseits werde den Schulen in Bezug auf fachfremdes Personal viele Steine in den Weg gelegt. Sei es in puncto Weiterbildung oder bei der Einstellung. „Wir wünschen uns mehr Vertrauen in die Basis! Wir bekommen das schon hin", unterstreicht Schaudt.

85 Lehrkräfte, 5 FSJler*innen und 11 Schulbegleiter*innen arbeiten am SBBZ. Damit ist die Personalsituation im Vergleich zu vielen anderen SBBZ ganz ordentlich. „Trotzdem ist die Belastung insgesamt vor allem für die ausgebildeten Kolleg*innen sehr hoch, weil komplexere Aufgaben,

beispielsweise schwierige Elterngespräche und die Erstellung von Gutachten, an ihnen hängenbleiben", weiß Ruben Ell, Personalrat am Staatlichen Schulamt Nürtingen und Lehrkraft an der Schule. Unterricht nach Stundenplan bliebe in vielen SBBZ auf der Strecke, da Klassen häufig kurzfristig geteilt und die Schüler*innen auf andere Gruppen verteilt werden müssen. „In so einer Situation ist Unterricht nach Plan nicht möglich", unterstreicht Ell. Viele der Kolleg*innen sähen sich gezwungen, zu betreuen anstatt zu unterrichten.

Wunsch: mehr ausgebildetes Personal und weniger Stunden

Die Lösung, die für einen zuverlässigen Unterricht ideal wäre, sieht Ell in einer 110-prozentigen Stellenbesetzung und mehr ausgebildetem Personal. „So wären immer genug Lehrkräfte da, auch wenn Kolleg*innen krank oder auf Fortbildung sind", führt Ell aus. Zudem hätten die ausgebildeten Lehrkräfte dann mehr Zeit, ihre fachfremden Kolleg*innen anzuleiten. Ein Wunsch, der ihm von vielen Lehrer*innen immer wieder angetragen wird.

Die Stundentafel zu kürzen, wäre ebenfalls ein mutiger wie sinnvoller Schritt, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken – da sind sich das Schulleitungsteam und Ell einig. „Unsere Schule hat sich immer dafür stark gemacht, dass die Unterrichtszeiten reduziert werden", berichtet Track. 30 Stunden wären optimal, auch für die Grundschulkinder, die mit 34 Wochenstunden völlig überfordert seien. „Diese hohe Stundenzahl hat seinen Ursprung in den 70er-Jahren. Familien sollten dadurch entlastet werden", führt Track weiter aus. Er und sein Team wünschen sich mehr Spielraum bei der Verteilung der Schulstunden, um den unterschiedlichen Altersstufen an der Schule gerecht zu werden.

Bodelschwinghschule ist Kulturschule Baden-Württemberg

„Kulturelle Bildung ist uns dabei sehr wichtig, denn sie wirkt sich extrem positiv auf die Entwicklung von den Kindern aus", betont Désirée Unger, seit 2022 mit im Schulleitungsteam und verantwortlich für die Kulturschule. Kulturelle Bildung gehört zum Schulalltag der Bodelschwinghschule, das heißt dass künstlerische Methoden in den Unterricht einfließen und fächerübergreifende Unterrichtsprojekte angeboten werden, zum Beispiel Deutsch und Kunst, Mathe und Musik. Darüber hinaus organisieren Unger und ihr fünfköpfiges Kulturteam jedes Jahr Kulturwochen für die 5. Klasse. Zwei Wochen können sich Schüler*innen intensiv mit Kunst und Kultur auseinandersetzen. Hierfür lädt die Schule Expert*innen aus Musik, Kunst, Tanz und Theater ein.

Anfangs wurde das Modellprojekt mit 10.000 Euro bezuschusst. Heute erhält die Schule nur noch 2.800 Euro – und das, obwohl große Stiftungen das Landesprogramm unterstützen. „Wir wollen den Künstler*innen ein anständiges Honorar zahlen und müssen jetzt viel Zeit investieren, Fördergelder zu beantragen", betont Unger. „Da frage ich mich, warum einerseits hervorgehoben wird, wie wichtig kulturelle Bildung in der Schule ist, und andererseits die Mittel dafür so drastisch gekürzt werden."

Neu saniertes Gebäude

Was Platz und Ausstattung der Bodelschwinghschule angeht, ist das Schulteam wunschlos glücklich. Denn das neu sanierte und Ende 2023 bezogene Gebäude bietet Kunst- und Musikräume, eine große Aula mit Bühne, eine Mensa und eine Sporthalle sowie Werk- und Hauswirtschaftsräume. Auf den Fluren haben die Schüler*innen kleine Inseln mit Stühlen, Tischen und Liegen, in die sie sich zurückziehen können. Etwas abseits vom Schultrubel sind Klassenräume für Schüler*innen mit Autismus-Spektrum eingerichtet. Die Schulverwaltung und das helle Lehrerzimmer mit Blick auf den Neckar liegen nah beieinander. Zurzeit wird noch ein Ruheraum fürs Kollegium eingerichtet. „Wir haben wirklich eine sehr schöne Schule und es ist einfach toll zu erleben, was Räume bewirken und wie sie uns positiv beeinflussen", betont Track.

Mit Leib und Seele für die Werkrealschule

Werkrealschulen leiden wie alle Schularten unter Personalmangel und unzureichender Unterstützung für die Schulleitungen. Doch der Schulart fehlt zusätzlich die Wertschätzung. Die Schiller-Schule in Ettlingen gibt trotzdem ihr Bestes.

Marie Klotz

PORTRAIT WERKREAL-SCHULE

Rektorin Stefanie Wagner empfängt mich herzlich in ihrem Büro im Altbau der Ettlinger Schiller-Schule, das sie sich gerade wegen Umbauarbeiten mit der Konrektorin teilt. Das sei eine Interimslösung und dem Neubau geschuldet, erzählt Wagner. 2024 soll der Anbau fertig sein. Und war wohl auch bitter nötig. Es sei für die 24 Klassen der Grund- und Werkrealschule einfach zu wenig Platz. Zwei Klassen sind zurzeit noch in Containern untergebracht, auch Fachräume müssen als Klassenzimmer genutzt werden. Der Altbau selbst ist in die Jahre gekommen. Auch hier müsste dringend Hand angelegt werden. „Die Stadt als Schulträger ist da zum Glück finanziell recht großzügig", betont sie mit Blick aus dem Fenster. Auch sollen sie bald ein Ganztagsbetrieb sein. Ein Beschluss der Stadt.

Aus allen Ecken im Landkreis Karlsruhe kommen die Schüler*Innen an die Werkrealschule (WRS). Die Schillerschule, einzige noch bestehende WRS im südlichen Landkreis, beschult Kinder- und Jugendliche von Karlsruhe bis Bad Herrenalb. Die Schüler*innen kommen aus unterschiedlichen sozialen Schichten zusammen und lernen gemeinsam. „Aber es funktioniert", schiebt Wagner hinterher. Dass dieser Schulart zu wenig Aufmerksamkeit zuteil wird, darüber sind wir uns schnell einig. In den Medien versinke sie leider schnell, nebst für die Landesregierung brisanteren Themen: G8/G9, Grundschulempfehlung Ja/Nein, oder die akute Leseschwäche vieler Kinder. Obgleich die WRS als tragende Konstante fungiere, sowohl in der Flüchtlings- als auch inklusiven Beschulung.

Schulleiterin Stefanie Wagner

*„Inklusion ist für mich machbar und auch tragbar – jedoch nur mit ausreichenden Förderstunden, zusätzlicher Unterstützung in den Regelklassen und gut ausgebildeten Lernbegleiter*innen."*

Es geht auch anders

Eine Gemeinschaftsschule sollte die Schillerschule einmal werden. Aufgrund der immensen Kosten scheiterte der Vorschlag jedoch im Gemeinderat. Von einer schwindenden Schülerschaft ist die WRS jedoch nicht betroffen. Die Zahlen blieben über die Jahre hinweg konstant. Zweizügig sind sie immer noch in der SEK1. Wagners Schule profitiert von dem vergrößerten Einzugsgebiet.

Wagner setzt da an, wo andere wahrscheinlich schon kopfschüttelnd ablehnen würden: Inklusion ist für sie machbar und auch tragbar. Bis zu einem gewissen Grad natürlich. Die Voraussetzungen dafür müssen jedoch gegeben sein. Ausreichende Förderstunden, zusätzliche Unterstützung in den Regelklassen, gut ausgebildete Lernbegleiter*innen sind daher unerlässlich. Seit diesem Jahr hat sie eine Sonderpädagogin an der Schule. „Mit einem vollen Deputat ist das schon eine ganz große Hausnummer", nickt sie zustimmend. Viele Schulen haben aufgrund der schlechten Lehrerversorgung nur stundenweise oder gar keine Unterstützung durch Sonderschullehrkräfte. Sie könne so gleich ganz anders planen. Planung sei sowieso die halbe Miete.

Werte wolle sie vermitteln. Das sei wichtig. Gerade in der SEK1. „Ein freundliches Hallo öffnet dir auf dem Ausbildungsmarkt schon mal die eine oder andere Tür." Höflichkeit,

gute Ausdrucksformen und Pünktlichkeit gehören für Wagner ebenfalls zum guten Umgang. Auch sei so das Klima viel besser in den einzelnen Klassen.

Der Anspruch an ihre Schule ist hoch, so auch an ihre Schüler*innen. „Sie sollen später gute Chancen haben auf dem Arbeitsmarkt“, erzählt sie. Mindestens eine 10. Klasse gibt es jedes Jahr. Viele machen auch weiter. Legen die Realschulprüfung ab, wechseln später in die gymnasiale Oberstufe. „Der Trend dahin ist schon relativ gewachsen“, erzählt Wagner. Das Tollste sei allerdings, wenn Schüler*innen Jahre später zu Besuch kämen und ihre Schulzeit in schöner Erinnerung behalten hätten, erzählt Wagner lächelnd. Es gebe sogar ein paar mit Hochschulabschluss. „Das macht mich dann richtig stolz.“ Es gebe natürlich immer ein oder zwei Schüler*innen, die ohne Abschluss abgingen. „Aber das ist ja eine wirklich kleine Zahl“, legt sie nach.

„Ich verbringe manchmal Stunden damit, irgendwelche Dokumente runterzuladen oder Abfragen auszufüllen.“

Auf dem Ausbildungsmarkt ist die Schule gut vernetzt. Das Boris-Berufswahlsiegel hat die Schillerschule in diesem Jahr wieder inne. In Klasse 8 finden die Berufsorientierungstage statt; in den Klassen 9 und 10 Praktika. Auch hält sie Kontakt zu unterschiedlichen Firmen. Das hilft den Schüler*innen ungemein bei der Lehrstellensuche.

Von der knappen Lehrerversorgung ist an der Schillerschule bisher nichts zu spüren. Selbst ihre 2 Vorbereitungsklassen sind mit voll ausgebildeten Lehrkräften besetzt. Das sei die Tage nicht selbstverständlich, betont Wagner. Beim Thema „Direkteinstieg“ winkt sie ab. Zu unkoordiniert sei die Sache, zu aufwendig. „Ich wüsste gar nicht, wie wir das zeitlich auch noch stemmen sollten“, legt Wagner nach. Sie selbst hat den klassischen Weg zum Lehramt eingeschlagen. Nach dem Studium an der PH war Wagner einige Zeit in Pforzheim tätig. Erst als Lehrerin, dann als Konrektorin. An der Schillerschule ist sie jetzt seit 12 Jahren. Sie lebt für ihre Arbeit. Und für ihre Schüler*Innen.

Das Profil der Schule ist vielfältig. Kreativ sind sie unterwegs. Musikalisch sowieso. Einen Chor und eine Schul- Band gibt es. Auch setzt Wagner auf sportliche Betätigung. Grundsätzlich lassen die motorischen Fähigkeiten der Schüler*innen immer mehr nach, erzählt sie seufzend.

Personalratswahlen 2024

Pläne für die Zukunft hat Wagner einige. Sie kandidiert nun für den GEW-Personalrat. Es sei an der Zeit, Dinge zu verändern. Eine starke Vertretung innerhalb des Personalrates für die WRS-Kolleg*Innen liegt ihr am Herzen. Vor allem im Schulleitungsbereich tue sich einfach zu wenig, meint Wagner. Sie plädiert für mehr Entlastung in der Schulleitungsarbeit. Man habe nie so richtig Zeit für irgendwas. „Vor allem in Zeiten, an denen man personell am Limit läuft“, müsse auch sie für kranke Kolleg*innen einspringen. Zusätzliche Verwaltungsaufgaben rauben ihr viel Zeit für Grundständiges. „Ich verbringe manchmal Stunden damit, irgendwelche Dokumente runterzuladen oder Abfragen auszufüllen“, erzählt sie. Aktuell schlägt sie sich mit der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung herum.

Das von Kultusministerin Theresia Schopper auf der GEW-Schulleitungstagung in Stuttgart 2022 versprochene Entlastungspaket geistere offensichtlich wie eine rhetorische Fata Morgana durch die Bildungslandschaft. Getan habe sich dahingehend laut Wagner eigentlich nichts. „Letztendlich fehlt es auch an Sekretariatsstunden und die stellt der Schulträger und nicht das Land“, seufzt sie. Da müsse einfach mehr passieren.

Wichtig ist ihr die Besoldungsangleichung in der SEK1. „Es kann ja wohl nicht sein, dass bei gleicher Arbeit am Monatsende weniger auf dem Gehaltszettel steht“, argumentiert sie. Da müsse man auf jeden Fall ansetzen. Natürlich wisse sie auch, dass jetzt die Studienzeit für das SEK1-Lehramt an den Pädagogischen Hochschulen länger dauere als früher. Man könne aber nicht langjährige Lehrkräfte schlechter bezahlen als Dienstanfänger*innen.

Es braucht ein ganzes Dorf

*Die Gottlieb-Daimler-Realschule in Ludwigsburg ist umgeben von Sportstätten, entsprechend vielseitig sind die Sportangebote. Das macht die Schule attraktiv für viele Schüler*innen aus dem größeren Umfeld. Das Sportprofil schützt die Schule aber nicht vor allerlei Nöten und Sorgen.*

Maria Jeggle

PORTRAIT REALSCHULE

Hartmut Meier, Schulleiter

Tobias Stüer, stellvertretender Schulleiter

Fotos: Evi Maziol

Tobias Stüer schließt die Tür zur Schule auf. Es sind Faschingsferien. Rektor Hartmut Meier und Konrektor Stüer kommen zum Gespräch mit der b&w. Im Lehrerzimmer stehen noch Pinnwände vom Tag der offenen Tür vom Freitag vor den Ferien. „Normalerweise ist es hier aufgeräumter", entschuldigt sich Stüer, bevor er Kaffee holt. Aufräumen würde wohl nur bedingt helfen. Der große Raum ist zu klein für die über 60 Lehrkräfte der Gottlieb-Daimler-Realschule (GDRS) in Ludwigsburg. Besserung ist in Sicht. Bodenhaufen und schweres Gerät vor der Schule zeigen: Hier wird gebaut. Die Realschule samt dem nebenstehenden Otto-Hahn-Gymnasium bekommen einen Neubau. Bis 2030 soll alles fertig sein. „Wir sind beim Neubau als Team aufgetreten und hatten gegenüber der Verwaltung damit mehr Durchschlagskraft", erzählt Meier und klingt zufrieden. Die Schulen würden auch sonst gut kooperieren. Beide haben einen bilingualen Zug und ein Sportprofil. Die Trainingsbedingungen sind hervorragend. Auf dem Campus steht die Rundsporthalle der Stadt, die Schulen haben ein eigenes Stadion und eine besonders gut ausgestattete Schulsporthalle.

„Jetzt müsste Geld in die Schulen und nicht ausschließlich in die Wirtschaft fließen. Ohne Nachwuchs kann auch die Wirtschaft nicht bestehen."

Profile stärken die Realschule

Das Sportprofil hat die Schule schon vor rund 20 Jahren eingeführt. In Klasse 5/6 gibt es dafür eine Stunde mehr Sport, ab Klasse 7 kann Sport als Wahlpflichtfach gewählt werden und wird dadurch zum Kernfach mit zwei Stunden Fachpraxis und einer Stunde Sporttheorie. Auch außerunterrichtliche Zusatzangebote bietet die Schule in vielen Sportarten an. Im Rahmen von „Jugend trainiert für Olympia" gewinnen Schüler*innen immer wieder Wettkämpfe in Basketball, Leichtathletik und Fußball. Diese Angebote machen die Schule attraktiv, so dass das Einzugsgebiet groß ist. Schüler*innen pendeln von Stuttgart, Bietigheim und anderen umliegenden Gemeinden. Manche Schülerinnen und Schüler kommen sogar aus München oder Dresden. Sie wohnen im Vollzeitinternat, das auf dem Schulcampus liegt. „Profile helfen, die Realschule zu stärken", ist Tobias Stüer überzeugt. Daher ist den beiden neben dem Sportzug auch der bilinguale Zug ein Anliegen.
Die Stärkung sei auch dringend nötig, meint Hartmut Meier. Seit der grün-roten Schulreform 2011 habe sich die Schülerschaft in der Realschule stark verändert. Sie sei ein Schlag gegen die Real-

schulen gewesen. 40 Prozent der Realschüler*innen würden mittlerweile mit einer Hauptschulempfehlung an der GDRS angemeldet. „Eltern lassen sich auch in Beratungsgesprächen nicht davon abbringen, ihr Kind an der Realschule anzumelden, auch wenn auf die Schwierigkeiten klar hingewiesen wird“, erklärt Meier. Für viele Eltern sei es ein Prestigegewinn, wenn sie sagen könnten, ihr Kind geht auf eine Realschule.
Sehr viele der Kinder kämen freudestrahlend an der Schule an und schon nach wenigen Wochen, „hängen die Mundwinkel nach unten, weil sie überfordert sind“, berichtet der Schulleiter. Ein zentrales Problem jeder Realschule sind die ersten

beiden Klassen 5 und 6. Die Lehrkräfte können zwar differenziert unterrichten, aber benotet wird nur auf dem mittleren Niveau. Das ist politisch gewollt. „Zwei Jahre Frust. Das tut den Kindern nicht gut“, sagt Meier. Es wundert ihn nicht, dass diese Kinder „Faxen machen“. Erst nach der 6. Klasse dürfen die Schüler*innen auf dem G-Niveau bewertet werden. Bis dahin müssen sich leistungsschwache Schüler*innen irgendwie durchschlagen. Ein Irrsinn!

Eltern in die Verantwortung nehmen

Der Schulleiter würde gerne die Eltern mehr in die Pflicht nehmen. Doch einfordern kann er nichts. Eltern müssen nicht einmal mehr zur Anmeldung der Kinder in die Schule kommen, sie können nicht verpflichtend zum Gespräch gebeten werden. Selbst ein Schulausschluss ist möglich, ohne dass die Eltern nur ein einziges Mal in der Schule waren. Weil beide Elternteile Verpflichtungen hätten, seien viele Kinder früh auf sich alleine gestellt. Sie beschäftigen sich zu lange mit digitalen Geräten, kapseln sich ab, schlafen zu wenig. Sie kommen morgens müde zur Schule, manche kommen gar nicht. Die Fehlzeiten mancher Schüler*innen seien immens. Viele Eltern würden sie schon bei Kleinigkeiten entschuldigen.
Wenn ein Kind in der Schule klagt, ihm sei schlecht, dann bleibt Lehrkräften oft nichts anderes übrig, als sie nach Hause zu schicken. „Es wäre gut, wenn wir medizinisches Personal an der Schule hätten, das entscheiden kann, ob das Kind krank ist oder nur keine Lust hast“, erläutert Meier. 764 Schüler*innen besuchen die Realschule, zusammen mit dem Gymnasium und der Grundschule, die ebenfalls auf dem Campus sind, könnte gut externes Personal eingestellt werden. Die Liste der Bedürfnisse an multiprofessioneller Unterstützung ist lang: Schulpsycholog*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Verwaltungsassistenz, Schulbegleitungen. „Das Dorf muss in die Schule kommen“, sagt der Schulleiter und bezieht sich dabei auf das afrikanische Sprichwort: „Um ein Kind zu erziehen, braucht es ein ganzes Dorf“. Das Umfeld der Kinder habe sich die letzten Jahre sehr verändert. Bindungen an Vereine, soziale Treffpunkte oder Jugendgruppen seien verloren gegangen. Zu Hause gebe es oft keine gemeinsamen Mahlzeiten, kaum Gespräche, kein Vorlesen. So bleibe nur die Schule, die ausgleichen müsse, was Eltern und die Gesellschaft nicht mehr leisten.
„Eigentlich sollten die 5.-Klässler*innen schwimmen können, wenn sie zu uns an die Schule kommen“, nennt der Konrektor ein Beispiel. Von rund 100 neu eingeschulten Kindern könnten es aber nur 60 bis 70 Schüler*innen. Über 20 hätten sich nicht einmal ins Wasser getraut. So hat die Schule während der Unterrichtszeit Schwimmkurse organisiert. Gestartet sind sie mit Wassergewöhnung, bei der die Schüler*innen einfach mal den Kopf unters Wasser stecken mussten.
Einen großen Nachholbedarf gebe es aber nicht nur beim Schwimmen, sondern auch in Mathe und Deutsch, betont Stüer. Die Schule kann das allerdings nicht abdecken. Es fehlen Lehrkräfte und der Krankenstand kann schon mal 20 Prozent betragen. „Wir verwalten den Mangel“, bedauert Meier. So gibt es beispielsweise im Notfall nur ein halbes Jahr lang Geografie. Meier treibt es besonders um, dass die guten Schüler*innen zu kurz kommen. 20 Prozent der Schüler*innen absorbierten 80 Prozent Lehrkräfte-Ressourcen. „Das schmerzt uns und ist doch kein Zustand auf Dauer“, beklagt er sich.
Welche Möglichkeiten sehen sie? „Alle Schulformen haben einen enormen Schul-Entwicklungsbedarf“, konstatiert Stüer, der bereits an einer Gemeinschaftsschule gearbeitet hat. Vereinzelte Konzepte dieser Schulart finden sich auch hier: Ein Fach „Lernen lernen“ oder Lerncoaching gibt es schon. „Wir wollen auf jeden Fall das mittlere Niveau abbilden, aber auch nach rechts und links schauen“, erklärt Stüer. Es sei an der Zeit, die Kinder in den Fokus zu nehmen. Jetzt müsste Geld in die Schulen und nicht ausschließlich in die Wirtschaft fließen. Ohne Nachwuchs könne auch die Wirtschaft nicht bestehen. „Ich sehe nicht, dass aktuell in der Politik jemand wirklich auf die Kinder schaut.“
Den größten Veränderungsbedarf sehen die Schulleiter in der Orientierungsstufe. Ihre Idee geht so: Die 5. Klasse nutzen, um ein Jahr lang Stoff zu wiederholen und die Schüler*innen auf den gleichen Stand zu holen. Mit Hilfe von zentralen Diagnosearbeiten in allen Fächern über das Jahr hinweg immer wieder erarbeiten, auf welchem Niveau die Kinder stehen und dies den Schüler*innen und Eltern konsequent rückmelden. Am Ende des Schuljahrs findet eine Niveauzuweisung statt. Kinder auf G-Niveau werden dann ab Klasse 6 in kleineren Klassen mit guter Personalausstattung unterrichtet. So könnte man den leistungsschwachen Kindern gerecht werden. Und es bliebe Zeit und Kraft, sich um stärkere Schüler*innen zu kümmern.

GEW-FACHTAG

Gymnasium als Lernort und Arbeitsplatz der Zukunft

Hochkarätiger Input und kollegialer Austausch bestimmten den GEW-Fachtag der Gymnasien Anfang Februar. Dabei bohrte die Landesfachgruppe die beiden dicksten Bretter am Gymnasium: die qualitätvolle Weiterentwicklung gymnasialer Bildung sowie die Frage nach den Arbeitsbedingungen an den Schulen, vor allem in Hinblick auf die Arbeitszeit.

linkes Bild: *Monika Stein, GEW-Landesvorsitzende*
rechtes Bild: *Bildungsforscherin Anne Sliwka*

Foto: Marco Stritzinger

Anne Sliwka, internationale Bildungsforscherin und Professorin für Schulpädagogin in Heidelberg, stellt auf dem GEW-Gymnasialtag ihre Forschungsergebnisse vor. Sie ermutigt, bestehende Freiräume für notwendige Veränderungen in den Schulen selbstbewusst zu nutzen. Sliwkas Analyse lautet: „Wir befinden uns in einer Phase, in der (analog zur industriellen Revolution) die institutionelle Weiterentwicklung des Bildungswesens nicht mehr mit der technologischen Entwicklung Schritt hält (Goldin & Katz 2009). Die Herausforderungen der veränderten Lebenswelt, die von Unbeständigkeit, Unsicherheit, Komplexität und Vieldeutigkeit geprägt ist, können im Bildungswesen nicht mehr adäquat adressiert werden.“ Als Zielmarke gibt Sliwka für die Gymnasien eine klare Fokussierung vor: „Im Jahr 2030 sollte das Gymnasium eine ganzheitliche Bildungseinrichtung sein, die sich (datenbasiert) an den drei strategischen Zielen orientiert: Erfolg (Regel-/Optimalstandards), Gerechtigkeit und Persönlichkeit & Wohlbefinden.“

Die Gymnasien stünden im Moment vor zwei fundamentalen Herausforderungen: Die Lernprozesse müssten stärker an „individuelle Schülerbedürfnisse und -interessen“ angepasst werden. Lernangebote müssten passgenau in der „Zone der nächsten Entwicklung“ (Vygotskij), also knapp über dem aktuellen Leistungsstand gemacht werden: Gymnasiale Bildung müsse flexibler und adaptiver werden. Sliwka bewies im Rahmen internationaler Beispiele, wie dies gelingen kann: Lernbänder zur Stärkung der Basiskompetenzen in Deutsch und Mathematik in der Unterstufe, eine kriteriale (d.h. an den Bildungsstandards orientierte) Leistungsmessung, die dem Lernprozess dient („assessment is for learning“).

„Deeper Learning“ – Sliwkas eigenes Unterrichtskonzept – greift wesentliche Elemente einer weiterentwickelten Lernkultur am Gymnasium auf: Gemeinsame Vorbereitung durch die Lehrkräfte, Instruktionsphase, selbstreguliertes Arbeiten der Schüler*innen (Ko-Konstruktion) und als Abschluss ein authentisches Arbeitsergebnis sowie eine Reflexion des Arbeitsprozesses.

In der Aussprache zeigten sich die Tagungsteilnehmenden von Sliwkas Ausführungen inspiriert und nachdenklich. Die Freiheitsgrade für Veränderungen innerhalb der bestehenden hierarchischen Strukturen am Gymnasium werden als sehr gering ausgeprägt, ja sogar innovationsfeindlich empfunden.

Die GEW-Fachgruppe Gymnasien setzt sich daher dafür ein, dass die zeitlichen Freiräume, die durch eine verlängerte Schulzeit am Gymnasium generiert werden könnten, tatsächlich für eine zeitgemäße Weiterentwicklung gymnasialer Bildung nach (bildungs-)wissenschaftlichen Standards aufgewendet werden.

Abschied vom Deputatsmodell?

Der Nachmittag des Gymnasialtages widmet sich unserer stetig mehr entgrenzten Arbeitszeit. Im 21. Jahrhundert arbeiten

Lehrkräfte nach einem ca. 150 Jahre alten System, das die realen Anforderungen nicht mehr annähernd abbildet.
Bei seiner Einführung war das Deputatsmodell eine echte Weiterentwicklung im Sinne der Lehrkräfte: Es begrenzte die Arbeitszeit nach oben. Seither kommt nach nicht-disponibler Unterrichts-/Konferenzzeit ein großer Anteil an disponibler Arbeitszeit zur Vor-/Nachbereitung des Unterrichtes und sonstigen Tätigkeiten dazu. Der Erholungsurlaub liegt in den Ferien, die als unterrichtsfreie Zeit individuell und spontan zu Arbeit oder Freizeit genutzt werden. In den letzten Jahrzehnten sehen wir uns mit einer enormen Menge stetig steigender verpflichtender sonstiger Tätigkeiten konfrontiert, die alle irgendwie während der disponiblen Arbeitszeit erledigt werden sollen, ohne dass dafür irgendeine Entlastung gewährt würde. Zusätzlich wurde sogar die Unterrichtsverpflichtung um 2 Stunden erhöht. Wissenschaftlich valide Untersuchungen der GEW (z.B. die Studien der Göttinger Arbeitsgruppe um Prof. Mußmann) weisen nach, dass die nicht im Zusammenhang mit dem Unterricht stehenden sonstigen Tätigkeiten bereits über ein Drittel der Arbeitszeit darstellen und strukturell in jeder Woche zu Überstunden führen. Gleichzeitig ist der Trend ungebrochen, immer weitere Aufgaben aufzusatteln, obwohl das Deputatsmodell unsere Arbeitsrealität bereits jetzt bei weitem nicht mehr abbildet. Die Folgen von Burnout über innere Kündigung, Flucht in die Teilzeit oder den vorgezogenen Ruhestand sind bekannt.

Vorsitzende der Landesfachgruppe Gymnasium: Markus Riese und Barbara Becker

Was tun gegen immer mehr Arbeit?

Der Referent der Tagung, Mark Rackles, Strategieberater und ehemaliger Berliner Staatssekretär für Bildung, ist überzeugt, dass das Deputatsmodell zwangsläufig zu den hohen Belastungen im Schulalltag führt. Es biete nun die Steilvorlage zur Entgrenzung der Arbeitszeit. Die Nicht-Definition der disponiblen Vertrauensarbeitszeit verführe den Arbeitgeber geradezu, Lehrkräften immer neue (Pflicht) Aufgaben zu geben, die zwangsläufig nichterfasste und nichtbezahlte Überstunden nach sich ziehen. Das Land als Arbeitgeber werde diesen Zustand nicht ändern, da es vom System der strukturellen Mehrarbeit profitiert. Rackles attestiert dem Deputatsmodell außerdem eine geringe Effizienz, ungerechte Pauschalisierungen sowie eine einseitige Unterrichtsfixierung und fehlende Agilität. Es sei prinzipiell völlig ungeeignet, den Erfordernissen der modernen Pädagogik Rechnung zu tragen und das reale Arbeitsvolumen der Lehrkräfte abzubilden oder gar zu begrenzen.

Eine neue Rechtslage auf europäischer und auf Bundesebene bringt aktuell Bewegung in die Situation. Sie zwingt dazu, den IST-Stand der Arbeitszeit aller Beschäftigen zu erheben. Das Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) schrieb am 3. August 2023 an die KMK, im Rahmen des Arbeitsschutzes sei die Arbeitszeit aller Beschäftigten zu erfassen, die beantragte Ausnahmeregelung werde abgelehnt. „Der europäische Arbeitnehmerbegriff (schließt) auch Beamtinnen und Beamte ein." Unsere Arbeitszeit muss also erfasst werden – mindestens Beginn und Ende sowie die Pausen. Es geht nur noch um das Wie.
Rackles schlägt vor, die Situation für einen Systemwechsel hin zu einem Jahresarbeitszeitmodell mit definitiven arbeitsschutzrechtlich vorgeschriebenen Höchstgrenzen von 48 Zeitstunden/Schul-(!)Woche) zu nutzen. (Siehe auch b&w 05/2023 „Arbeitszeiterfassung für Lehrkräfte – Vorgehen und Auswirkungen sind noch offen" und 06/2023 „Was ein neues Arbeitszeitmodell leisten kann"). Die schlichte Erfassung der Arbeitszeit ist keine Leistungs- und Verhaltenskontrolle. Arbeitsort und Tageszeit sind unerheblich.
Allerdings stehen neue Fragen im Raum: Wie soll eine Differenzierung nach Schulstufen und Fächern aussehen? Führt sie nicht zu zwangläufiger Entsolidarisierung und großem Unmut in den Kollegien? Wie steht es um die freie Zeiteinteilung in den Ferien? Muss dann Urlaub genommen und kann dieser verweigert werden? Wie wird sich die Autonomie der Schulleitungen auswirken, die nach diesem Modell eigenständig die Arbeit im Kollegium verteilen? Und: Wird das neue Modell unseren Arbeitsplatz tatsächlich attraktiver machen, so dass der Lehrkräftemangel eingedämmt wird?
Die Erfassung unserer Arbeitszeit ist rechtlich zwingend – ein Systemwechsel zu einem Jahresarbeitszeitmodell ist es nicht. Rackles positionierte sich auf dem Gymnasialtag klar: „Kleben Sie nicht am Deputat!" Die GEW sollte ausführlich und in Ruhe die Vor- und Nachteile eines Systemwechsels diskutieren, um die Spielregeln für eine dringend notwendige Begrenzung der Arbeitszeit verhandeln zu können. In der Fachgruppe Gymnasien ist die Diskussion angestoßen – es bleibt auch nach dem Gymnasialtag spannend!

Barbara Becker und Markus Riese
Vorsitzendenteam der
Landesfachgruppe Gymnasium

DIGITALISIERUNG

Viel Technik, wenig Support

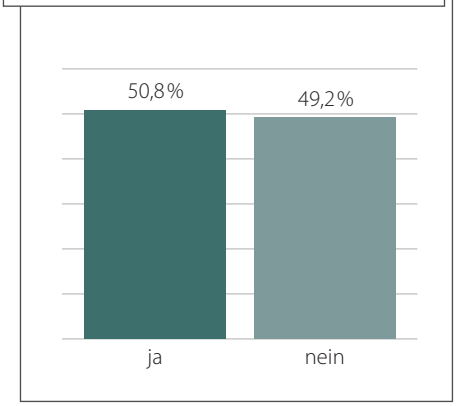
Zwischen Ende 2023 und Anfang 2024 hat die GEW eine Umfrage zum Stand der Digitalisierung an den Schulen durchgeführt. Über 2.000 Mitglieder aus allen Schularten haben sich daran beteiligt. Die Ergebnisse belegen einen Digitalisierungsschub. Der Support bleibt aber eine Herausforderung. Zudem mangelt es an Fortbildungen, und viele Lehrkräfte fühlen sich durch die ständige Erreichbarkeit belastet.

Mittlerweile steht einem Großteil der Lehrkräfte in Baden-Württemberg ein dienstliches Endgerät zur Verfügung (88,4 Prozent). Auch ein WLAN-Zugang ist in den meisten Lehrkräfte- und Klassenzimmern vorhanden. Digitale Präsentationstechnik wie Beamer oder Dokumentenkamera können im Schnitt 70 Prozent der Lehrkräfte nutzen.

Bei der Verfügbarkeit von digitalen Arbeitsplätzen, die über Computer mit Druckern und Scannern verfügen, zeigen sich zwischen den Schularten Unterschiede. Während die Mehrheit der Befragten an Gymnasien (57,8 Prozent) und Beruflichen Schulen (69,9 Prozent) angab, diese Ausstattung nutzen zu können, war das Verhältnis an den anderen Schularten umgekehrt. Hier gaben im Schnitt nur 43 Prozent an, dass an ihrer Schule ausreichend digitale Arbeitsplätze vorhanden sind.

Insgesamt spielt bei der IT-Ausstattung die Größe der Schule, die Kommune oder ob es eine öffentliche oder eine private Schule ist, keine große Rolle.

Ein externer Anbieter übernimmt den Support



Support ist nicht gleich Support

Während an Grundschulen (61,2 Prozent), Haupt- und Werkrealschulen (53,6 Prozent), Gemeinschaftsschulen (51,1 Prozent) sowie SBBZ (57,8 Prozent) überwiegend externe Anbieter den Support übernehmen, müssen sich an Gymnasien (33,3 Prozent) Beruflichen Schulen (43,6 Prozent) und Realschulen (42,8 Prozent) meist Lehrkräfte selbst um die Wartung der IT-Ausstattung kümmern.

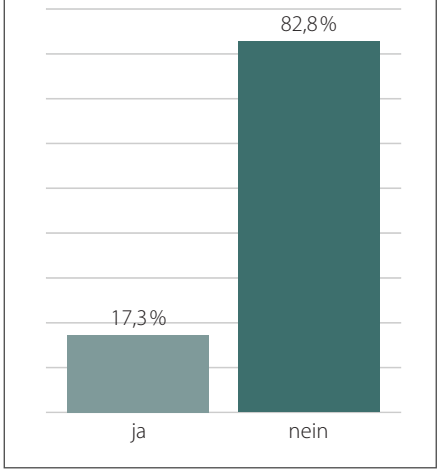
Die freien Bemerkungen in der Umfrage zeigen aber auch, dass die externen Dienstleister oft nicht die schulischen Anforderungen erfüllen. So wurde immer wieder geäußert, dass die Anbieter sich häufig nicht kurzfristig um die Lösung technischer Probleme kümmern können. Eine Lehrkraft schreibt: „Das größte Problem sind aktuell defekte Endgeräte, die sich stapeln, weil der Support mit den Reparaturen nicht hinterherkommt."

Zwar gab ein Großteil der Befragten an, dass es an ihrer Schule eine Person gibt, die bei technischen Fragen helfen kann (83,5 Prozent), dass diese Kolleg*innen aber schon jetzt überlastet seien. So schreibt eine Person: „Ich fühle mich oft schlecht, wenn ich mich mit einer Frage an die Administratoren-Kollegen wende, da die Arbeit die zur Verfügung stehende Zeit übersteigt."

Die Digitale Bildungsplattform ist bei Lehrkräften noch nicht angekommen

Obwohl Schulen bereits Zugriff auf Module der Digitalen Bildungsplattform haben, gab im Schnitt weniger als ein Viertel der Befragten an, diese für ihren Unterricht zu nutzen. Auf die konkrete Frage, ob das Lernmanagementsystem Moodle im Unterricht eingesetzt wird, zeigten sich schulartspezifische Unterschiede. Während an Gymnasien und Beruflichen Schulen knapp die Hälfte damit arbeitet, sind es in den anderen Schularten nur zwischen 6,4 (Grundschule) und 21,2 Prozent (Realschule).

Ich nutze die digitale Bildungsplattform (des Landes) **oder einzelne Module** (itslearning) für meinen Unterricht



KOMMENTAR

Stillstand bedeutet Rückschritt

Die Ergebnisse der Umfrage sind wenig überraschend. Sie machen aber nochmal deutlich, dass gehandelt werden muss. Zum einen brauchen Schulen verlässlichen Support. Durch die stark gestiegene Zahl an Geräten und die gewachsenen Anforderungen bei der IT-Infrastruktur ist diese Aufgabe nicht mehr von Lehrkräften leistbar. Deshalb muss es endlich zu einer Einigung bei der Finanzierungsfrage zwischen Land und Kommunen kommen. Im Rahmen der „Schulträgerschaft im 21. Jahrhundert" müssen Support-Strukturen vereinbart werden, die sicherstellen, dass technische Probleme kurzfristig durch professionelle IT-Dienstleister gelöst werden können. Andernfalls wächst an den Schulen nicht nur die Frustration der Lehrkräfte, sondern auch ein digitaler Schrottberg.

*Zum anderen dürfen Lehrkräfte mit der digitalen Technik auch pädagogisch nicht allein gelassen werden. Zwar zeigt die Umfrage klar, dass in den Kollegien eine große Bereitschaft vorhanden ist, digitale Medien im Unterricht einzusetzen. Sie wünschen sich aber Anwendungen, die sie rechtssicher nutzen können. Je länger es dauert, bis alle Module der Digitalen Bildungsplattform zur Verfügung stehen, desto größer ist die Gefahr, dass es bei einem Flickenteppich aus unterschiedlichen Programmen an den Schulen bleibt. Das stellt Lehrkräfte, Schüler*innen und Eltern vor eine unnötige Herausforderung. Das KM muss es deshalb zeitnah schaffen, durch eine attraktive und funktionierende Landeslösung für sich zu werben.*

*Ein weiterer zentraler Baustein sind Fortbildungen. Sie sollten drei Anforderungen erfüllen. Erstens orientieren sie sich am konkreten Bedarf der Schule. Eine kleine Grundschule braucht beispielsweise andere Angebote als ein großes Berufsschulzentrum. Zweitens braucht es mehr niederschwellige Angebote, um möglichst viele Kolleg*innen zu erreichen. Zum Beispiel durch Expert*innen, die das gesamte Kollegium fortbilden und dabei die konkrete Situation vor Ort berücksichtigen. Drittens dürfen Fortbildungen nicht zu einer on-top-Belastung werden. Wenn von Lehrkräften erwartet wird, dass sie digitale Medien im Unterricht einsetzen, geht es nicht ohne die dafür erforderlichen zeitlichen Ressourcen.*

*Und schließlich muss darauf geachtet werden, dass die technischen Möglichkeiten nicht zu Überforderung führen. Das gilt besonders für die digitale Kommunikation. Das Gefühl, ständig erreichbar sein zu müssen, belastet viele Kolleg*innen. Hier müssen Lehrkräfte Grenzen ziehen. Die im Schulgesetz neu geschaffenen Möglichkeiten des Fernunterrichts sind dabei kritisch zu betrachten. Mit Blick auf die Ergebnisse der Umfrage muss dem KM bewusst sein, dass nicht alles, was theoretisch möglich ist, auch praktisch umgesetzt werden kann, solange die Rahmenbedingungen nicht vorhanden sind. Dann führt Stillstand zum Rückschritt.*

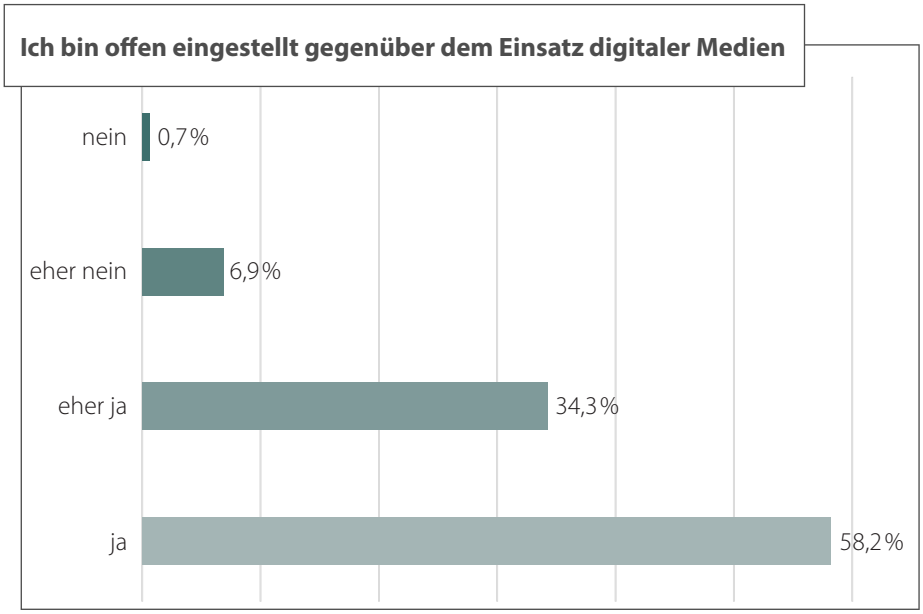
David Warneck

Nachdem eine landesweite Lösung nach wie vor aussteht, verfügen nahezu alle Lehrkräfte zumindest über eine schulbezogene dienstliche E-Mail-Adresse (93,5 Prozent).

Somit lässt sich festhalten, dass der Bereich „Lehren und Lernen", der durch die Digitale Bildungsplattform abgedeckt werden sollte, an den Schulen noch keine große Rolle spielt. Gleichzeitig lässt sich aus den freien Bemerkungen ablesen, dass an vielen Schulen andere kommerzielle Softwarelösungen zum Einsatz kommen.

Lehrkräfte sehen Potenzial digitaler Medien, fühlen sich aber nicht ausreichend unterstützt

Trotz bestehender Probleme zeigt sich über alle Schularten hinweg, dass über



90 Prozent der Lehrkräfte offen gegenüber dem Einsatz digitaler Medien im Unterricht sind. Fast genau so viele gaben an, dass sie das Potenzial digitaler Medien für ihren Arbeits- und Unterrichtsalltag erkennen.

Etwa jede zweite Lehrkraft an Grund- und Realschulen sowie an Gymnasien und Beruflichen Schulen hat im letzten Schuljahr mindestens eine Fortbildung zum Einsatz digitaler Medien im Unterricht besucht. In den anderen Schularten bewegt sich die Zahl zwischen 35,8 (SBBZ) und 41,1 Prozent (Haupt-/ Werkrealschulen).

Gleichzeitig gaben bei diesen Schularten auch fast 10 Prozent der Befragten an, dass sie aufgrund der schulischen Situation nicht die Möglichkeit haben, bei Bedarf eine entsprechende Fortbildung zu besuchen (22 vs. 30 Prozent).

Die Mehrheit der Befragten im GHWRGS-Bereich war der Meinung, dass die Angebote für Fortbildungen in diesem Bereich nicht ausreichend sind (58 Prozent). An den Gymnasien und Beruflichen Schulen lag dieser Wert knapp unter 50 Prozent.

Schließlich hat immer noch mehr als ein Drittel der Lehrkräfte nicht oder eher nicht das Gefühl, datenschutzrechtlich sicher arbeiten zu können. Auch wenn über 60 Prozent der Befragten wissen, an wen sie sich bei Fragen zum Datenschutz wenden können, wünscht sich knapp die Hälfte (47 Prozent) mehr Unterstützung bei diesem Thema.

Lehrkräfte fühlen sich durch die ständige Erreichbarkeit belastet

Obgleich 8 von 10 Lehrkräften angaben, dass die digitale Kommunikation (z.B. per E-Mail) an ihrer Schule geregelt ist, fühlen sich im Schnitt mehr als 60 Prozent der Befragten durch die ständige Erreichbarkeit belastet. Eine Lehrkraft fasste die Situation so zusammen:

„Ich fühle mich durch die Digitalisierung überlastet und nicht gut vorbereitet. Man muss sich in seiner Freizeit schulen. Es gibt keine Absprachen über die Nutzung oder Erreichbarkeit. Es werden z.B. Dinge eingeführt ohne Absprachen und GLK-Beschluss. Jetzt sollen wir auch noch „nebenher“ KI einführen.“

David Warneck

Stellvertretender GEW-Landesvorsitzender

Heft Nr. 2 | 22.03.2024 | 57. Jahrgang

unterrichtspraxis

Beilage zu „bildung und wissenschaft“
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg

SPRACHSENSIBLER FACHUNTERRICHT IN DER GRUNDSCHULE

Lesespurgeschichten im Sachunterricht

Die Notwendigkeit, Sprachbildung im gesamten schulischen Fächerkanon in den Fokus zu rücken, ist aktueller denn je. Im Folgenden wird anhand der motivierenden Methode der Lesespur aufgezeigt, wie sprachsensibler Fachunterricht bereits in der Grundschule stattfinden kann.

Foto: Freepik/Master1305

Sprachliche Bildung als übergeordnetes Bildungsziel

Die Bedeutung der Sprache als zentrales Medium menschlicher Kommunikation wird im schulischen Kontext besonders betont. Dies zeigt sich unter anderem in den Bildungsplänen der Bundesländer, in denen der Bereich der deutschen Sprache als ein zentraler Bildungs- und Entwicklungsbereich eingestuft wird. Baden-Württemberg thematisiert diesen Bereich sowohl im Bildungs- und Orientierungsfeld Sprache als auch im Bildungsplan für das Fach Deutsch.

„Dass jeder Unterricht einer Sprache als Kommunikationsmittel bedarf, um das, was gelernt werden soll, zu vermitteln, steht außer Frage. Ebenso besteht kein Zweifel darin, dass Sprache jenes Mittel darstellt, über welches in institutioneller Weise das erworbene Wissen und die erworbenen Kompetenzen operationalisiert und formal als Bildungsabschluss zertifiziert werden. Somit ist Sprache gleichermaßen Mittel und Ziel von schulischer Bildung.“

(Dirim, et al., 2017, S. 7)

Foto: Freepik / Illiabonar

Eine fächerübergreifende sprachliche Bildung, die sich nicht nur auf das Fach Deutsch bezieht, ist anzustreben! Dieser Handlungsansatz ermöglicht es, Sprache nicht isoliert zu betrachten, sondern sie mit unterschiedlichen Fachinhalten zu verknüpfen. Die Integration von Sprache in diverse Fachbereiche fördert nicht nur interdisziplinäres Denken, sondern ermöglicht auch ein vertieftes Sprachverständnis durch die Anwendung in vielfältigen Kontexten.

Literatur zum Thema „sprachsensibler Unterricht" – schulartübergreifend:

- *Butler, M. & Goschler, J. (2019). Sprachsensibler Fachunterricht. Chancen und Herausforderungen aus interdisziplinärer Perspektive.*
- *Leisen, J. (2023). Sprachsensibler Unterricht – Was ist das? Was bringt das? Wie geht das? Gymnasium in Niedersachsen. (2/2023), S. 11 – 16.*
- *Leisen, J. (2022). Sprachbildung und sprachsensibler Fachunterricht in den Naturwissenschaften.*
- *Menne, A., et al. (2021). Sprachsensibler Religionsunterricht.*

Sprachsensibler Fachunterricht

Der „bewusste Umgang mit Sprache beim Lehren und Lernen im Fach" bildet die Theorie des sprachsensiblen Fachunterrichts (Leisen, 2010, S. 3). Das Erlernen der Bildungssprache bezieht sich nicht ausschließlich auf die Fachsprache. Vielmehr umfasst es sämtliche symbolischen, nonverbalen, bildlichen, verbal-sprachlichen und formalen Darstellungen von Sachverhalten. Das fachliche Verständnis kann bei vielen Lernenden durch sprachliche Hindernisse beeinträchtigt werden. Ein Unterricht, der sensibel für Sprache ist, stärkt die sprachlichen Kompetenzen und schafft dadurch optimale Voraussetzungen für das fachliche Verständnis (Leisen, Sprachbildung und sprachsensibler Unterricht in den Naturwissenschaften, 2022).

Lesepurgeschichte als Unterrichtsmethode

Eine Lesespurgeschichte repräsentiert eine pädagogische Methode, bei der Schülerinnen und Schüler (SuS) in einer erzählten Handlung nach Spuren suchen oder Hinweise im Text identifizieren müssen, um die Geschichte zu vervollständigen oder ein Problem zu lösen. Diese besondere Form der Geschichte setzt sich aus einem einführenden Text, nummerierten, nicht linear angeordneten Abschnitten und einem themenbezogenen Bild in Form einer Landkarte zusammen.

Die Bearbeitung beginnt mit der Überschrift und dem anschließenden Lesen der Einleitung, welche in das Thema der Geschichte einführt und möglicherweise ein Problem aufwirft. Anschließend startet man mit dem ersten Abschnitt der Erzählung und befolgt die gegebenen Anweisungen und Hinweise, um voranzuschreiten. Beim Lesen der Lesespurgeschichte trägt man die entsprechenden Zahlen in der korrekten Reihenfolge in die dafür vorgesehenen Kästchen ein. Gleichzeitig zeichnet man während des Lesens schrittweise den zurückgelegten Pfad in der zugehörigen Karte nach.

Während viele Lesespurgeschichten Irrwege oder Sackgassen beinhalten, die nicht zum richtigen Verlauf gehören, existiert hier lediglich eine korrekte Lösung. Diese Irrwege zwingen die SuS zum erneuten genauen Lesen des vorherigen Textabschnittes. In der hier vorliegenden Lesespurgeschichte sind keine Irrwege oder Sackgassen zu finden. Textabschnitt fünf unterstützt bei der korrekten Einzeichnung auf der vorliegenden Karte und gibt einen Impuls, die Details der Landkarte besonders zu beachten. Lesespurgeschichten sind in der Regel differenziert gestaltet, um sicherzustellen, dass alle Kinder entsprechend ihrer individuellen Fähig- und Fertigkeiten am gleichen Thema arbeiten können.

Diese Lehrmethode zeichnet sich durch ihre motivierende Natur aus, indem sie einen schrittweisen Ansatz verfolgt, integrierte Rätsel bietet und Selbstkontrollmöglichkeiten einbezieht. Insbesondere wird das Verständnis des

Textinhalts sowie das präzise und gezielte Lesen in Verbindung mit kombinatorischem Denken gefördert. Die kurzen Textabschnitte erleichtern die Identifizierung von Schlüsselbegriffen und ermutigen die SuS somit dazu, kontinuierlich am Text zu arbeiten.

Lesespurgeschichte – Wo ist der Schlüssel?

Der anschließende Abschnitt setzt die zuvor dargelegte Theorie fort und konzentriert sich auf den sprachsensiblen Fachunterricht, exemplarisch veranschaulicht anhand der Lesespurgeschichte „Wo ist der Schlüssel?". Die thematische Einordnung erfolgt im Fach Sachunterricht im Kontext des Unterrichtsthemas „Wiese". Die zeitliche Anwendung dieser Unterrichtssequenz ist für das zweite Halbjahr einer zweiten Klasse oder das erste Halbjahr einer dritten Klasse vorgesehen und kann als Abschluss der Themeneinheit „Wiese" eingesetzt werden, beispielsweise vor oder nach einer Wiesenexkursion. Die Lesespurgeschichte basiert auf dem Verständnis des Fachwortschatzes im Zusammenhang mit dem Thema. Im Text werden beispielsweise Wiesenblumen wie Gänseblümchen, Breitwegerich und Brennnesseln erwähnt. Darüber hinaus werden auch Tiere genannt, die in unterschiedlichen Schichten der Wiese leben.

Die Überschrift wirft bereits eine Herausforderung auf, was die Neugier der Kinder anregt und das Ziel der bevorstehenden Aufgabe in den Fokus rückt. Dennoch liefert der Titel keine präzisen Hinweise auf das konkrete Thema, was Spielraum für Vermutungen und Diskussionen ermöglicht.

Die Einleitung führt die Kinder in ihre eigene Lebenswelt und präsentiert ein alltägliches Problem, das ihnen vertraut ist. In diesem Szenario macht die Klasse einen Ausflug zur Wiese und Simon verliert einen für ihn bedeutsamen Gegenstand, seinen Haustürschlüssel. Der emotionale Aspekt zielt darauf ab, die Empathie der Kinder zu aktivieren, um die Motivation zum gemeinsamen Lösen des entstandenen Problems zu fördern.

Die vorliegenden Niveaustufen (leicht, mittel, schwer) variieren hinsichtlich Schriftgröße, Textlänge, Wortwahl und zusätzlicher Hilfestellungen, wie beispielsweise bereits eingetragener Ziffern im Lösungsfeld. Die Lesespurgeschichte mittlerer Schwierigkeitsstufe fungiert als Ausgangspunkt für das altersgemäße Leseverständnis. In Abhängigkeit vom individuellen Kenntnisstand besteht die Möglichkeit einer Differenzierung, indem schwächere Leser*innen sich der leichteren Lesespur zuwenden und stärkere Leser*innen die anspruchsvollere Variante bearbeiten.

Differenzierungsstufe leicht

Der Einführungstext dieses Differenzierungsabschnitts wurde auf die essenziellen Informationen reduziert, die zum Verständnis des Themas notwendig sind. Die Situation und das Problem werden kurz und knapp dargelegt, wobei die Schrift vergrößert und die Wortanzahl der Abschnitte minimiert wurde. Die Schlüsselwörter, die für die Spurensuche wichtig sind, sind bereits hervorgehoben und der erste Satz jedes folgenden Abschnitts enthält einen klaren Hinweis, der auf die Wortwahl des vorherigen Textteils Bezug nimmt. Zur Unterstützung wurden die erste, mittlere und letzte Zahl der Lesespur bereits in der richtigen Reihenfolge eingefügt.

Differenzierungsstufe schwer

Die Abschnitte auf der anspruchsvollsten Differenzierungsstufe zeichnen sich durch ihre ausführliche Darstellung aus, wobei sie längere Textabschnitte aufweisen und mit zahlreichen Details und Adjektiven ausgeschmückt sind. Das Lesen wird durch komplexe Satzstrukturen und eine erhöhte Präsenz von wörtlicher Rede erschwert. Die Navigation durch die richtige Lesespur erfordert ein tiefgehendes Verständnis des Textes und kann nicht allein anhand von Schlüsselwörtern erfolgen.

Es wird empfohlen, ist jedoch nicht zwingend erforderlich, die Aufgabenstruktur einer Lesespurgeschichte bereits im Deutschunterricht einzuführen. Dadurch können die Schülerinnen und Schüler eigenständig an ihrer jeweiligen Differenzierungsstufe der vorliegenden Lesespur arbeiten und sich auf den bereits erlernten Fachwortschatz konzentrieren. Eine alternative Vorgehensweise besteht darin, nur die mittlere Differenzierungsstufe zu verwenden und die Einführung in die Geschichte und die Bearbeitung der ersten Textteile gemeinsam durchzuführen. Anschließend kann schrittweise auf selbstständiges Arbeiten übergegangen werden. Eine Bearbeitung in verschiedenen Sozialformen ist ebenfalls möglich, sodass innerhalb der einzelnen Differenzierungsstufen jeweils in Einzel-, Partner- oder Gruppenarbeit gearbeitet wird oder dass zwei unterschiedliche Differenzierungsstufen miteinander arbeiten und gleichzeitig ihre Texte vergleichen. Die Lesespurgeschichte kann ebenfalls als interaktive Schnitzeljagd aufgearbeitet und im Klassenzimmer oder in der Turnhalle mit Bildkarten durchgeführt werden. Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt.

Beispielhafter Stundenaufbau

Für die Bewältigung der Lesespur wird ein Grundverständnis von Buchstaben, sprachlichen Besonderheiten der deutschen Sprache und ein grundlegender Basiswortschatz entsprechend der zweiten Klassenstufe vorausgesetzt.

Die Kenntnisse über Lesestrategien sind unabdingbar, da insbesondere das Identifizieren von Schlüsselbegriffen unerlässlich ist.

> *„Lesestrategien sind bewusst gewählte und selbst kontrollierte Vorgehensweisen oder Verstehensoperationen beim Lesen, die systematisch und gezielt zum Verständnisaufbau und Gebrauch von Texten eingesetzt werden. Je nachdem, welche Aufgaben und Zielstellungen zu bewältigen sind, müssen verschiedene Lesestrategien eingesetzt werden."*
>
> **Bertschi-Kaufmann, et al., 2010, S. 28)**

Vor dem Lesen

Vor Beginn der Bearbeitung der Lesespurgeschichte ist es empfehlenswert, das bereits vorhandene Wissen zum Thema „Wiese“ zu aktivieren. Dies kann durch verschiedene Methoden erfolgen, wie beispielsweise der Wiederholung bedeutender Fachbegriffe oder der gemeinsamen Zuordnung von Bildkarten und Fachwortschatz. Anschließend bietet sich die Möglichkeit, die Landkarte der Lesespurgeschichte gemeinsam zu besprechen, ohne es unmittelbar auf die folgende Aufgabe zu beziehen. Die SuS können das Bild beschreiben und auf Details hinweisen. Darauf aufbauend können Vermutungen zur Überschrift angestellt werden, indem sie überlegen, welche Verbindung der Schlüssel zum Thema haben könnte und welche Ereignisse stattgefunden haben könnten. Diese vorangehende Phase bietet bereits ein beträchtliches Potenzial, um Motivation und Spannung aufzubauen, was mit der Einführung der Lesespurgeschichte und der Vorstellung des bestehenden Problems weiter vertieft werden kann. Des Weiteren ist es eine erneute Wiederholung und Festigung des bereits erlernten Inhalts im Sachunterricht. Anschließend wird das Besprochene mit der Lesespur verknüpft und die Differenzierungsstufen werden ausgegeben oder die Struktur und Vorgehensweise der Lesespur erklärt. Dieser Schritt ist abhängig von den Vorkenntnissen der SuS zur Methode der Lesespurgeschichte.

Bildkarten zum Themenkomplex „Wiese“

Kostenfreie Bildkarten zu Wiesenblumen finden sich beispielsweise auf folgenden Webseiten unter dem Suchbegriff „Wiesenblumen“ zum kostenfreien Download:

- *www.fraulocke-grundschultante.de*
- *www.ideenreise-blog.de*

Während des Lesens

Die Kenntnis von Lesestrategien ist für die Schülerinnen und Schüler beim Lesen von besonderem Nutzen, da sie es ihnen ermöglicht, gezielt vorzugehen. Durch die Anwendung von Lesestrategien, wie beispielsweise dem Unterstreichen von wichtigen Begriffen oder dem Ankreuzen unbekannter Wörter, können sie während des ersten Lesens bereits wichtige und unbekannte Begriffe identifizieren und markieren. Diese Vorgehensweise erleichtert das sinnverstehende Lesen innerhalb der einzelnen Textabschnitte. Im Kontext des sprachsensiblen Fachunterrichts ist es von großer Bedeutung nicht nur den Fachwortschatz zum Thema Wiese zu fokussieren, sondern ebenfalls schwierige Wörter zu thematisieren und zu erklären. Dies können Wörter sein, die sowohl schwer zu erlesen als auch schwer zu verstehen sind. In der nachfolgenden Tabelle sind die Wörter linear aus den einzelnen Textabschnitten der jeweiligen Differenzierungsstufe der Lesespurgeschichten entnommen und aufgelistet.

In einem weiteren Schritt betonen die SuS bedeutende Schlüsselwörter, die ihnen dabei helfen sollen, die richtige Spur zu verfolgen. Auf diese Weise erarbeiten sie sich schrittweise ihre individuelle Lesespur.

leicht	mittel	schwer
erinnert	ereignisreich	hautnah
tastet	entdeckt	ereignisreich
schmerzhaft	Picknickdecken	faszinierend
erleichtert	erinnert	umblicken
sichtbar	fasziniert	schimmernd
Maulwurfhügel	tastet	übersichtlich
	schmerzhaft	
	erleichtert	
	sichtbar	
	Maulwurfhügel	

Erarbeitung der Wörter im wortschatzdidaktischen Dreischritt nach Helmuth Feilke (Feilke, 2009):

1) Isolieren und Semantisieren
neue, unbekannte, relevante Wörter aus dem Text entnehmen

2) Variieren und Vernetzen
Wörter und Wendungen auf unterschiedliche Art darstellen, ordnen und variieren (z. B. nach Wortarten, sprachlichen Besonderheiten, Sprachfamilien)

3) Reaktivieren und Verwenden
Anwendung in eigenen schriftlichen oder mündlichen Produktionen

Foto: Freepik

Nach dem Lesen

Nach dem Lesen haben die SuS die Möglichkeit, ihre individuelle Lesespur durch eine Selbst- oder Partnerkontrolle zu überprüfen. Im Anschluss daran kann die Geschichte sowie der verfolgte Weg gemeinsam im Klassenplenum nacherzählt und auf der Karte veranschaulicht werden. In der abschließenden Diskussion können schwierige Stellen und Wörter im Text noch einmal aufgegriffen und behandelt werden. Zusätzlich bietet sich die Gelegenheit für eine vertiefende Unterrichtsdiskussion zum Thema „Wiese". Hierbei können die Kinder ihre eigenen Erfahrungen mit Brennnesseln, Kleeblättern oder beispielsweise Insekten teilen. Die Lesespurgeschichte bietet somit einen breiten Spielraum für potenzielle Gesprächsthemen, die daran anknüpfen können. Nachfolgetätigkeiten wie das Erstellen von Plakaten und Präsentationen zu Wiesenblumen in Bezug auf eigene Erfahrungen können ebenfalls an die Lesespurgeschichte anschließen und darauf aufbauen.

Ich hoffe, dass dieses Beispiel Sie dazu ermutigt, Lesespurgeschichten als Lehrmethode nicht nur im Deutschunterricht, sondern auch in anderen Fachbereichen einzusetzen. Eine Lesespurgeschichte kann individuell auf den Lernstoff und die von Ihnen ausgewählten Themenbereiche angepasst werden. Sofern Sie Unterstützung bei der Erstellung einer Lesespur benötigen, finden Sie beispielsweise im Internet eine Auswahl an Tools (www.lesespuren-online.ch), die Ihnen die Erarbeitung einer eigenen Lesespur erleichtern oder zahlreiche Erklärvideos zur Erstellung auf Youtube. Insbesondere für die höheren Jahrgangsstufen bietet sich auch an, die Schüler*innen selbst eine eigene Lesespur erstellen zu lassen. Diese Methode bietet vielfältige Möglichkeiten und zeichnet sich durch eine effektive anwendungsbezogene Struktur in Form einer komplexen Übung aus. Bei Fragen zur Lesespur oder zum generellen Einsatz im Unterricht stehe ich Ihnen gerne per E-Mail zur Verfügung.

Sonja Seifarth
ausgebildete Grundschullehrerin Fächer Ma, De, SU, Engl, DaFZ, Doktorandin an der Friedrich-Schiller-Universität Jena am Institut für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache und Interkulturelle Studien und Lehrerin für Alphabetisierungskurse für Erwachsene an einem privaten Bildungsinstitut.
sonja.seifarth@uni-jena.de

Literaturverzeichnis

- ***Bertschi-Kaufmann, A. et al. (2010).*** *Lesen. Das Training. Stuttgart: Ernst Klett.*
- ***Dirim, I. et al. (2017).*** *Sprachbewusste Unterrichtsplanung Prinzipien, Methoden und Beispiele für die Umsetzung. Münster, New York: Waxmann.*
- ***Feilke, H. (2009).*** *Wörter und Wendungen: kennen, können, lernen. Praxis Deutsch 36, S. 10.*
- *Leßmann, B. (10. Januar 2024). Textarbeit-Leporello. Von Beate Leßmann: www.beate-lessmann.de/material/material-lesen/*
- ***Leisen, J. (2010).*** *Handbuch Sprachfördeurng im Fach. Sprachsensibler Fachunterricht in der Praxis. Bonn: Varus Verlag.*
- ***Leisen, J. (2022).*** *Sprachbildung und sprachsensibler Unterricht in den Naturwissenschaften. Kohlhammer.*
- ***Ministerium für Kultus, J. u.-W. (2011).*** *Orientierungsplan für Bildung und Erziehung in baden-württembergischen Kindergärten und weiteren Kindertageseinrichtungen. Herder.*
- ***Ministerium für Kultus, J. u.-W. (2016).*** *Bildungsplan der Grundschule Deutsch. Stuttgart: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.*
- ***Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen;*** *Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. (2018). Bildungsgrundsätze für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Kindertagesbetreuungen und Schulen im Primarbereich in Nordrhein-Westfalen. Freiburg im Breisgau: Herder.*
- ***Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport. (2019).*** *Thüringer Bildungsplan bis 18 Jahre. Weimar: verlag das netz.*

UNTERRICHTSMATERIAL

LESESPUR *Bild*

Wo ist der Schlüssel?

Illustrationen: Freepik

UNTERRICHTSMATERIAL

LESESPUR *leicht*

Simon geht in die Klasse 2b. Er hat heute beim Ausflug auf die Wiese seinen Schlüssel verloren. Hilf Simon bei der Suche nach seinem Schlüssel! Beginne bei Nummer 1, schreibe die Zahlen deiner Lesespur am Ende der Geschichte auf und zeichne den Weg auf der Karte ein.

1) Simon erinnert sich an den Schmetterling, dem er bis zu den Gänseblümchen gefolgt ist.

2) Er tastet sich durch die Krautschicht bis zur Wurzelschicht und ruft plötzlich: „Ih, ich habe in eine Schnecke gefasst. Lass uns schnell die Hände am Breitwegerich abwischen."

3) Ist das schon wieder eine Mücke? Hier gibt es so viele Insekten! Da kommt eine Wespe. Lass uns schnell zum Löwenzahn gehen!

4) Simon weiß, dass Brennnesseln schmerzhaft sein können. Auch das noch, Simon wurde von einer Mücke gestochen.

5) „Ich habe beim Rotklee gesucht, nicht beim Weißklee", erinnert sich Simon.

6) Auf dem Löwenzahn sitzt ein Marienkäfer. Simon muss sich beeilen. „Ich wollte meiner Mama noch ein Kleeblatt mitbringen."

7) „Na endlich, sagt Simon erleichtert, da ist ja der Schlüssel!" Der Regenwurm hat auf ihn aufgepasst.

8) Zwischen den Gänseblümchen ist der Schlüssel leider nicht. Schaut zwischen der Schafgarbe in der Krautschicht nach.

9) Die Blätter sind so schön breit, daran kann man sich gut die Hände abwischen. „Ich glaube, dass der Schlüssel mir aus der Tasche gefallen ist, als ich über die Brennnesseln gesprungen bin", sagt Simon.

10) Hier sind so viele Maulwurfhügel, dass nur ganz wenig Rotklee sichtbar ist. Jetzt erinnert sich Simon wieder, wo sein Haustürschlüssel ist! Er hat ihn genutzt, um den Stein aus der Erde zu graben, um zu sehen, ob sich darunter ein Regenwurm versteckt.

1				4				10	

Lösung: *Bitte vor Bearbeitung entfernen*

1	8	2	9	4	3	6	5	10	7

LESESPUR *mittel*

Die Klasse 2b machte heute einen Ausflug zur Wiese. Nach einer ereignisreichen Zeit auf der Wiese, auf der sie viele Dinge entdeckten, packten die Kinder ihre Picknickdecken und Rucksäcke ein. Plötzlich begann Simon zu weinen: „Oh nein, ich habe meinen Haustürschlüssel auf der Wiese verloren!" Hilf Simon bei der Suche nach seinem Schlüssel! Beginne bei Nummer 1, schreibe die Zahlen deiner Lesespur am Ende der Geschichte auf und zeichne den Weg auf der Karte ein.

1) Simon erinnert sich an den Schmetterling, dem er bis zu den Gänseblümchen gefolgt ist. „Die großen bunten Punkte auf den Flügeln des Schmetterlings haben mich so fasziniert, dass der Schlüssel bestimmt aus meiner Tasche gefallen ist", sagt Simon.

2) Simon tastet sich durch die Krautschicht bis zur Wurzelschicht und ruft plötzlich: „Ih, ich habe in eine Schnecke gefasst. Lass uns schnell die Hände am Breitwegerich abwischen, bevor der Schleim überall ist."

3) Ist das schon wieder eine Mücke? Hier gibt es so viele Insekten! Hörst du auch das Summen? Da kommt eine Wespe. Lass uns schnell zum Löwenzahn gehen!

4) Simon trinkt gern Brennnesseltee, aber er weiß auch, dass Brennnesseln schmerzhaft sein können. Auch das noch, Simon wurde von einer Mücke gestochen.

5) „Ich habe beim Rotklee gesucht, nicht beim Weißklee", erinnert sich Simon.

6) Auf dem Löwenzahn sitzt ein Marienkäfer. Simon muss sich beeilen. Frau Müller hat schon gerufen, dass sie wieder zurück zur Schule gehen wollen. „Ich wollte meiner Mama noch ein Kleeblatt mitbringen."

7) „Na endlich", sagt Simon erleichtert, „da ist ja der Schlüssel!" Der Regenwurm hat auf ihn aufgepasst.

8) Zwischen den Gänseblümchen ist der Schlüssel leider nicht. Schaut zwischen der Schafgarbe nach. Vielleicht hat sich der Schlüssel in der Krautschicht versteckt?

9) Die Blätter sind so schön breit, daran kann man sich gut die Hände abwischen. „Ich glaube, dass der Schlüssel mir aus der Tasche gefallen ist, als ich über die Brennnesseln gesprungen bin", sagt Simon.

10) Hier sind so viele Maulwurfhügel, dass nur ganz wenig Rotklee sichtbar ist. Jetzt erinnert sich Simon wieder, wo sein Haustürschlüssel ist! Er hat ihn genutzt, um den Stein aus der Erde zu graben! Er wollte sehen, ob sich darunter ein Regenwurm versteckt.

1									

Lösung: *Bitte vor Bearbeitung entfernen*

1	8	2	9	4	3	6	5	10	7

unterrichtspraxis online

... sowie die Unterrichtsmaterialien als auch die Lesespur in der zusätzlichen Variante „schwierig" stehen zum Download zur Verfügung.

Impressum

unterrichtspraxis *– Beilage zu „bildung und wissenschaft", Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg, erscheint unter eigener Redaktion achtmal jährlich.*

Redaktion: Thomas Strehle und Miriam Hannig
E-Mail: up@gew-bw.de

Gestaltung: Virginia Scaldavilla

Zur Mitarbeit sind alle Kolleg*innen herzlich eingeladen.
Manuskripte bitte per E-Mail an die verantwortliche Redaktion senden.

Foto: Nadezhda1906

GRUNDSCHULEMPFEHLUNG

Der ewige Streit

*Das Ziel ist unstrittig: Die Leistungen der Schüler*innen in Baden-Württemberg und in Deutschland sollen besser werden und möglichst losgekoppelt vom Elternhaus. Doch wie das Ziel erreicht werden kann, darüber ist keine Einigung in Sicht.*

„Die Ursünde grüner bildungspolitischer Fehlentscheidungen war die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung im Jahr 2012. Sie öffnete dem Chaos an den Schulen, das wir heute haben, Tür und Tor. Seitdem ist die Bildungsqualität in Baden-Württemberg ins Bodenlose abgestürzt. Belegten wir noch bis 2011 – unter schwarz-gelber Führung – Spitzenplätze im Bundesländervergleich, sind wir laut diesjährigem Dynamikranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft im Zehn-Jahres-Vergleich auf dem allerletzten Platz 16 der Länder angekommen".

Klare Worte zur Grundschulempfehlung stehen am 10. November 2023 in einer Pressemitteilung der FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg. Aber auch: Wahre Worte?

Zunächst muss man sich klar machen, dass eine Grundschulempfehlung, egal ob verbindlich oder nicht, ein hierarchisch gegliedertes Schulsystem voraussetzt. Nur dann ist eine Zuweisung auf eine der Begabung entsprechende Schulart überhaupt erforderlich.

In jedem Bundesland gibt es ein – unterschiedlich stark – gegliedertes Schulsystem und eine Grundschulempfehlung bzw. ein Grundschulgutachten. Wie die „Empfehlung" zustande kommt und wie der Übergang letztlich entschieden wird, zeigt die Tabelle auf Seite 37.

Wie die Grundschulempfehlungen im Hinblick auf Leistungsentwicklung und sozialer Gerechtigkeit wirken, wurde in den letzten Jahren wieder vermehrt diskutiert, wobei die Verbindlichkeit im Fokus stand.

Bessere Lernergebnisse durch Homogenisierung?

In der renommierten Zeitschrift für Soziologie wurde 2020 ein Beitrag von

Esser/Seuring veröffentlicht, der die Effekte einer strikten Differenzierung nach den kognitiven Leistungen von Schüler*innen untersucht.
In einem mathematischen Modell wurde die „Striktheit" der Grundschulempfehlung in drei Gruppen aufgeteilt: liberal (5 Bundesländer), mittelmäßig strikt (5 Bundesländer) und strikt (3 Bundesländer, darunter BW). Diese Gruppen wurden dann mit den Leistungsdaten ihrer Schüler*innen in Beziehung gesetzt. Die Ergebnisthese: Wenn es gelingt, die Leistungstrennung sehr streng durchzuführen, sind die Leistungen von Schüler*innen besser als in heterogenen Lerngruppen, und der Effekt der sozialen Herkunft kann verringert werden.
Der Bildungsforscher Klaus Klemm hat sich mit den Ergebnissen von Esser/Seuring auseinandergesetzt und dazu die Ergebnisse der IQB-Untersuchungen herangezogen. Tatsächlich ergibt sich auch bei Klemm das Muster strikte Sortierung/bessere Leistungen/geringere soziale Abhängigkeit. Liberale Sortierung/schlechtere Leistungen/stärkere soziale Abhängigkeit.
In einem weiteren Schritt hat Klemm die Leistungen in der IQB-Primarstudie 2018 zu Gruppen nach dem Kriterium „liberale und strikte Länder" zusammengefasst. Und auch in der Grundstufe findet sich das Muster, „dass sowohl die 4 leistungsschwächeren wie auch die leistungsstärkeren Schülerinnen und Schüler in Lesen und in Mathematik in der Mehrheit der Länder, die zu der ‚liberalen' Gruppe gehören, schwächere Leistungen erbringen als die Jugendlichen der Länder, die zur ‚strikten' Gruppe gehören." Mit anderen Worten: Die Verteilung der Leistungsgruppen bestand schon vor der Sortierung. Welche Rolle spielt dann die Grundschulempfehlung? Diese Frage ist zumindest offen. Hinzu kommt, dass die Besuchsquoten der Gymnasien in allen Bundesländern nahezu gleich sind. Die Verbindlichkeit der Empfehlung hat demnach kaum die von ihren Befürworter*innen erhoffte Steuerungswirkung.
Betrachtet man die unterschiedlichen Schulsysteme in den Bundesländern, zeigt sich allein schon am Kriterium „Grundschulempfehlung/Grundschulgutachten", wie unterschiedliche diese Empfehlung und der tatsächliche Übergang gestaltet sind (vgl. Tabelle): Einige Bundesländer setzen allein auf (unterschiedliche) Notenschnitte, bei anderen zählen unter anderem auch die Arbeitshaltung dazu, bei einer weiteren Gruppe kann die Grundschulempfehlung durch Probeunterricht oder Tests verändert werden.
Die zahlreichen anderen, für die Leistungsentwicklung ebenfalls wichtigen Komponenten, wie Interaktionsprozesse zwischen den Schüler*innen, die Lehrer*innenausbildung, die Sozialstruktur eines Bundeslandes, einer Region, eines Stadtteils oder die Ausstattung der Schulen sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

„In einer komplexen Welt und einer heterogenen Gesellschaft müssen andere pädagogische und schulstrukturelle Antworten gefunden werden."

Wenn man dennoch der Maßnahme einer strikten Trennung nach Leistungsvermögen folgen möchte, bedeutet das in der Praxis: Die Grundschulempfehlung muss in eine strikte Übergangsverpflichtung münden, denn anders könnte die kognitive Homogenisierung nicht sicher hergestellt werden. Dies dürfte politisch kaum durchsetzbar sein.

Überzeugen statt Zuweisen

In nahezu allen Ländern der Welt gibt es ohnehin gestufte Schulsysteme. Im Unterschied zu gegliederten Strukturen absolvieren die Schüler*innen dort die Stufen, (Primar – Mittel – Oberstufe) gemeinsam, je nach Land in unterschiedlicher Dauer.
Schaut man sich die Schulsysteme der Länder an, die in PISA regelmäßig gut abschneiden, ergibt sich folgendes Bild:

- SCHWEDEN: neunjährige Grundschule. Chancengleichheit ist die Leitlinie der Bildung.
- DÄNEMARK: neunjährige Volksschule. Fokus ist die Demokratieerziehung.
- ESTLAND: Gemeinsamer Unterricht bis Klasse 9. Verpflichtendes Schulvorbereitungsprogramm, Inklusion, freier Zugang zum Gymnasium.
- IRLAND: Grundschule bis Klasse 6, danach Auswahl zwischen drei Schultypen: Community School, Vocational School, Voluntary Secondary School. Das „Transition Year" dient zur Orientierung der Schüler*innen und zur Ausbildung individueller Neigungen.
- AUSTRALIEN: Grundschule bis Klasse 6, Sekundarschule bis zum 17. Lebensjahr (Ohne Trennung in Leistungsgruppen). Schulen sind grundsätzlich kostenpflichtig. Secondary School: Auswahl aus 50 verschiedenen Fächern.
- KANADA: Grundsätzlich Ganztagsschulen, Kurssystem
- JAPAN UND SÜDKOREA: Sechs Jahre Grundschule, je drei Jahre Mittel- und Oberschule. Ist extrem auf Elitenbildung ausgelegt. Extrem hoher Leistungsdruck in allen Stufen.
- ÖSTERREICH UND SCHWEIZ: Österreich trennt seine Schüler*innen ebenfalls nach Klasse 4. Schüler*innen gehen dann entweder in die Allgemeinbildende Höhere Schulen (AHS) oder in eine Mittelschule über. Daneben gibt es noch Förderzentren für Kinder mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf. Bei PISA-Studien schneidet Österreich leicht besser ab als Deutschland. Anders die Schweiz, die in Mathematik zur Spitzengruppe der PISA-Länder zählt (Rang 8). Auch bei den Lese- und Naturwissenschaftskompetenzen ist die Schweiz überdurchschnittlich, wenn auch nicht so deutlich wie in Mathematik. In allen Kantonen beginnt die Bildungspflicht bereits mit 4 Jahren. Nach zwei Jahren Kita geht man in die Primarstufe über. In den Kantonen gibt es eine Vielzahl von Schultypen, gegliedert und integriert. PISA-Koordinator Andreas Schleicher führt die guten Ergebnisse der Schweiz indessen vor allem auf die intensive Beziehungsarbeit von Lehrkräften und Schüler*innen zurück.

Unterschiedliche Ansätze

Man sieht: Die Schulsysteme der Welt sind erwartungsgemäß sehr vielfältig. Was sie eint, ist, dass eine strikte Trennung nach Klasse 4 in Begabungsklassen nur in Österreich und in einigen Kantonen der Schweiz vorkommt – allerdings bei längerer vorheriger Kita- und Schulzeit in der Schweiz und einem zweigliedrigen System in Österreich. Individuelle Förderung, ein großes Angebot an Fächern, verpflichtende Kita-Jahre, Ganztagsschulen – Länder verfolgen

Die Grundschulempfehlung (GSE) in den Bundesländern (2021)

BUNDESLAND	ÜBERGANG NACH KLASSE	FAKTOREN DER GSE	ELTERNWILLE ENTSCHEIDET	BESONDERHEITEN
Bayern	4	Noten	Nein	Bei fehlender gymnasialer Empfehlung 3 Tage Probeunterricht
Baden-Württemberg	4	Noten	Ja	GSE muss der aufnehmenden Schule vorgelegt werden
Berlin Saarland	6	Noten	Ja	
Brandenburg	6	Noten	Nein	Grundschulgutachten und Halbjahreszeugnis, bei fehlender gymnasialer Empfehlung 2 Tage Probeunterricht
Bremen Bremen Hamburg Hessen Niedersachsen Nordrhein-Westfalen Rehinland-Pfalz Sachsen-Anhalt Schleswig-Holstein	4	Leistungsstand, Leistungsentwicklung, Arbeitshaltung	Ja	
Mecklenburg-Vorpommern	6*)	Leistungsstand, Leistungsentwicklung, Arbeitshaltung	Ja	
Sachsen	4	Noten	Ja	Bei fehlender gymnasialer Empfehlung Eignungsprüfung
Thüringen		Noten	Nein	Bei fehlender gymnasialer Empfehlung 3 Tage Probeunterricht

Tabelle: in Anlehnung an: Dt. Bundestag | Übergang von der Grundschule auf eine weiterführende Schule der Sekundarstufe I | WD 8 – 3000 – 025/21
**) Nach 4 Jahren Grundschule und zwei Jahren Orientierungsstufe*

unterschiedliche Ansätze, den Kindern gerecht zu werden. Und es gelingt!
Angesichts dessen soll in Deutschland nach wie vor die Aufteilung von zehnjährigen Kindern in drei homogene Gruppen beziehungsweise Schularten der einzig denkbare Weg zu besseren Leistungen und mehr Bildungsgerechtigkeit sein? Angesichts der Entwicklung der aufgeführten Länder in den letzten Jahrzehnten ist meines Erachtens der Gedanke plausibler, dass in einer komplexen Welt und einer heterogenen Gesellschaft andere pädagogische und schulstrukturelle Antworten gefunden werden müssen. Diese Antworten müssen so ausfallen, dass sie von Schüler*innen und Eltern akzeptiert und nachgefragt werden, weil sie die Offenheit von Bildungswegen garantieren. Ein Bildungssystem muss die Eltern und die Schüler*innen überzeugen, nicht sie in eine Schulart zwingen oder ihr zuweisen.

Ute Kratzmeier
GEW-Referentin für allgemeine Bildung

GUTACHTEN DER STÄNDIGEN WISSENSCHAFTLICHEN KOMMISSION DER KULTUSMINISTERKONFERENZ (SWK)

Kommt Bewegung in die Lehrkräftebildung?

Die Sorge um den zunehmenden Lehrkräftemangel, der Einsatz von nicht oder nicht voll ausgebildeten Personen als Lehrkräfte und der Zweifel an der Attraktivität des Lehrkräfteberufs sind einige Ursachen dafür, dass sich die SWK mit der Lehrkräftebildung intensiv beschäftigt hat.

Foto: imago

Werbeplakat in Baden-Württemberg

Das Gutachten der SWK „Lehrkräftegewinnung und Lehrkräftebildung für einen hochwertigen Unterricht“ gibt wichtige und diskussionswürdige Anregungen für die Weiterentwicklung der Lehrkräftebildung im Studium, dem Referendariat und der Fort- und Weiterbildung.

Fehlende Daten

Im ersten Kapitel geht es um fehlende Daten für die erste und zweite Phase der Lehrkräftebildung. Die Zahlen der Studienanfänger*innen sind unklar, und die Zahl der Abbrecher*innen und Studiengangwechsler*innen während des Studiums fehlen auch. Es gibt keine verlässlichen Daten dazu, wie viele Lehramtsstudierende nach erfolgreichem Studienabschluss das Referendariat beginnen und wie viele es erfolgreich beenden. Insbesondere fehlen Zahlen auf Bundesebene.

Die SWK empfiehlt, dass systematisch und bundesweit vergleichbare Daten erhoben werden. Dann könnten verlässlichere Prognosen erstellt werden. Vor allem sollen der Vorbereitungsdienst und der Übergang ins Berufsleben stärker in den Blick genommen werden.

Außerdem geht es um die Transparenz von Prognosen. Wie weit werden bildungspolitische Reformmaßnahmen einbezogen? Welche Werte werden zu Grunde gelegt? Wie viele Lehrkräfte verlassen vorzeitig den Schuldienst? Bei der Prognose des Lehrkräftebedarfs auf Grundlage statistischer Daten zur Bevölkerungsentwicklung soll künftig insbesondere der Bedarf in Mangelfächern in den Blick genommen werden.

Alle diese Empfehlungen sind zu begrüßen. Allerdings muss beachtet werden, dass Zahlen Entwicklungen gut beschreiben, aber noch lange nicht erklären können.

Studium

Im zweiten Kapitel des Gutachtens geht es um die Gewinnung von Studierenden für das Lehramt und die „phasenweise Optimierung“ der Ausbildung. Die SWK

regt eine bundesweite Werbekampagne für den Lehrkräfteberuf an. Hierbei sollen Bevölkerungsgruppen, die bisher bei Lehrkräften unterrepräsentiert sind, angesprochen werden, z.B. Personen mit Migrationshintergrund. Zulassungsbeschränkungen für Lehramtsstudiengänge sollen aufgehoben werden.
Auch die Lehramtsstudiengänge müssten

„Vor allem sollen der Vorbereitungsdienst und der Übergang ins Berufsleben stärker in den Blick genommen werden."

mehr in den Focus gelangen. Dies gilt vor allem für die Überschneidungsfreiheit der Studienfächer. In den Studienveranstaltungen sollen Inhalte aus dem späteren Beruf stärker berücksichtigt werden.
Die SWK hält es auch für notwendig, ein Teilzeitstudium auszubauen, damit es besser mit familiären Verpflichtungen vereinbar wird. Tätigkeiten als Praxislehrkraft während des Studiums könnten auf Praxisphasen angerechnet werden, wenn sie sie von Mentor*innen an der Schule und der Hochschule begleitet werden.
Ein wichtiger Punkt ist sicher der Ausbau und die Stärkung der Zentren für Lehrkräftebildung bzw. der Schools of Education an den Universitäten. Dazu gehören auch eine eigenständige Mittelverteilung, Forschungsstellen für Fragen der Pädagogik und eine professorale Leitung.
Schließlich fordert die SWK eine bessere phasenübergreifende Kooperation zwischen der ersten und zweiten Phase.
Auf Baden-Württemberg bezogen lässt sich sagen, dass Werbung für den Lehrberuf wichtig ist, sie muss aber auch ehrlich und motivierend sein. Das ist in letzter Zeit nicht immer gelungen.
Wie weit Studierende jenseits der Praxisphasen an den Schulen unterrichten sollten, ist zu hinterfragen. Ohne didaktisch-methodische Begleitung können sich auch Fehlentwicklungen einschleifen, die später nur schwer zu tilgen sind.
Im Gutachten findet die besondere Situation des Lehramtsstudiums in Baden-Württemberg mit den Pädagogischen Hochschulen keinen Niederschlag.
Die SWK fordert auch „eine wissenschaftsbasierte Qualifizierung von Lehrkräften für den Aufbau professioneller Kompetenzen". Die Realität an den Schulen sieht bisher anders aus: Aufgrund des Lehrkräftemangels arbeiten immer mehr Personen in Schulen, die diesem Anspruch nicht genügen können. Ihre Fortbildung bzw. ihre berufsbegleitende Weiterbildung ist unerlässlich. Hierzu muss die Politik genügend Mittel und Strukturen zur Verfügung stellen. Ohne diese Maßnahmen ist die berufliche Zukunft dieser Kolleg*innen und die Qualität des Unterrichts gefährdet.
Aus den umfangreichen Empfehlungen für die grundständige Lehrkräftebildung könnten in Baden-Württemberg folgende Vorschläge zu deutlichen Veränderungen führen:

- In Studium und Vorbereitungsdienst Grundlagenwissen unter anderem zu den Themen Inklusion, Heterogenität und Digitalisierung
- Unterrichtsverpflichtung im Vorbereitungsdienst: 6 Stunden
- Dauer des Vorbereitungsdienstes: 1 Jahr
- Unterrichtsverpflichtung in der Berufseingangsphase in den ersten sechs Monaten um 6 bis 8 Stunden reduzieren

Beim Quer- und Seiteneinstieg stört sich die SWK an den vielfältigen Programmen der Bundesländer. Sie fordert, dass die Länder diese Programme einstellen. Stattdessen soll der Quer- und Seiteneinstieg über ein bundesweit einheitliches Masterstudium geregelt werden. Diese Modelle sollen zwei Personengruppen ansprechen: Studierende, die ins Lehramt wechseln wollen, und Berufstätige mit

„Wichtiger als eine verpflichtende Stundenzahl an Fortbildungen ist ein qualitativ hochwertiges Angebot."

akademischem Abschluss, die den Lehrkräfteberuf für sich entdecken wollen.
Einige dieser Vorschläge werden in der bildungswissenschaftlichen Öffentlichkeit kritisch gesehen. So äußern Mitglieder der Studienseminare Kritik an der Kürzung des Referendariats auf ein Jahr. Die Ausbildung von Quer- und Seiteneinsteiger*innen auf ein Masterstudium zu fokussieren, reicht nicht aus. Die GEW fordert für diese Personen eine substantielle berufsbegleitende Weiterbildung, die sie für das gewünschte Lehramt voll qualifiziert.

Fort- und Weiterbildung

Die SWK plädiert für eine forschungsbasierte Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte. Dazu werden zahlreiche Einzelmaßnahmen genannt: Auf allen Ebenen soll es bei allen Personen, die in der Fortbildung tätig sind, einheitliche Qualitätsstandards geben. Landesinstitute und Universitäten müssten ihre Zusammenarbeit intensivieren. Lehrkräfte sollen jährlich verpflichtend 30 Stunden an Fortbildungen teilnehmen. Auch die Einführung von Bachelor-Studiengängen für Assistenz-Lehrkräfte wird angeregt.
Dass die Hochschulen systematisch in die Fortbildung von Lehrkräften einbezogen werden, ist eine langjährige Forderung der GEW in Baden-Württemberg. Wichtiger als eine verpflichtende Stundenzahl an Fortbildungen ist ein qualitativ hochwertiges Angebot. Außerdem nehmen derzeit viele Lehrkräfte nicht an Fortbildungen teil, weil die Unterrichtsversorgung an den Schulen zu schlecht ist.

Gesamteinschätzung

Insgesamt ist das SWK-Gutachten sehr stark auf die Hochschulen fokussiert, problematisiert aber wenig Schwachpunkte der universitären Ausbildung. Bedauerlich ist auch, dass Expert*innen der zweiten und dritten Phase der Lehrkräftebildung zu wenig einbezogen wurden.
Wichtige Fragen werden nicht einmal ansatzweise behandelt. Dazu gehören beispielsweise die Ausbildung nach Schulstufen statt nach Schulformen, ein einphasiges duales Studium oder die Anerkennung ausländischer Studienabschlüsse.
Ein Verdienst des SWK-Gutachtens ist, dass die Lehrkräftebildung auf die politische Agenda kommt. Die KMK beschäftigt sich in der Märzsitzung mit dem Gutachten. Es bleibt abzuwarten, was von den wissenschaftlichen Empfehlungen im politischen Alltag ankommt.
Immerhin: Die baden-württembergische Wissenschaftsministerin Petra Olchowski sagte im Februar, dass sie die Einführung des Einfach-Lehramts für das Fach Mathematik anstrebe. Das ist nicht viel, aber immerhin bewegt sich etwas.

Jürgen Stahl
Leiter Vorstandsbereich Allgemeine Bildung

ÜBERTRAGUNG TARIFERGEBNIS AUF BEAMT*INNEN

Mitglieder im Ruhestand wehren sich

*Anders als von der GEW gefordert und von vielen anderen Bundesländern beabsichtigt, will die Landesregierung von Baden-Württemberg das Tarifergebnis nicht zeit- und wirkungsgleich auf die beamteten Kolleg*innen übertragen. Bei den Versorgungsempfänger*innen plant sie sogar weitere Kürzungen!*

Foto: Jonas Froehlich

*von links: Gunter Krieger, Margot Littwin und Martin Schommer übergeben 937 Protestbriefe an Vertreter*innen des Finanzministeriums*

Die Gehälter sollen für Beamt*innen im November 2024 um 3,6 Prozent und ab Februar 2025 um weitere 5,6 Prozent angehoben werden. Damit liegen die Beamt*innen und Ruhegehaltsempfänger*innen unter der Tarifeinigung. Der Sockelbetrag mit 200 Euro ist meist weit mehr wert, als die geplanten 3,6 Prozent. Die Inflationsprämie soll an die Mitglieder im Ruhestand nur in der Höhe des individuellen Ruhegehaltsatzes ausbezahlt werden. Sie erhalten somit maximal 2.152 Euro. Meist weniger. Vor allem die Kolleg*innen in den unteren Besoldungsgruppen, bekommen viel weniger.

Die GEW und vor allem die Vorsitzenden der Mitglieder im Ruhestand (MiR) finden das nicht akzeptabel. Deshalb haben sie die MiR dazu aufgerufen, mit einem Protestbrief ans Finanzministerium dagegen zu protestieren, möglichst mit einer persönlichen Ergänzung.

Das Ergebnis war überwältigend! Innerhalb von 16 Tagen erreichten die GEW 937 Protestbriefe aus dem ganzen Land, davon 257 mit persönlichen Begründungen! Vielen Dank!

„Das Ergebnis war überwältigend! Innerhalb von 16 Tagen erreichten die GEW 937 Protestbriefe aus dem ganzen Land, davon 257 mit persönlichen Begründungen! Vielen Dank!“

Am 22. Februar fand im Finanzministerium die erste Beratung zur Umsetzung des Tarifergebnisses statt. Noch vor dem Termin haben die Mitglieder im Ruhestand die Pakete mit den Briefen an den Ministerialdirektor Christian Järkel, Leiter der Abteilung 1 im Finanzministerium, und an Rieke Eicher, Leiterin Referat 15, Versorgung und Beihilfe, übergeben.

Wen die Kürzungen der Inflationsprämie hart treffen

Die Briefe zeigen: Die Empörung ist groß. Das Unverständnis auch. Die Rückmeldungen machen auch deutlich, wen die Kürzungen besonders betreffen: Die Frauen. Sie konnten oft wegen Kinderbetreuung und späterer Pflege der Eltern kaum in Vollzeit arbeiten. Die Mehrheit kommt auf Ruhegehaltssätze von 45 bis 55 Prozent. Und das vorwiegend in den Gehaltsgruppen A10, A11 und A12.

Dass die Kürzungen des Inflationsausgleichs gerade die Kolleg*innen mit den geringen Versorgungsbezügen betrifft,

wird als sehr ungerecht empfunden. Sie haben maximal 71,75 Prozent, zum Teil auch nur 39 Prozent ihres früheren Gehalts. Und entsprechend weniger Prämie. Ihre Rechnungen müssen sie zu 100 Prozent zahlen! „Kann mir die Landesregierung erklären, wieso ich als Pensionär von der Inflation weniger betroffen sein soll als aktive Beamt*innen?“, schreibt ein Kollege.

Diese Benachteiligung betrifft besonders auch die Kolleg*innen, die in den 80er-Jahren wegen Lehrkräfteüberschuss nicht eingestellt wurden. Erst Jahre später wurden sie mit Abschlägen und mit maximal einem Drei-Viertel-Deputat übernommen. Das führt zu einem geringeren Ruhegehaltssatz und jetzt zu mehr Kürzung!

Inzwischen waren schon Kinder da, die Kita-Plätze rar, also wurde die Arbeitszeit halbiert. Meist hieß das – so äußerten viele – halber Lohn bei drei Viertel Arbeit. Und damit wieder weniger Pension für die Leistung! In dieser Zeit wurde auch dafür geworben, aus „arbeitsmarktpolitischen Gründen“ Teilzeit zu arbeiten. Die Quittung kommt jetzt!

Pädagogisches Engagement führte auch zur Kürzung von Bezügen und Pension. Um den schulischen Anforderungen gewachsen zu sein, haben viele auch ihre Stundenzahl reduziert, um nicht durch Erkrankung durch Überforderung auszufallen. Ihnen tut die jetzt erlebte mangelnde Wertschätzung besonders weh.

Der engagierte pädagogische Einsatz an den Schulen ist jetzt in Zeiten von Lehrkräftemangel auch noch im Ruhestand erwünscht. Zahlreiche Kolleg*innen arbeiten aus Verantwortungsgefühl und auch wegen Geldknappheit weiter. Das erhöht aber nicht den Ruhegehaltssatz. Also Kürzung der Prämie!

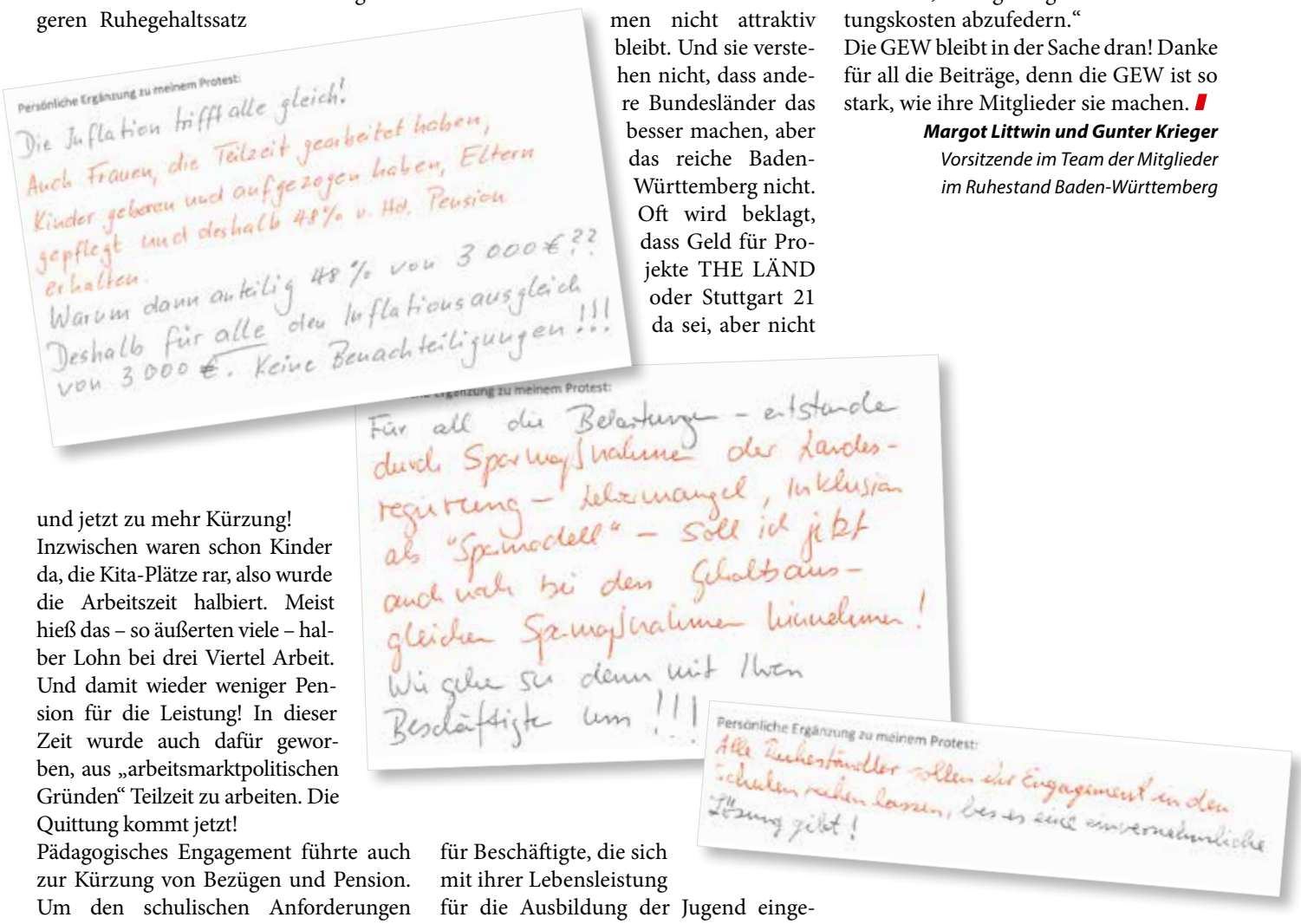
Nicht wenige MiR berichteten, dass sie kaum Rücklagen bilden können, weil sie die Ausbildung ihrer Kinder und teilweise der Enkel finanziell unterstützen müssen. Und das Warten auf die Beihilfe-Rückerstattung wird als Ärgernis genannt, besonders, wenn immer mehr nicht erstattet wird.

Auch treibt zahlreiche Kolleg*innen um, dass der so dringend nötige Lehrberuf durch solche Maßnahmen nicht attraktiv bleibt. Und sie verstehen nicht, dass andere Bundesländer das besser machen, aber das reiche Baden-Württemberg nicht. Oft wird beklagt, dass Geld für Projekte THE LÄND oder Stuttgart 21 da sei, aber nicht für Beschäftigte, die sich mit ihrer Lebensleistung für die Ausbildung der Jugend eingesetzt haben. Wobei häufig ihr freiwilliges soziales Engagement dem Land Kosten erspart. „Wenn wir schon als Beamte nicht streiken dürfen, dann soll die Alimentations- und Fürsorgeverpflichtung nicht bloßes Gerede sein!“ schreibt beispielsweise eine Kollegin.

Es war ergreifend zu lesen, wie sehr manche Mitglieder im Ruhestand auf die gleichwertige Teilhabe an der Inflationsausgleichprämie angewiesen sind! Eine Kollegin schreibt: „Ich bin mit 52 Jahren wegen Post Covid im Ruhestand, alleinerziehend und bekomme einen Ruhegehaltssatz von 38 Prozent. Für mich wäre der volle Inflationsausgleich eine echte finanzielle Entlastung. Es fühlt sich für mich sehr ungerecht an. Wenn ich gesund wäre, hätte ich mit A14 den Inflationsausgleich, ganz ehrlich, nicht unbedingt gebraucht. Jetzt bin ich krank, pflegebedürftig und bekomme nicht mal die Hälfte. Das Geld ist doch dafür da, die gestiegenen Lebenshaltungskosten abzufedern.“

Die GEW bleibt in der Sache dran! Danke für all die Beiträge, denn die GEW ist so stark, wie ihre Mitglieder sie machen.

Margot Littwin und Gunter Krieger
Vorsitzende im Team der Mitglieder im Ruhestand Baden-Württemberg



DEUTSCHER PERSONALRÄTE-PREIS 2024

Gesucht: Kreative Personalrats-Gremien

Die Bewerbungsrunde für den „Deutschen Personalräte-Preis 2024“ ist eröffnet. Noch bis zum 31. Mai 2024 können Projekte erfolgreicher Personalratsarbeit eingereicht werden. Der bundesweite Preis ist eine Initiative der Fachzeitschrift „Der Personalrat“ aus dem Bund-Verlag Frankfurt, und wird in diesem Jahr bereits zum 14. Mal vergeben. Die Teilnahme erfolgt unkompliziert per Online-Bewerbung.

Der „Deutsche Personalräte-Preis“ macht die engagierte Arbeit von Personalrätinnen und Personalräten öffentlich. Im Fokus stehen Wertschätzung und Anerkennung – auch der vielen stillen Gremien, die sich oft im Hintergrund klug und kreativ für die Beschäftigten stark machen. Auf diesen Einsatz kommt es an, wenn es um Mitbestimmung, die Schaffung guter Arbeitsbedingungen, den Erhalt sozialer Leistungen oder die Durchsetzung legitimer Ansprüche im öffentlichen Dienst geht.

Bewerben können sich einzelne Personalratsmitglieder, komplette Gremien oder auch dienststellenübergreifende PR-Kooperationen mit Projekten aus den Jahren 2022 bis 2024. Für Jugend- und Auszubildendenvertretungen vergibt die DGB-Jugend einen Sonderpreis. Eine weitere Auszeichnung würdigt Schwerbehindertenvertretungen. Die Debeka, als Förderin der Preisverleihung, beteiligt sich ebenfalls mit einer Sonderauszeichnung.

Eine Expertenjury mit Vertreter*innen aus Gewerkschaften, Wissenschaft und praktischer Personalratsarbeit bewertet den Erfolg und die Übertragbarkeit der Projekte wie auch deren Einfluss auf den Alltag in der Dienststelle. Darüber hinaus prüft sie den Innovationsgrad und bewertet die Teamleistung hinsichtlich Originalität, Nachhaltigkeit und sozialem Einsatz.

Die Bekanntgabe der Gewinner*innen erfolgt am 6. November 2024 im Rahmen des Schöneberger Forums in Berlin. Die jährliche Fachtagung für den öffentlichen Dienst wird veranstaltet vom DGB Bildungswerk BUND und vom DGB in Kooperation mit der Fachzeitschrift „Der Personalrat“.

Alle Informationen und Online-Bewerbung direkt unter:
www.dprp.de

GEW IM GESPRÄCH

Arbeitnehmer*innen haben Nachholbedarf

Foto: Günther Thum-Störk

Von links: Melanie Simon (GEW), Nadyne Saint-Cast (MdL Grüne), Günther Thum-Störk (GEW)

In Baden-Württemberg arbeiten rund 10 Prozent der Lehrkräfte im Arbeitnehmerverhältnis, davon knapp die Hälfte mit befristeten Verträgen. Melanie Simon und Günther Thum-Störk, beide selbst Arbeitnehmer*innen, trafen die Landtagsabgeordnete Nadyne Saint-Cast (Grüne), um auf die besondere Situation der Arbeitnehmer*innen aufmerksam zu machen.

Ein Thema war die Entfristung und Weiterbildung / Qualifizierung: GEW-seitig wurde lobend hervorgehoben, dass die Chancen auf eine Entfristung für Personen ohne Lehramtsausbildung (PoLe) verbessert wurden. Zu Beginn 2020 gab es nur 79 Entfristungen, im Jahr 2023 schon 255. Nach Auffassung der GEW sollten durch vielfältige Qualifizierungsmöglichkeiten (inklusive Verbeamtungsperspektive) mehr qualifizierte Lehrkräfte für den Schuldienst gewonnen und gebunden werden. Denn das derzeitige Konzept des Direkteinstiegs schließt noch viele aus. Saint-Cast sagte zu, modulare Konzepte einer umfassenderen Qualifizierung in die politische Arbeit einzubringen. Die GEW-Vertreter*innen wiesen auch darauf hin, dass es bei der Anerkennung von ausländischen Studienabschlüssen und förderlichen Berufserfahrungen weiterhin Nachholbedarf gibt.

Auch die TV-L-Tarifrunde war Gesprächsthema. Anhand von Beispielen haben die beiden GEW-Arbeitnehmer*innen vorgerechnet, wie viel Geld sie verlieren, weil sie nicht, wie beamtete Lehrkräfte, bei einer Beförderung stufengleich höhergruppiert werden. Weitere Anliegen waren die Tarifangleichung bei Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen an SBBZ mit Internat an die Tarife der Beschäftigten in den Kommunen sowie die Aufhebung der Eingruppierungsnachteile der Fachlehrkräfte, die nicht auf die Beamtenbesoldung ausgerichtet sind.

Günther Thum-Störk

Die GEW Baden-Württemberg freut sich über neue Mitglieder. Im vergangenen Jahr ist die größte bildungspolitische Interessenvertretung zwischen Main und Bodensee um 1,5 Prozent gewachsen. In den nächsten beiden Monaten lohnt es sich zusätzlich, GEW-Mitglied zu werden oder Mitglieder zu werben.

Für neue Mitglieder oder für die Werbung von neuen Mitgliedern gibt es im April und Mai 2024 nicht nur die übliche Prämie. Wir verlosen zusätzlich Preise.

Zu gewinnen sind ein Wochenende für zwei Personen am Bodensee im Strandhotel Löchnerhaus auf der Reichenau sowie Büchergutscheine.

#WirSindViele – #WirSindProfis
Die GEW BW organisiert mit über 50.000 Mitgliedern (bundesweit: 280.000) Beschäftigte aller Schularten und Bildungseinrichtungen – von den Kitas über die 4.500 Schulen über die Hochschulen bis zu den Volkshochschulen. Über 3.000 Personen kandidieren derzeit bei den schulischen Personalratswahlen auf den Wahlvorschlägen der GEW. GEW-Personalrät*innen beraten überall im Land fachkundig, individuell und verlässlich.

Schwäbisch Hall

Foto: GEW Schwäbisch Hall

Protest gegen einen Stand der Bundeswehr

Fünf Gewerkschafter aus dem Schwäbisch Haller Friedensnetz, darunter zwei GEW-Kollegen, protestierten gegen einen Stand der Bundeswehr bei der Berufswahlmesse in einem Schwäbisch Haller Schulzentrum. Etwa eine halbe Stunde gelang es, ein Protestbanner vor dem Bundeswehrstand zu präsentieren. Dann wurde die Gruppe vom Oberbürgermeister der Stadt persönlich der Halle verwiesen. Die Aktion ging vor der Halle weiter. In zahlreichen guten Gesprächen mit Lehrkräften, Eltern und Schüler*innen konnten die Gewerkschafter*innen auf die Problematik aufmerksam machen. Allerdings gab es auch zum Teil sehr schroffe Ablehnungen.
Im Rückblick eine gelungene Aktion, die sicherlich einige Eindrücke und Diskussionen bewirkt hat und zur Nachahmung empfohlen wird.
Mit dieser Aktion, die auf www.gew-bw.de unter „Friedensbildung“ vorgestellt wird, setzten sich Kolleg*innen dafür ein, dass Friedensbildung an Schulen gestärkt und der Einfluss der Bundeswehr zurückgedrängt wird.

Max Kauke

Freiburg

Foto: GEW Freiburg

Langjährige GEW-Mitglieder wurden in Freiburg geehrt

Die Freude über die Einladung zum Ehrungsabend der langjährigen GEW-Mitglieder war den rund 85 Gästen im Kolping-Hotel Freiburg deutlich anzusehen. Viele genossen das Wiedersehen ehemaliger Kolleginnen und Kollegen sowie den persönlichen und fachlichen Austausch in geselliger Runde bei gutem Essen. Umrahmt wurde der Abend vom musikalischen Trio Eleni, Lia und Amaya, drei 16-jährige Schwestern aus Freiburg.
Der Kreisvorsitzende, Peter Fels, machte in seiner Rede deutlich, welche Gründe es gibt, in der GEW zu sein und zu bleiben, und dankte allen Jubilarinnen und Jubilaren für Ihre langjährige Mitgliedschaft.
Es wurde bekräftigt, dass die GEW mehr ist, als der Nutzen für jeden Einzelnen: Die GEW schließt Menschen zusammen, die die Grundüberzeugung haben, dass Bildung eine wesentliche Aufgabe der Gesellschaft ist. Sie steht für Gemeinschaftssinn und Solidarität und vertritt ein demokratisches Grundverständnis. An Abenden wie diesen, an denen erfahrene und teilweise sehr engagierte GEW-Mitglieder geehrt werden, ist dieser Geist deutlich zu spüren.

Peter Fels

Karlsruhe

38 Mitglieder im Ruhestand aus dem GEW-Kreis Karlsruhe konnten Mitte Februar eine besondere Ausstellung bestaunen: Nicolas Party, ein in New York lebender junger Künstler, bemalte weiße Wände im Museum Frieder Burda farbintensiv mit Pastellkreide. Die neun großflächigen Kunstwerke mit Darstellungen von Natur und rätselhaften Frauenporträts wurden nun, nach Ende der Ausstellung am 18. Februar wieder abgewaschen. Nur Fotos zeugen von ihnen.

Gabi Römmele

Göppingen

Edi Neuffer

Der GEW Kreisverband Göppingen betrauert den Tod von Edi Neuffer, der am 17. Januar mit 75 Jahren verstorben ist.
Edi war Pädagoge mit Leib und Seele und hat Schule schon immer vom Kinde aus gedacht. Auch in der Inklusion war er sehr früh Vorreiter und hat sie an seiner Schule vorbildhaft mit Leben gefüllt.
Ab 1995 war er Mitarbeiter beim „GEW-Blättle“ des Kreisverbandes und blieb dies bis zur letzten Ausgabe im Jahr 2011.
Bei den Personalratswahlen 2001 wurde Edi über die GEW-Liste in den Örtlichen Personalrat am Staatlichen Schulamt Göppingen gewählt. Er blieb gewähltes Mitglied bis zu seinem Sabbatjahr 2012 und anschließender Pensionierung.
Von 2003 bis 2019 war Edi GEW-Kreisvorsitzender (im Team). Über lange Jahre hat er den Kreis im Landesvorstand vertreten. In diesen Funktionen, als Gestalter und Organisator und nicht zuletzt als Musiker hat er die Arbeit und das Erscheinungsbild unseres Kreisverbandes entscheidend mitgeprägt.
Unvergessen sind seine musikalischen Beiträge auf den Personalversammlungen. Unvergessen die GEW-Musiknächte, die er mit seiner Band „drops of blue“ gestaltete. Und unvergessen seine klaren Ansagen und seine schnörkellos-geradlinige Haltung, nicht nur, aber auch in der Vorstandsarbeit, ebenso wie seine natürliche und selbstverständliche gewerkschaftliche Einstellung, die er auf allen Ebenen gelebt hat, auch in der Auseinandersetzung mit den Parteien. Wir haben ihm sehr viel zu verdanken!

Holger Kißling

Stuttgart

GEW-Kolleg*innen aus Stuttgart besuchten den Landtag Baden-Württemberg. Mit dabei war eine Einführung, die Teilnahme an einer aktuellen Sitzung und ein Gespräch mit den bildungspolitischen Sprechern der Parteien.
Bei der Einführung wurden auch Fragen der Teilnehmer*innen beantwortet, z. B. zur Sitzordnung im Parlament. So ist diese keinesfalls festgelegt. Nach dem Einzug der AfD ins Parlament ist die FDP / DVP auf Antrag von Rechts nach links neben die CDU gerückt.
In der aktuellen Debatte ging es um den Wohnungsbau. Die SPD hatte diesen Tagesordnungspunkt mit dem Titel „Zu wenig, zu teuer – Grün-Schwarz verschärft die Wohnungskrise“ beantragt.
Beim Gespräch mit den bildungspolitischen Sprechern standen der Mangel an Fachkräften und die Bildungsfinanzierung im Vordergrund. Dabei ging es um die nicht eingetretene demografische Rendite. Thomas Poreski (Grüne) verwies auf die Statistik, die man falsch interpretiert hätte. Daraus hätte man durchaus einen zukünftigen Mehrbedarf an pädagogischen Fachkräften und eine rechtzeitige entsprechende Nachsteuerung ablesen können. Timm Kern (FDP) bemängelte, dass die vielen Millionen für die Bildung falsch investiert würden. Leider blieb keine Zeit mehr für weitere Fragen, z. B.: Wie sehen „richtige“ Investitionen im Bildungsbereich aus? Welche Ideen bringen die Parteien in die angedachte Bildungsallianz ein? Wie stehen die Parteien zur Kritik, dass Forschungsergebnisse und Expertise der Wissenschaften zu wenig mit einbezogen werden?
Dennoch lohnt sich ein Besuch im Landtag. Die Tage mit Plenarsitzungen sind begrenzt und schnell ausgebucht. Bei Interesse wendet man sich am besten an den Besucherdienst des Landtags unter der Telefonnummer: 0711 / 2063 2027.

Erwin Berger

Fotos: Erwin Berger

In der Agora vor dem Landtag in Stuttgart.

Stuttgart

Rachel Dror hat sich immer für Dialog und Verständnis zwischen Judentum, Christentum und Islam eingesetzt. Jetzt feierte sie ihren 103. Geburtstag. Bis zu ihrer Pensionierung unterrichtete sie an der Stuttgarter Immenhoferschule (Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum).
Lebendig, wach und an all den Fragen der Zeit interessiert, zeigte sich die ehemalige Pädagogin beim Besuch der GEW. Die Wertschätzung, die Rachel Dror aus vielen Teilen der Stuttgarter Stadtgesellschaft und darüber hinaus erfährt, sieht man schon allein an dem Blumenmeer, das sie umgibt. Besucher von nah und fern geben sich fast die Klinke in die Hand und gehen bereichert wieder.
In Königsberg geboren, der Vater war Offizier im 1. Weltkrieg, wurde Rachel Dror 1934 als Jüdin von der Schule ausgeschlossen. Sie begann eine Schneiderlehre und konnte mit dem letzten legalen Schiff noch nach Palästina auswandern. Ihre Eltern werden in Auschwitz ermordet. Sie wird die erste Polizistin in Israel. Mitte der 50er Jahre kommt sie aus gesundheitlichen Gründen zurück nach Deutschland.
Gerade heraus und humorvoll war sie als Zeitzeugin unermüdlich unterwegs. Sie vermittelte Generationen von Schülerinnen und Schülern, sowie Lehrkräften Wissen über das Judentum und dessen Feste und Sitten und berichtet authentisch über das Schicksal einer deutsch-jüdischen Familie.

Kurt Wiedemann

Foto: privat

Gert-Jürgen Scholz und Kurt Wiedemann (rechts) überbrachten Rahel Dror die Glückwünsche der GEW.

Unsere Jubilare

75. GEBURTSTAG

Marlies Lauer,
Karlsdorf-Neuthard,
* 05.01.1949
Margarete Schwaderer,
Tübingen, * 20.01.1949
Heinz-Otto Bihn,
Ludwigsburg, * 01.04.1949
Fred Binder,
Stuttgart, * 01.04.1949
Frieder Keilhau,
Stuttgart, * 02.04.1949
Erika Kleucker,
Stuttgart, * 04.04.1949
Gabriele Bender,
Kämpfelbach, * 05.04.1949
Helmut Beck,
Zimmern, * 05.04.1949
Barbara Schmidt,
Überlingen, * 06.04.1949
Barbara Bechtel,
Heidelberg, * 06.04.1949
Klaus Klein,
Mannheim, * 07.04.1949
Pia Behringer,
Wittlingen, * 08.04.1949
Ute Foltinek-Diestelmeier,
Tübingen, * 08.04.1949
Klemens Keller,
Bonndorf, * 09.04.1949
Gislinde Döbele,
Murg, * 09.04.1949
Ursula Förstl,
Kißlegg, * 10.04.1949
Bernhard Lorenz,
Ilshofen, * 10.04.1949
Georg Hermann,
Ulm, * 10.04.1949
Gerlinde Kiefer,
Lahr, * 10.04.1949
Volker Herrmann,
Karlsruhe, * 10.04.1949
Norbert Berlinghof,
Wörth am Rhein, * 11.04.1949
Eva Höller,
Heidenheim, * 11.04.1949
Brigitte Cremer,
Neuweiler, * 12.04.1949
Georg Schreiber,
Ehingen, * 12.04.1949
Ulrike Röllecke,
Tübingen, * 13.04.1949
Günther Sauter,
Bad Saulgau, * 14.04.1949
Rosemarie Hellmann-Nguyen,
Esslingen, * 14.04.1949
Barbara Block,
Karlsruhe, * 14.04.1949
Hiltrud Andritzky,
Heidelberg, * 15.04.1949
Anette Vogler,
Singen (Hohentwiel),
* 16.04.1949
Christoph Straub,
Karlsruhe, * 16.04.1949
Hans-Dieter Grundmann-Neitsch,
Radolfzell, * 17.04.1949
Harald Bollin,
Freiburg, * 17.04.1949
Ursula Grotz,
Entringen, * 17.04.1949
Gabriele Koch,
Althengstett, * 17.04.1949
Dorothee Michel,
Ludwigsburg, * 17.04.1949
Renate Schneider,
Stuttgart, * 18.04.1949
Heiner Heer,
Ludwigsburg, * 19.04.1949
Emil-Hans Günnel,
Freiburg, * 19.04.1949
Hannelore Meier,
Karlsruhe, * 20.04.1949
Axel Bolz,
Freiburg, * 21.04.1949
Wolf-Rainer Windisch,
Vörstetten, * 21.04.1949
Magdalena Müller,
Stuttgart, * 21.04.1949
Inge Kirk,
Neckargemünd, * 21.04.1949
Eckhard Dagutat,
Abtsgmünd, * 22.04.1949
Rüdiger Berger,
Sinsheim, * 22.04.1949
Werner Merkle,
Kirchheim, * 23.04.1949
Wolfgang Bohn,
Stuttgart, * 24.04.1949
Ottokar Sinnemann,
Waldshut-Tiengen,
* 25.04.1949
Ulrike Pattberg,
Weinheim, * 25.04.1949
Ursula Portisch,
Dettingen / Teck, * 26.04.1949
Anita Stäbler,
Kenzingen, * 27.04.1949
Werner Geiss,
Ravensburg, * 27.04.1949
Wolfgang Weber,
Ludwigsburg, * 28.04.1949

80. GEBURTSTAG

Ulrich Zimmermann,
Ettlingen, * 01.04.1944
Heilburg Thier,
Rosengarten, * 02.04.1944
Edeltraud Smigaj,
Brühl, * 02.04.1944
Emil Göppert,
Kirchzarten, * 03.04.1944
Reinhard Pfeffer,
Leonberg, * 03.04.1944
Hermann Eichele,
Tübingen, * 04.04.1944
Rainer Römmele,
Karlsruhe, * 04.04.1944
Peter Steffenhagen,
Ostfildern, * 05.04.1944
Stefan Werner,
Künzelsau, * 05.04.1944
Ursula Pohlmann,
Leonberg, * 10.04.1944
Jörg Kriebitz,
Mönchengladbach,
* 10.04.1944
Michael Gerard,
Neckargemünd, * 12.04.1944
Ingeborg Burkhardt,
Oftersheim, * 13.04.1944
Nanna Specht,
Karlsruhe, * 13.04.1944
Ursula Trüb,
Karlsruhe, * 14.04.1944
Ulrike Härle,
Holzgerlingen, * 14.04.1944
Helmut Mann,
Ilsfeld, * 14.04.1944
Karl Hackstock,
Waldachtal, * 14.04.1944
Eugen Wiedmann,
Steinheim, * 15.04.1944
Angelika Wörner,
Schutterwald, * 15.04.1944
Dorothea Bechstein,
Steinheim, * 16.04.1944
Friedrich Budin,
Rickenbach, * 17.04.1944
Dorit Petry-Meyer,
Spiesen-Elversberg,
* 17.04.1944
Hiltrud Fischer,
Jettingen, * 17.04.1944
Urban Link,
Neckarwestheim,
* 18.04.1944
Christa Wagner,
Bad Saulgau, * 18.04.1944
Klaus Günther,
Freiburg, * 21.04.1944
Fridolin Jehle,
Konstanz, * 21.04.1944
Evelin Velinsky,
Berlin, * 22.04.1944
Ulrike Vallaud-Mersch,
Freiburg, * 22.04.1944
Christel Botzenhardt,
Schwieberdingen,
* 23.04.1944
Rainer Hoffmann,
Schrozberg, * 24.04.1944
Marianne Okusluk,
Stuttgart, * 24.04.1944
Margot Prestele,
Biberach an der Riß,
* 25.04.1944
Volker Blessing,
Rossdorf, * 25.04.1944
Edwin Kintzi,
Jestetten, * 28.04.1944
Jörg Widmann,
Bad Teinach-Zavelstein,
* 28.04.1944
Lore Schwarz,
Esslingen, * 29.04.1944
Ursel Gross-Philipp,
Pforzheim, * 30.04.1944

85. GEBURTSTAG

Peter Barth,
Lichtenstein, * 02.04.1939
Ute Eder,
Mannheim, * 03.04.1939
Wolf Dieter Mudersbach,
Karlsruhe, * 03.04.1939
Werner Kuß,
Steinheim, * 05.04.1939
Gerd Kraus,
Mühlhausen, * 05.04.1939
Albrecht Alois Nader,
Schwäbisch Hall, * 06.04.1939

Marie-Luise Guggenberger,
Sontheim, * 07.04.1939
Fritz Maulbetsch,
Muggensturm, * 07.04.1939
Jürgen Ebert,
Engen, * 12.04.1939
Peter Hartig,
Mössingen, * 14.04.1939
Gisela Bohle,
Waiblingen, * 16.04.1939
Brunhilde Fischbach,
Bad Dürrheim, * 20.04.1939
Manfred Lehmann,
Schwäbisch Gmünd, * 22.04.1939
Karl-Heinz Becker,
Jettingen, * 23.04.1939
Manfred Kern,
Karlsbad, * 23.04.1939
Gerhard Bernlöhr,
Mögglingen, * 23.04.1939
Eva Knoebl,
Eislingen, * 25.04.1939
Sigrid Richter,
Heidelberg, * 27.04.1939
Martin Jeschawitz,
Obersulm-Willsbach, * 27.04.1939
Martin Schulze,
Kippenheim, * 29.04.1939

90. GEBURTSTAG

Margrit Müller,
Helmstadt-Bargen, * 26.04.1934

91. GEBURTSTAG

Ingeborg Zimmerer,
Oberreichenbach, * 04.04.1933

92. GEBURTSTAG

Anton Stoerk,
Stockach-Wahlwies, * 05.04.1932

93. GEBURTSTAG

Walter Zoller,
Weikersheim, * 14.04.1931

94. GEBURTSTAG

Maria Glaser,
Waldbrunn, * 03.04.1930
August Kühl,
Lörrach, * 03.04.1930
Tonie Häfele,
Weingarten, * 25.04.1930

95. GEBURTSTAG

Hans-Peter Herrmann,
Freiburg, * 21.04.1929
Gerhard Schlotterbeck,
Winterbach, * 27.04.1929

96. GEBURTSTAG

Hildegard Birk,
Stuttgart, * 01.04.1928
Willy Schairer,
Albstadt, * 15.04.1928

97. GEBURTSTAG

Ingeborg Roloff,
Klettgau, * 13.04.1927

Wer in der Jubilarstafel **nicht** genannt werden möchte, bitte drei Monate vorher eine Nachricht schicken: Per Post (Mitgliederverwaltung, Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart), per Fax (0711 21030-65) oder per E-Mail (datenpflege@gew-bw.de).

Impressum

***Herausgeber**: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Baden-Württemberg*
***Verantwortlicher Redakteur:** Michael Hirn*
***Geschäftsführende Redakteurin:** Maria Jeggle*
***Regelmäßige Mitarbeiter*innen:** Corinna Blume, Jens Buchholz, Erhard Korn, Andreas Schuler*
***Koordination GEW-Design:** Evi Maziol*
***Layout**: Virginia Scaldavilla*
***Schlusskorrektur**: Frank Osterlow*

***Anschrift der Redaktion**:*
b&w, Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart,
Telefon: 0711 21030-36,
E-Mail: b+w@gew-bw.de

***Beilage**: „Die Unterrichtspraxis" erscheint 8-mal im Jahr.*
***Redaktion:** Thomas Strehle und Miriam Hannig*
E-Mail: up@gew-bw.de

***Verlag mit Anzeigenverwaltung**:*
Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV),
Silcherstraße 7A, 70176 Stuttgart,
Tel.: 0711 21030-70, Fax: 0711 21030-799,
E-Mail: info@spv-s.de, www.spv-s.de

***Geschäftsführung**:*
Hans Maziol, Monika Stein
Verantwortlich für Anzeigen:
Melanie Focali, Tel.: 0711 21030-772, melanie.focali@spv-s.de
***Anzeigenschluss:** ca. 15. des Vormonats*
b&w erscheint als Mitgliederzeitschrift monatlich 10-mal im Jahr (nicht im Januar und August).

*Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Er beträgt für Nichtmitglieder jährlich 44 Euro inkl. Porto und wird jährlich im Dezember erhoben. Bestellung beim Verlag. Alle mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen die Meinung der Verfasser*innen dar und vermitteln nicht zwingend eine Position der Redaktion oder der GEW. Leserbriefe können nicht alle veröffentlicht werden.*

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe auszuwählen und zu kürzen. Anonym zugesandte Briefe werden nicht veröffentlicht.

***Druck:** GO Druck Media Verlag GmbH & Co. KG, Kirchheim*
***Druckauflage**: 50.000 Exemplare (1. Quartal 2024)*
Gedruckt auf Blauer Engel Altpapier

***Die nächsten Hefte von b&w erscheinen**:*
Nr. 04 / 2024 am 26.04.2024,
Redaktionsschluss: 11.03.2024
Nr. 05 / 2024 am 24.05.2024,
Redaktionsschluss: 15.04.2024
siehe auch: www.gew-bw.de/mitgliederzeitschrift-bw/bw
Dieses Heft wurde am 12.03.2024 für den Druck abgeschlossen.

GEW Baden-Württemberg, Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart,
Telefon 0711 21030-0, Mitgliederverwaltung: -32, -33, -34, -37
E-Mail: info@gew-bw.de, www.gew-bw.de

Unseren Toten zum Gedenken

Manfred Balz
* 03.12.1936
† 23.01.2024

Bernd Boll, Gymnasiallehrer
* 30.09.1951 in Grenzach-Wyhlen
† 27.12.2023 in La Palma / Kanaren

Angelika Fürstenberger, Sonderschulkonrektorin
* 04.09.1948 in Oberachern
† 07.02.2024 in Bahnbrücken

Anna-Elisabeth Graf, Studienrätin
* 09.10.1951 in Freiburg im Breisgau
† 15.01.2024 in Ostfildern

Regine Kelm, GHS-Lehrerin
* 08.07.1937 in Remscheid
† 04.02.2024 in Mannheim

Gabriele Killguß, Erzieherin
* 21.05.1953 in Mannheim
† 16.01.2024 in Heidelberg

Jürgen Leonhardt, Oberstudienrat
* 08.04.1940 in Mannheim
† 16.11.2023 in Mannheim

Harald Neuffer, GHS-Lehrer
* 08.01.1949 in Heidenheim / Brenz
† 17.01.2024 in Kirchheim unter Teck

Johann Rührig, Rektor
* 13.01.1942 in Heidendorf (Siebenbürgen), heute Viișoara (Rumänien)
† 04.02.2024 in Allmersbach im Tal

Carola Schneider GHS-Lehrerin
* 01.10.1980 in Villingen-Schwenningen
† 31.01.2024 in Lahr / Schwarzwald

Lothar Schwald, Rektor
* 19.11.1942 in Heidenheim / Brenz
† 20.12.2023 in Günzburg

Hartmut Szimba, GHS-Lehrer
* 21.02.1941 in Talken (Ostpreußen), heute Talki (Polen)
† 22.11.2023 in Tuttlingen

Donat Weiß
* 10.09.1952 in Waldshut-Tiengen
† 31.01.2024 in Freiburg im Breisgau

Karl Wörsinger, Rektor
* 17.02.1935 in Crailsheim
† 22.01.2024 in Ilshofen

Ursula Zinsmaier GHS-Lehrerin
* 05.01.1944 in Karlsruhe
† 08.02.2024 in Karlsruhe

Wer nicht genannt werden soll, bitte bei der Todesnachricht mit angeben. Oder per E-Mail (datenpflege@gew-bw.de) oder per Fax (0711 21030-65) mitteilen.

Buchtipp

„ZwangsarbeiterInnen im Raum Pforzheim 1940 – 1945“

Die gewerkschaftlichen Historiker*innen Brigitte und Gerhard Brändle und Jürgen Schroth haben ein Buch über das Schicksal von Zwangsarbeiterinnen während des 2. Weltkrieges in Pforzheim zusammengestellt. Der DGB Baden-Württemberg und die IG-Metall Pforzheim geben das Buch heraus. Das Buch wurde am 19. Januar 2024 in Pforzheim vorgestellt.
In ihren Rechten durch Verordnungen beschnitten, in Baracken und Lagern untergebracht, mit schlechter und vielfach ungenügender Nahrung abgespeist und an der Rückkehr in ihre Heimat gehindert; so mussten die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter im Raum Pforzheim in den Jahren 1940 bis 1945 leben. Sie wurden als Menschenwerkzeug für die Pforzheimer Rüstungsindustrie, in der Landwirtschaft im Enzkreis und in Versorgungsbetrieben missbraucht.
In 77 Briefen berichten Zwangsarbeiter*innen aus der ehemaligen UdSSR und aus Polen über ihre Zeit im Raum Pforzheim. Die Briefe werden ergänzt durch 851 Kurzbiografien sowie verschiedene Datenbanken, eine Übersicht über die „Beschäftigung“ im damaligen Arbeitsamtsbezirk Pforzheim sowie eine Liste der Betriebe mit den dort „beschäftigten“ Zwangsarbeiter*innen.
Die Erinnerung an die Verbrechen der Nazis ist heute wichtiger denn je. Erinnerungskultur stärkt die Demokratie. Sie ist unerlässlich, wenn wir die Zukunft friedlich und sozial gestalten möchten.
In ihrem Buch haben Brigitte und Gerhard Brändle und Jürgen Schroth eindrucksvoll, persönlich und emotional über viele Jahre recherchiert und die Schicksale der Menschen festgehalten. Der DGB Baden-Württemberg und die IG Metall Pforzheim sind Herausgeber*innen.

Auszug aus dem Pforzheimer Kurier

„ZwangsarbeiterInnen im Raum Pforzheim 1940 – 1945“ – notwendige Erinnerungen: Briefe und Dokumente aus Polen und der UdSSR.
Das Buch kann beim DGB in Pforzheim kostenlos abgeholt werden. Auf Wunsch wird es auch versendet. Kontakt: pforzheim@dgb.de
Download: www. nordbaden.dgb.de

Lesebriefe

09/2021

09/2023

S. 40: „Den Unterricht scheide keine Confession“
S. 34: „Ein Beispiel, wie Ungerechtigkeiten neu geschaffen werden“
Religionslehrkräfte in der GEW

Wir sind Religionslehrkräfte an beruflichen und teilweise an kirchlichen Schulen und Mitglieder der GEW. Beim Lesen der Mitgliederzeitschrift b&w stellt sich uns in letzter Zeit die Frage, ob unsere Interessen von der GEW (noch) richtig vertreten werden: In den obengenannten Beiträgen wurden Religionsunterricht und kirchliche Privatschulen abgelehnt.

Den Religionsunterricht an beruflichen Schulen besuchen Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichsten religiösen Hintergründen: Christen, Muslime, Menschen mit und ohne religiöser Erziehung. Dort werden Gemeinsamkeiten der unterschiedlichen Religionen, aber auch der Denkansätze von Atheismus und Agnostizismus thematisiert. Wenn die Lehrperson selbst religiös ist, kann sie als glaubhaftes Gegenüber in einen Dialog treten. Wir sind davon überzeugt, dass die Teilnahme am Religionsunterricht für die Schülerinnen und Schüler daher sehr wertvoll ist. Insbesondere in den heutigen Zeiten setzt sie ein friedvolles Zeichen für ein gelingendes Miteinander.

Die Schulen in kirchlicher Trägerschaft werden von jungen Menschen aller religiöser und nicht-religiöser Prägung besucht – obwohl oder vielleicht auch gerade – weil dort am Religionsunterricht teilgenommen werden muss.

Manche Kinder und Jugendlichen wurden aus den unterschiedlichsten Gründen aus öffentlichen Schulen ausgeschlossen und finden einen neuen Platz in einer kirchlichen Sonderschule oder Sonderberufsfachschule. Dort wird mit ihnen gearbeitet und versucht, sie in Gesellschaft und Arbeitsleben zu integrieren. Es wird also gerade das Gegenteil von Ausgrenzung und Bildungsungerechtigkeit praktiziert.

Es fühlt sich so an, als ob in den Medien die negativen Schlagzeilen im Zusammenhang mit der Kirche in populistischer Weise breitgetreten werden. Die positiven Tätigkeiten der Kirche werden hingegen totgeschwiegen. Durch zahlreiche Aktivitäten wie Vesperkirchen, Tafelläden, Diakonie- bzw. Caritas-Läden, kirchliche Jugend- und Pflegeheime, kirchliche Sonder- und Sonderberufsschulen, soziale und seelsorgerische Tätigkeiten sind die Kirchen in unzähligen Bereichen hilfreich unterwegs.

Gerade auch die Geschichte der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung wäre ohne die Unterstützung der Kirchen völlig anders verlaufen.

Wir wünschen uns von der GEW eine andere Haltung.

Rainer Scholz, Göppingen
Angela Sakschewski, Eschenbach
Christian Kißling, Uhingen
Rebecca Vier, Stuttgart

01–02/2024

S. 46: „Sackgasse der militärbasierten Sicherheitslogik“
Kontroverse Meinungen zulassen

Hat sich die weltpolitische Lage in den letzten Jahren nicht grundlegend verändert?

Wie sollte denn eine Bundesregierung auf einen Autokraten in Russland reagieren, der nicht nur stark aufrüstet, sondern zudem auch nicht bereit ist, sich an geschlossene Verträge zu halten, der davon träumt, das großrussische Imperium aus Zaren- oder Sowjetzeiten wiederherzustellen?

Meint der Autor Hagen Battran wirklich, dass man diesen Mann in friedenslogischer Weise zu einem Streitschlichterprogramm an einen runden Tisch einladen sollte und könnte? Und dass der dann nach so einem Gespräch ganz einfach, weil wir alle gute Menschen sind, seine Träume „auf den Misthaufen der Geschichte“ werfen würde?

Hat in den 30er-Jahren nicht auch in Deutschland ein „Führer“ vom Lebensraum im Osten geträumt und seine Nachbarn deshalb brutal überfallen und unterjocht?

Und haben „wir“ es nicht in dieser Zeit versäumt, uns gegen solche Indoktrinierung zur Wehr zu setzen? Konnten „wir“ das damals überhaupt?

Ist es daher nicht besonders wichtig, dass sich die Schüler*innen auf Grund dieser Erfahrungen mit Hilfe der Darstellung von auch kontroversen Meinungen innerhalb des Unterrichts eigene Meinungen bilden können? Ist das Ziel nicht, sie zu mündigen Bürgern zu erziehen?

Warum wehrt sich der Autor dagegen, dass ein Jugendoffizier sicherheitspolitische Darstellungen aus seiner Sicht darlegt? Weil die der Sichtweise des Autors widerspricht? Weil er von einem Land ohne Militär träumt? Weil unsere Nachbarn alle friedlich sind und wir deshalb kein Militär mehr brauchen?

Ob allerdings eine friedenspolitisch aktive Lehrkraft in der Lage ist, ohne Vorbehalte die Position der Bundeswehr in der heutigen Gesellschaft darzustellen, möchte ich bezweifeln. Si vis pacem, para bellum!!

Fred Kletzin
pensionierter Lehrer und
ehemaliger Marinesoldat

Termine

GEW

AK Lesbenpolitik

Unser nächstes Treffen findet am
> **Freitag**, **26.04.2024,** 16:00 – 18:30 Uhr
in der Landesgeschäftsstelle,
Silcherstraße 7a in Stuttgart statt.
lesbenpolitik@gew-bw.de

Die Konferenzordnung: Rechte und Pflichten für Lehrkräfte

> **Montag, 29.04.2024,** 17:00 – 19:00 Uhr
Online-Fortbildung
Referentin: Susanne Veil-Bauer
Anmeldung bis Freitag, 26. April 2024 an:
gunilla.bahlo@gew-bw.de

GEW-Kreise und Ortsverbände

Lörrach / Waldshut

> **Dienstag, 09.04.2024,** 15:30 – 17:00 Uhr
Arbeit mit dem GEW Jahrbuch
mit Autorin Inge Goerlich
Ev. Gemeindehaus Bad Säckingen
> **Donnerstag, 11.04.2024,** 16:00 – 17:30 Uhr
Kinder, Kinder! – Online
> **Dienstag, 23.04.2024,** 18:00 – 20:00 Uhr
Vortrag Schulsystem Finnland
Wiesentalschule Maulburg
Weitere Informationen unter
www.gew-bw.de/loerrach und
www.gew-bw.de/waldshut.

Pforzheim

> **Mittwoch, 08.05.2024,** 11:30 Uhr
Auf den Spuren jüdischen Lebens in Freudental
Besuch des Pädagogisch Kulturellen Centrums
Anmeldungen bis 24.04.2024
an GEW MiR Udo Kaupisch 07231 73427

Freie Träger

> **Mittwoch,17.04.2024,** 18:00 – 20:00 Uhr
Helden für den Führer – Lehrkräfte und Schule im Nationalsozialismus
Seit dem 5. April 1933 hing Hitlers Bild auch in jedem badischen Klassenzimmer, begann jeder Schultag mit dem Hitlergruß. Unterricht zielte auf nationale Erweckung – Rasse, Wehrwillen und Führertum sollten Grundlagen von Bildung sein. Selbst das Wandern diente nun der Wehrertüchtigung. Während linke, demokratische und jüdische Lehrkräfte und Rektoren abgesetzt und entlassen oder gar in Lagern drangsaliert wurden, stiegen Parteigenossen in Führungspositionen auf.
Erhard Korn, langjähriger Autor von b&w, berichtet über die nationalsozialistische Neuausrichtung der Schulen. Dabei gilt der Haltung der Lehrerschaft und ihrerr Verbände zum Nationalsozialismus sowie der badischen Region ein besonderes Augenmerk.
Campus Karlsruhe der Fernuniversität Hagen, Kriegsstr. 100, 76133 Karlsruhe, Online-Teilnahme möglich: Zugangsdaten bitte über ekorn@kabelbw.de anfordern.

VEREIN BADISCHER LEHRER UND LEHRERINNEN E.V.

Wahlausschreibung

Am Samstag, 28. September 2024, findet die ordentliche Vertreterversammlung des VBLL statt. Gemäß §8 der Satzung wählt die VV jeweils für die Dauer von 4 Jahren die Mitglieder des Gesamtvorstands, zwei zur Rechnungsprüfung beauftragte Personen und einen aus drei Mitgliedern bestehenden Wahlausschuss. Nach §9 der Satzung gehören dem Gesamtvorstand an:

- die oder der Vorsitzende
- die oder der stellvertretende Vorsitzende
- die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer
- sechs weitere beigeordnete Mitglieder

Die Bezirke Nordbaden und Südbaden der GEW Baden-Württemberg stellen jeweils eine*n der Vorsitzenden und je drei weitere beigeordnete Vorstandsmitglieder. Die Bezirksvorstände der GEW Nordbaden und der GEW Südbaden müssen mit jeweils einem ihrer Mitglieder im Gesamtvorstand vertreten sein. Vorschlagsberechtigt sind die Bezirksvorstände der GEW Nord- und Südbaden sowie die Delegierten der VV. Die Wahlvorschläge der Delegierten müssen von mindestens 10 Delegierten unterschriftlich unterstützt werden.

Der Wahlausschuss bittet, Wahlvorschläge für die zu wählenden Funktionen im Gesamtvorstand zusammen mit den schriftlichen Zustimmungserklärungen der Vorgeschlagenen bis spätestens 28. Juni 2024 an folgende Adresse einzureichen:
VBLL Wahlvorstand,
Bernhard Baumstark,
Eckener Str. 51, 76571 Gaggenau
bernhard.baumstark@gew-bw.de

Bernhard Baumstark, Sabrina Besserer, Gerd Kostanzer

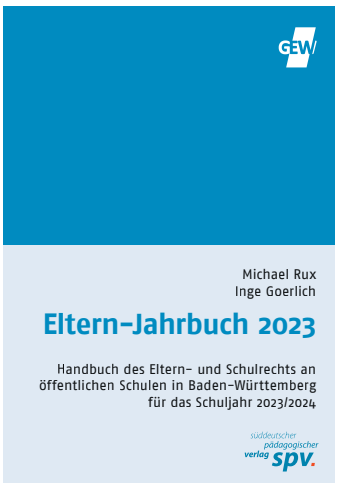
Unersetzliche Ratgeber

Goerlich/Rux
GEW-Jahrbuch 2024
Für Lehrkräfte
43. vollständig aktualisierte Auflage
- Standardausgabe -
2024, 1064 Seiten, 27 €
(GEW-Mitglieder 15 €)
ISBN 978-3-944970-38-7
Print + E-Book 39 €
(GEW-Mitglieder 23 €)
- Sonderausgabe
für Berufliche Schulen -
2024, 1400 Seiten, 27 €
(GEW-Mitglieder 15 €)
ISBN 978-3-944970-39-4
Print + E-Book 39 €
(GEW-Mitglieder 23 €)

Jeweils auch als E-Book 18 €
(GEW-Mitglieder 10 €)

Wiedemann
Steuererklärung
6. überarbeitete Auflage
2023, 72 Seiten, DIN A 4
11 € *(GEW-Mitglieder 7 €)*
Jetzt mit Beilage-Blätter zur Aktualisierung für das Jahr 2024

Goerlich/Rux
55plus – Ruhestand und Vorsorge
10. überarbeitete und aktualisierte Auflage
2023, 164 Seiten, DIN A 4,
20 € *(GEW-Mitglieder 12 €)*
ISBN 978-3-944970-36-3



Goerlich/Rux
Eltern-Jahrbuch 2023
Handbuch des Schul- und Elternrechts
an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg
22. Jahrgang, 544 Seiten
20 EUR
ISBN: 978-3-944970-37-0

Handbuch inkl. E-Book
25 EUR

Ihr Buch beim Süddeutschen Pädagogischen Verlag

Sie haben eine Idee für eine **praxisorientierte Publikation** oder haben bereits eine Arbeit mit viel Leidenschaft geschrieben?
Nun möchten Sie sie **veröffentlichen**. Ganz gleich, ob es sich um eine Monografie (z.B. ein Lehrbuch, eine Dissertation oder Habilitation) handelt oder um einen Sammelband.
Der **Süddeutsche Pädagogische Verlag** steht Ihnen bei der Publikation zur Seite.
Sie profitieren von einer hochwertigen Herstellung, permanenter persönlicher Betreuung und einem **hohen Verbreitungsgrad**.
Mit Ihrem Buch bei uns vermitteln Sie Ihr Wissen und Ihre Expertise den im Bildungswesen Beschäftigten.

Rufen Sie einfach an oder schreiben Sie.

Stefan.Beck@spv-s.de 0711/21030-771

süddeutscher pädagogischer verlag spv.

GEW WÄHLEN!

PR-Wahl-termine

Gymnasien:
16.–18. April

GHWRGS:
22. April–2. Mai

Berufliche Schulen:
6.–8. Mai

Bildung
Mutig
Los!

ISSN 0944-937X